

# Military Power Revue

—  
der Schweizer Armee  
de l'Armée Suisse

## **Cyber Defense der Schweiz**

Gérald Vernez, Roman Hüsey, Riccardo Sibilía

## **Vom SIPOL B über den Armeiebericht 2010 zum Zusatzbericht**

Jacques Lörtscher

## **La Synthèse Feu, Choc, Manœuvre et Incertitude : Origine, Contenu et Héritage d'une Méditation sur la Guerre**

Alain Vuitel

## **Afghanistan – ein umkämpftes Land**

Klaus Olshausen

## **Der Georgien-Krieg 2008 aus militärstrategischer Sicht**

Matthias Kuster

Buchbesprechungen



Der Chef der Armee ist Herausgeber der MILITARY POWER REVUE.

Die MILITARY POWER REVUE erscheint zweimal jährlich (Ende Mai und Ende November).

Die hier dargelegten Analysen, Meinungen, Schlussfolgerungen und Empfehlungen sind ausschliesslich die Ansichten der Autoren. Sie stellen nicht notwendigerweise den Standpunkt des Eidgenössischen Departementes für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) oder einer anderen Organisation dar.

Die Artikel der MILITARY POWER REVUE können unter Angabe der Quelle frei kopiert und wiedergegeben werden. Ausnahmen gelten dort, wo explizit etwas anderes gesagt wird.

Die MILITARY POWER REVUE ist Beiheft der Allgemeinen Militärzeitschrift ASMZ und der Revue Militaire Suisse (RMS).  
Verlag: ASMZ, Brunnenstrasse 7, 8604 Volketswil.

Herstellung:  
Zentrum elektronische Medien ZEM,  
Stauffacherstrasse 65/14  
3003 Bern  
031 325 55 90

Druck:  
dfmedia  
Burgauerstrasse 50,  
9230 Flawil  
058 344 96 96

Chefredaktion Military Power Revue:  
Oberst i Gst Jürg Kürsener  
Sonnenbergstrasse 14  
4573 Lohn-Ammannegg  
Tel. 032 677 18 63.  
E-Mail: jkuersener@bluewin.ch

Chefredaktion ASMZ:  
Oberst i Gst Roland Beck  
Verlag ASMZ  
Brunnenstr. 7  
8604 Volketswil

Redaktionskommission:  
Oberst i Gst Jürg Kürsener  
*Chefredaktor MILITARY POWER REVUE*

Colonel EMG Claude Meier  
*Leiter Doktrinforschung & Entwicklung (Armeestab)*

Oberst i Gst Christoph Müller  
*Chef Heeresdoktrin und Redaktor Bereich Heer*

Oberst i Gst Wolfgang Hoz, Chef Doktrin  
*Luftwaffe und Redaktor Bereich Luftwaffe*

Colonel EMG Yvon Lange  
*Chef Planung und Projekte Heer*

## **Vorwort**

Chef der Armee, Korpskommandant André Blattmann

**1**

## **Editorial**

Jürg Kürsener

**2**

## **Cyber Defense der Schweiz**

Gérald Vernez, Roman Hüssy, Riccardo Sibilìa

**3**

## **Vom SIPOL B über den Armeebericht 2010 zum Zusatzbericht**

Jacques Lörtscher

**15**

## **La Synthèse Feu, Choc, Manœuvre et Incertitude : Origine, Contenu et Héritage d'une Méditation sur la Guerre**

Alain Vuittel

**29**

## **Afghanistan – ein umkämpftes Land**

Klaus Olshausen

**38**

## **Der Georgien-Krieg 2008 aus militärstrategischer Sicht**

Matthias Kuster

**46**

Buchbesprechungen

**61**

# Vorwort

## *Sehr geehrte Leserinnen und Leser der Military Power Revue*

Tunesien, Neuseeland, Ägypten, Bahrein, Jemen, Libyen, Japan – die Nachrichten der natur- und/oder zivilisationsbedingten Katastrophen und Ereignisse in diesen Ländern wechselten sich mit einer derart hohen Kadenz ab, dass wir kaum in der Lage waren, deren Bedeutung zu erfassen. Möglicherweise verlängert sich die Liste von Staaten zwischen dem Verfassen dieser Zeilen und dem Erscheinen der Military Power Revue bereits wieder. Wer weiss das schon?!

Genau diese Tatsache ist bezeichnend. Niemand hat Anfang Jahr die tiefgreifenden Umwälzungen in den betroffenen Ländern der arabischen Welt für möglich gehalten. Für ebenso unmöglich hielten Experten offenbar das Eintreten eines Ereignisses, welchem das japanische Atomkraftwerk Fukushima nicht standhalten würde.

Einmal mehr lässt sich festhalten, dass niemand weiss, was die Zukunft bringt. Um dennoch handlungsfähig zu bleiben, braucht ein Staat deshalb Reserven. Diese Reserve ist in vielen Ländern die Armee. So sind beispielsweise bei der Bewältigung der letzten grossen Erdbeben auch militärische Mittel zum Einsatz gekommen. Sei es in Chile, Haiti, Neuseeland oder Japan – es waren immer Streitkräfte vor Ort um zu helfen, zu retten, zu transportieren, die Versorgung sicherzustellen oder auch um vor Plünderungen zu schützen.

Nun mag die Situation der Schweiz geologisch betrachtet nicht vergleichbar sein. Und doch war das Erdbeben in Basel von 1356 stärker als jenes, welches am 21. Januar 2011 das neuseeländische Christchurch verwüstet hat. Laut einem Artikel des Tages-Anzeigers vom 18. März rechnen Experten für den Fall, dass sich ein solches Erdbeben heute in Basel wiederholen würde mit 1000 – 2000 Toten und Schäden bis zu 80 Milliarden Franken. Auf solche Szenarien müssen wir reagieren können.

Dabei geht es letzten Endes immer um die Sicherheit unseres Landes und unserer Bevölkerung – unabhängig der Bedrohung. Und für diese Sicherheit ist unsere Milizarmee die einzige Reserve. Sie kommt zum Einsatz, wenn die Mittel der zivilen Behörden ausgeschöpft sind. Dazu braucht es keine Katastrophe oder Krise, geschweige denn einen Krieg. Wer heute immer noch behauptet, es gäbe keine Bedrohungen mehr, die den Einsatz der Armee erfordern, handelt deshalb grobfahrlässig. Es ist höchste Zeit, dass der Wert der Sicherheit wieder sachlich thematisiert wird. Für ideologisches Denken und Handeln zulasten der Sicherheit von Land und Leuten habe ich kein Verständnis.

In diesem Zusammenhang gilt es auch die Frage der Autonomie kritisch zu hinterfragen. Zu glauben, dass andere im Ernstfall unsere hoheitlichen Aufgaben übernehmen, ist falsch. Doch Autonomie erfordert Mittel und vor allem



Personal. Die Armee ist ein People's Business und ich bin sehr dankbar, dass es sich in unserem Fall um Milizangehörige handelt. Die Milizarmee ist das richtige System für die Schweiz. Dazu gibt es keine echte Alternative.

Die Möglichkeit massgeschneiderter Aufgebote, die Qualität und das Know-how der Milizangehörigen, die demokratische Kontrolle, die kulturelle Verankerung des Milizgedankens und der solidarische Aspekt – das alles sind Vorteile, die wir nicht preisgeben sollten.

Auch aus diesen Gründen kann unser Land auf eine unvergleichliche Erfolgsstory zurückblicken; über 160 Jahre ohne Krieg auf eigenem Territorium. Diese Sicherheit ist Grundlage für unseren wirtschaftlichen Erfolg, die hochstehende Bildung und Forschung sowie vielfältige Kultur. Für diese Sicherheit steht auch unsere Milizarmee - heute und in Zukunft.

CHEF DER ARMEE

Korpskommandant André Blattmann

# Editorial

## Liebe Leserinnen und Leser der Military Power Revue



Japan setzt nach der Katastrophe von Fukushima und dem Tsunami gegen 100 000 Angehörige seiner insgesamt 250 000 starken Streitkräfte zur Katastrophenhilfe und für andere Aufgaben ein. Das funktioniert mit einer aktiven, stehenden Armee, die erhebliche Kräfte bis zu 12 Monate oder länger rasch und nachhaltig nutzen kann. Der Armeebereich der Schweizer Armee sieht für einen vergleichbaren Einsatz zur «Unterstützung für die zivilen Behörden» 35 000 AdA vor, wobei diese nur mit einem Truppenaufgebot oder einem neuen Mobilmachungssystem verfügbar wären.

Der am 18. November 2010 von der Sicherheitspolitischen Kommission des Ständerates verlangte Zusatzbericht forderte den C VBS auf, die vier Varianten einer künftigen Armee mit Beständen von 60 000, 80 000, 100 000 oder 120 000 AdA zu untersuchen. Der Zusatzbericht mit Termin 1. April 2011 ist zeitgerecht abgegeben worden. Der lesenswerte Artikel zum Armeebereich und zum Zusatzbericht in dieser Ausgabe der MPR geht im Detail darauf ein.

Seit es Diskussionen um den Gesamtumfang unserer Armee gibt, werden immer wieder fragwürdige Vergleiche mit dem Ausland gemacht. So verglichen armeekritische Kreise, auch aus dem Parlament, immer wieder die Mobilmachungsstärke oder den Umfang unserer Milizarmee (einer Mobilmachungsarmee oder heute einer aufzubietenden Armee) mit den Beständen stehender, aktiver Armeen. Beispielsweise wurden die erst nach einer Mobilmachung verfügbaren 395 000 AdA unserer Milizarmee (Armee 95) mit den damals rund 495 000 aktiven Angehörigen einer stehenden deutschen Bundeswehr verglichen. Diese hätte übrigens nach einer Mobilmachung noch über zusätzlich 700 000 Reservisten verfügt. Unser Armeebestand wurde dabei natürlich als völlig überrissen bezeichnet. Vergleiche dieser Art werden noch heute gemacht – leider. Es darf nicht sein, dass Verantwortungsträger solche Unterschiede und die grundlegenden Fakten nicht kennen. Wer trotzdem auf diese Art und Weise «Äpfel» mit «Birnen» vergleicht, handelt unlauter und führt die Öffentlichkeit bewusst in die Irre. Oder das Vorgehen zeugt von einer erschreckenden Unkenntnis der Dossiers.

Warum sind solche Vergleiche falsch? Weil ein stehendes Heer seine Kräfte vollumfänglich, sofort und über längere Zeit zur Verfügung stellen kann. Eine Milizarmee aber muss a) zuerst mobilisieren und wird b) auch in Krisenzeiten stets nur einen Teil des Totalbestandes über längere Zeit zum Einsatz bringen können. Dies deshalb, weil – wie der Armeebereich erwähnt – man bei länger dauernden Einsätzen der Armee die Milizformationen jeweils nach vier Monaten ablösen muss. Die Wirtschaft fordert sie zurück. Nachhaltigkeit und Durchhaltbarkeit sind nur so garantiert. Vom totalen Milizbestand ist also für einen permanenten Einsatz über längere Zeit zur

Unterstützung der zivilen Behörden immer nur ein Drittel verfügbar, das sind etwa 12 000 AdA. Dies entspricht grob etwa 12 Bataillonen zu je 1 000 AdA. Wenn man bedenkt, dass zum Beispiel der Schutz einer einzigen grossen Infrastrukturanlage (Strategische Führungseinrichtungen, Eisenbahnknotenpunkte, Flughäfen, AKWs, usw.) ein, zwei oder gar drei Bataillon bindet, sind 12 Bataillone nicht viel. Diese würden vielleicht gerade einmal für 4 – 6 räumliche Einsatzschwerpunkte ausreichen. Diese Überlegungen sind bei den kommenden Diskussionen über Sollgrössen unserer Armee auch im Parlament gut zu bedenken.

Noch besser und zielführender allerdings wäre es, wenn sich die Diskussionen nicht zuerst mit Sollgrössen und Organigrammen befassen. Die Politik ist vielmehr gefordert, Verantwortung hinsichtlich des künftigen Leistungsprofils der Armee zu übernehmen. Dazu gehören m.a.W. mit erster Priorität die Diskussion und Entscheide über jene Leistungen, die die Armee zu erbringen hat. Und mit zweiter Priorität darf erwartet werden, dass die Politik die dafür erforderlichen Ressourcen spricht. Nötigenfalls sind auch Verzichte zu verantworten. Die notwendigen Informationen seitens der Verwaltung und der Armee liegen vor bzw werden erarbeitet. Die Öffentlichkeit, Medien, Verbände und andere Organisationen haben sich geäussert. Es braucht derzeit keine weiteren Zusatzberichte mehr. Verbindliche politische Bekenntnisse sind jetzt gefragt.

Mit dieser Ausgabe verlässt Oberst i Gst Eduard Hirt, Chef Projekte und Fachbereiche/Stellvertretender Chef Heeresplanung, als Redaktor Bereich Heer die Redaktionskommission der Military Power Revue. Er übernimmt im Bereich Verteidigung neue Aufgaben. Ich danke ihm recht herzlich für seine aufbauende, wertvolle Mitarbeit und wünsche ihm in seiner neuen Funktion alles Gute und viel Erfolg.

Gleichzeitig begrüsse ich den neuen Vertreter des Heeres in der Redaktionskommission, Oberst i Gst Christophe Müller, bisher Verteidigungsattaché in Stockholm.

Ich wünsche Ihnen allen, sehr geehrte Leserinnen und Leser, eine interessante Lektüre und bis zum nächsten Heft eine gefreute Zeit. Ich nehme Ihre Rückäusserungen zu dieser Military Power Revue gerne entgegen.

Chefredaktor Military Power Revue

Oberst i Gst Jürg Kürsener

# Cyber Defense der Schweiz

## Teil 1: die Bedrohung und die strategische Stossrichtung

Cyber Defense stellt eine neue sicherheitspolitische Herausforderung für unser Land aber auch global dar. Die Schweiz hat die Situation zwar längst erkannt, aber die bisher hervorgebrachten Lösungen sind der raschen Entwicklung der Bedrohung nicht mehr gewachsen. Der Bundesrat hat am 10. Dezember 2010 einen Projektleiter Cyber Defense beauftragt, bis Ende 2011 eine nationale Cyber Defense Strategie zu entwickeln. Dieser Artikel stellt die ersten Elemente dieser Entwicklung vor.

### Gérald Vernez

Colonel EMG; Geologe (Uni Lausanne), Meteorologe (Météo France, Strasbourg), MAS ETH SPCM (Zürich); Stellvertretender Projektleiter Cyber Defense, Generalsekretariat VBS. Schermenwaldstrasse 13, 3063 Ittigen. E-Mail: gerald.vernez@vtg.admin.ch

### Roman Hüssy

Analyst, Projekt Cyber Defense, Generalsekretariat VBS, 3003 Bern.

### Riccardo Sibilia

Chef Cyber-Bedrohungsanalyse, Zentrum elektronische Operationen, Schweizer Armee, 3003 Bern.

### **Einführung**

Die Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) hat die moderne Gesellschaft seit über drei Jahrzehnten von Grund auf verändert, zumal im Zuge der Globalisierung diese in mancher Hinsicht gestärkt ja sogar demokratisiert, jedoch in anderen Bereichen wiederum extrem geschwächt wurde. So sind die Existenz eines Menschen, das Gelingen eines Unternehmens oder das Wohlergehen der Gesellschaft als Kollektiv auf unzählige Art und Weise von der Unversehrtheit und Widerstandsfähigkeit der Abläufe kritischer Infrastrukturen abhängig. Diese wiederum sind zunehmend digitalisiert und vernetzt. Folglich sind die dafür verwendeten IKT-Systeme sowohl aufgrund der Technologiewahl wie auch aufgrund der Konfiguration in vielen Fällen gegenüber von Cyber-Attacken immer stärker verwundbar – der ideale Nährboden für kriminelle Machenschaften, um eigene Interessen durchzusetzen oder darüber hinaus Konflikte zwischen Menschen, Organisationen und Staaten auszutragen.

Die sicherheitspolitischen Konsequenzen für einen modernen westlichen Staat wie die Schweiz sind weitreichend. Der Umgang mit dieser neuen Bedrohungsform wurde Ende der

90er Jahre zwar sehr ernst genommen, obgleich schwere Angriffsfälle zumindest öffentlich nicht bekannt und keine politischen Konsequenzen gezogen wurden. Entsprechend wurde diese Problematik bis 2010 nicht als Priorität betrachtet. Dies änderte sich jedoch, als die Analyse des Angriffes auf das Aussendepartement (EDA) inklusive deren Auswirkungen und die Erkenntnisse aus dem Fall STUXNET die Entscheidungsträger dergestalt sensibilisiert haben, dass ein neuer, lösungsorientierter Anlauf mit sicherheitspolitischer Dimension die Folge war.

### **Was ist Cyberspace?**

Die Komplexität der vernetzten Informationsinfrastrukturen sowie deren Interaktion mit physischen und menschlichen Vorgängen hat dazu geführt, dass diese zusammen nicht mehr bloss als eine reine Ansammlung von technischen Geräten verstanden werden können.

## Eine ganzheitliche Betrachtung dieser Infrastrukturen als eigener Raum mit eigenen Gesetzmässigkeiten drängt sich auf.

Eine ganzheitliche Betrachtung dieser Infrastrukturen als eigener Raum mit eigenen Gesetzmässigkeiten drängt sich auf. Deswegen definieren wir Cyberspace wie folgt:

*Cyberspace ist ein Operationsraum, in welchem Daten erfasst, gespeichert, übertragen, verarbeitet, geordnet, kodiert, dargestellt und in physische Aktionen umgewandelt werden.*

In einem Rechtsstaat stellt sich relativ schnell und korrekterweise die Frage, welche Behörde für welche Fälle verantwortlich und wie die Zusammenarbeit dieser Behörden auszugestalten ist. Da sich eine Bedrohung bis hin zum eigentlichen Angriff innerhalb von Minuten oder Stunden abspielt, bedarf sie einer schnellen und massgeschneiderten Reaktion. Zentral dabei ist, dass Diskussionen um die Kompetenzen hin-



[1]

sichtlich einer solchen Reaktion die Handhabung der Bedrohung nicht behindern oder gar torpedieren.

### Die Cyber-Bedrohung

Traditionell hat man sich daran gewöhnt bzw. damit abgefunden, die Cyber-Bedrohung als ein durch Zufall gesteuertes Phänomen zu betrachten, von dem man nur dann betroffen ist, wenn man die falsche Web-Seite besucht oder die Beilage eines Spam-Mails öffnet. Die Realität hat uns allerdings gezeigt, dass nebst dieser immer noch vorhandenen Bedrohung gezielte und massgeschneiderte Angriffe gegen Personen und Systeme stattfinden. Die dafür verwendeten Mittel werden zunehmend professionalisiert und können am Markt (z. B. im Internet) einfach und mit einem bescheidenen finanziellen Aufwand erworben werden.

Eine der verheerenden Folgen eines gezielten Angriffes kann zum Beispiel der Verlust sensitiver Informationen sein, was wiederum die Manipulation geschäftsrelevanter Prozesse über Monate und Jahre hinweg bedeuten könnte. Diese Form von Bedrohung wird in der Fachsprache «Advanced Persistent Threat»<sup>[1]</sup> genannt.

### Voraussetzungen für einen Angriff

Damit ein Cyber-Angriff überhaupt erfolgreich ist, sind gewisse Voraussetzungen notwendig. Fehlen diese, bleibt es in den meisten Fällen höchstens bei einer mehr oder weniger sichtbaren Fehlermeldung mittels eines Protokolls.

1. Das eigene System muss eine oder mehrere Verwundbarkeiten aufweisen, die auf strategische Art und Weise negativ ausgenutzt werden können;
2. Jemand muss darüber informiert sein oder ahnen, dass diese Verwundbarkeit im System existiert und dann auch wissen, wie man diese effektiv zu eigenen Gunsten ausnutzt;

3. Der Akteur muss einen Beweggrund (ein Motiv) haben, um eine solche Attacke gegen eine Person oder System auszuführen.

Tatsache ist, dass moderne IKT-Systeme zahlreiche «Sicherheitslöcher» aufweisen und gleichzeitig das Wissen um deren eigene (Aus-)Nutzung sehr weit verbreitet ist. Die Forschung und die Verbreitung von Informationen und Methoden über das Eindringen in Informations- und Kommunikationssysteme sind fast uneingeschränkt legal. Die dazugehörigen Werkzeuge können an einem sehr aktiven Markt beschafft werden. Der Aufwand, diese Verwundbarkeit erstmals zu erkennen und in einem zweiten Schritt zu beseitigen, ist sehr gross, bedenkt man, dass der «Angreifer» vergleichsweise leicht an die ungeschützten Systeme und Daten mit dem nötigen Know-How gelangen kann. Ein zusätzlicher Schwierigkeitsfaktor ist, dass viele System-Verwundbarkeiten vorhanden, aber nur wenige potentielle Angreifer bekannt sind. Ein Ansatz, um dieses Problem zu beheben, fehlt bis dato. Solche Verwundbarkeiten nennt man in der Fachsprache «0-day Vulnerabilities»<sup>[2]</sup>. Die Kosten für den Kauf einer hochqualitativen 0-day Vulnerability, um zum Beispiel bei Windows 7 Administratorenrechte zu erlangen oder bei Adobe Acrobat Reader einen fremden Code einzuschleusen, belaufen sich heute auf ca. 10 bis 50 000 US\$. Im berühmten STUXNET-Wurm wurden vier solche Verwundbarkeiten eingesetzt!

Weitere Verwundbarkeiten entstehen, weil verschiedene Nachrichtendienste die Stärke der landeseigenen Informations- und Kommunikationsindustrie auf dem Markt für strategische Zwecke, z. B. für die Nachrichtenbeschaffung, nutzen. Sie verfügen über detaillierte Kenntnisse solcher Verwundbarkeiten oder verlangen sogar, dass «Hintertüren» in Produkte eingebaut werden. Solche Aktionen sind immer mit erheblichen Risiken verbunden, denn ein unsorgfältiger Umgang mit der Information kann weitreichende Konsequenzen bis hin zur Cyber-Kriminalität haben.

### Vorwort von Div Kurt Nydegger, Projektleiter Cyber Defense

Es gibt kein anderes Beispiel in der Geschichte der Menschheit, bei dem in so kurzer Zeit so viel Neues an Veränderung und Wissen durch die Gesellschaft assimiliert werden musste, wie in der Informationsrevolution. Folglich hat sich die Welt in einer Form gewandelt, welche massgeblich und unwiderruflich von Informationstechnologien abhängig ist. Auf diese technologische Entwicklung ist der Wohlstand zurückzuführen, von dem sowohl wir Individuen als auch die Wirtschaft profitieren. Zugleich ist dieser Wohlstand auf Gedeih und Verderben von der Integrität und Funktionsfähigkeit der Informations- und Kommunikationssysteme abhängig, die das Ganze steuern. Die wirtschaftliche Entwicklung hängt auch von den weltweiten Informationsströmen, Medien (inkl. soziale Netzwerke) und Mobilkommunikation immer stärker ab.

Diese Entwicklung führt dazu, dass Auseinandersetzungen zwischen Menschen, Organisationen und Staaten auch eine neue Form annehmen. Sie werden schneller (Information fließt im Cyberspace zeitverzugslos und kann verlustfrei dupliziert werden) und anonymer (in Cyberspace kann jeder mit genügend Aufwand eine andere Identität übernehmen).

Die Schweiz gehört mit ihrem Entwicklungsstand eindeutig zu dieser neuen Welt. Technologisch stehen wir an vorderster Front und treiben die Entwicklung mit voran. Dies setzt allerdings voraus, dass wir die daraus resultierenden Risiken auch bewusst annehmen und in kürzester Zeit eine strategische Lösung umsetzen. Denn wir sind im Verzug.

Der Bundesrat hat mit seinem Entscheid vom 10. Dezember 2010 dieser Tatsache Rechnung getragen und die Entwicklung einer nationalen Strategie Cyber Defense beauftragt. Dabei ergeben sich auch gewichtige Synergien mit dem Thema «Schutz kritischer Infrastrukturen». Cyber Defense geht in vielerlei Hinsicht aber darüber hinaus. Sowohl aufgrund der raschen Entwicklung der Bedrohung in den letzten zwei Jahren, wie auch aufgrund der damit verbundenen Herausforderungen und Fragen, welche hoheitliche Aufgaben der Staat übernehmen soll und welche Eigenverantwortung die Betreiber von kritischen oder super-kritischen Infrastrukturen übernehmen sollen, ergibt sich der Zwang, eine rasche, in der Sicherheitspolitik wie auch in der Wirtschaft gut integrierte Lösung zu finden.

Die hier dargestellten Ansätze skizzieren einen Zwischenstand der Überlegungen dieser Strategie. Es dürften noch viele Änderungen und Anpassungen erforderlich sein. Eines steht jedoch fest: Der Staat allein kann diese Bedrohung nicht meistern. Er kann aber eine führende Rolle auf der strategischen und auf der operativen Stufe übernehmen und die rechtlichen Voraussetzungen dafür schaffen. Dabei braucht es die Zusammenarbeit aller Beteiligten und Betroffenen. Dies, damit Wirtschaft und Gesellschaft weiterhin von den Vorzügen der technologischen Entwicklung profitieren können, ohne ein böses Erwachen erleben zu müssen.

Fazit ist: Der Schutz gegen Cyber-Attacken auf technischer Ebene stellt einen asymmetrischen Kampf zwischen Angreifer und Systembetreiber dar. Dies dürfte in nächster Zeit so bleiben. Robuste, nicht angriffsanfällige Systeme gibt es wenige, zumal der Marktdruck tendenziell die Funktionalität und den Komfort für den Benutzer gegenüber sicheren Systemen begünstigt.

## Der Schutz gegen Cyber-Attacken auf technischer Ebene stellt einen asymmetrischen Kampf zwischen Angreifer und Systembetreiber dar.

Zugleich verschiebt sich die Aufmerksamkeit der Betroffenen zunehmend vom reinen Schutz hin zur Abwehr von Angriffen im operationellen Sinn, d.h. die Früherkennung von Anomalien aber auch die Untersuchung der Akteure inklusive deren Handlungsweisen und Absichten sind heute mindestens so wichtig, wie ein aktualisierter Viren-Scanner oder ein gewartetes Betriebssystem. Allerdings kann/will sich nicht jedes Unternehmen einen derart grossen Aufwand leisten (Konkurrenzkampf und spezifische Anwendungen / Kostenfrage). Insbesondere bei kritischen Infrastrukturen wird vermehrt eine Übernahme der Verantwortung seitens öffentlicher Behörden gefordert.

### Entwicklung der Bedrohung

Die Begriffe Cyberspace und Cyber-Bedrohung sind keine neuen Begriffe, zumal man bereits in den 80er und 90er Jahren gemerkt hat, dass mit der wachsenden Bedeutung der Informationstechnologien und deren Vernetzung sich auch neue Herausforderungen in der Sicherheit ergeben. Sowohl die Filmindustrie in Hollywood wie auch Fachspezialisten aus den technischen und sicherheitspolitischen Bereichen haben dies thematisiert. Der erste Computer-Wurm wurde bereits im Jahr 1971 programmiert und hat sich auf dem ARPANET, dem Vorgänger des Internets, ausgebreitet. Der erste digitale Computer überhaupt wurde zum Zweck der Kryptoanalyse der deutschen strategischen Botschaften 1943 gebaut und hatte den Namen «Colossus-Maschine». Diese wichtige Entwicklung im britischen Bletchley-Park wurde erst in den 80er Jahren deklassifiziert.

In den 90er Jahren und ab 2000 waren zahlreiche Computer-Viren und Würmer im Umlauf. Es handelte sich dabei aber lediglich um einen «Spielplatz» für Amateure, die jedoch in einzelnen Fällen erhebliche Schäden verursacht haben. Der «ILOVEYOU-Virus» ist eines der bekanntesten Beispiele.

- 
- [1] «Understanding the Advanced Persistent Threat», Tom Parker, February 4, 2010, <http://www.usenix.org/event/lisa09/tech/slides/daly.pdf>
  - [2] Naraine, Ryan, Anti-Virus Is Dead, D-E-A-D, Dead!, eWeek, December 1, 2006, [http://securitywatch.eweek.com/virus\\_and\\_spyware/antivirus\\_is\\_dead\\_dead\\_dead.html](http://securitywatch.eweek.com/virus_and_spyware/antivirus_is_dead_dead_dead.html).

[1] Voraussetzungen für einen Angriff

Die heutige Professionalisierung und Arbeitsteilung bei den Cyber-Kriminellen hat anfangs bis Mitte des letzten Jahrzehnts begonnen. Dabei wurde ersichtlich, dass es sich erstmals zu einer Bedrohung globalen Ausmasses entwickelt hat. Man geht davon aus, dass Cyber-Kriminalität ihren Ursprung an einer Peripherie der ehemaligen Sowjetunion, in China, Südamerika oder einer US-Grossstadt hat. Gezielte Angriffe waren bis Mitte des letzten Jahrzehnts nur wenig verbreitet.

### Heutige Formen der Bedrohung

Es wäre aber ein Trugschluss, wenn man diese Bedrohung im Cyberspace auf reine Informatiksicherheitsvorfälle reduzieren würde. Viel wichtiger ist es, die Täter und deren Motive zu identifizieren, um die Bedeutung ihres Angriffes zu erkennen.

Nachfolgend werden sieben Bedrohungsformen illustriert und in einer generischen Form präzisiert. Ziel ist es dabei, die Erkenntnis dieser Analyse für die Entwicklung einer nationalen Strategie für Cyber Defense zu benutzen. Diese phänomenologische Aufteilung versteht sich nicht als eine abschliessende Auflistung der möglichen Bedrohungsstufen. Selbstverständlich müssen Mischformen, Zwischenstufen und eine zeitliche Evolution ebenfalls berücksichtigt werden.

### Vandalismus

Besondere Ereignisse, politische oder wirtschaftliche Spannungen, Unzufriedenheit oder Protestaufrufe Einzelner führen dazu, dass Individuen oder kleinere Organisationen darauf abzielen, staatliche Einheiten oder Infrastrukturen anzugreifen, um ein Land zu destabilisieren oder eine Organisation und ihre repräsentativen Symbole einer «Cyber-Strafe» auszusetzen. Dies war der Fall in Estland 2007, als das Land aufgrund der umstrittenen Verschiebung einer sowjetischen Statue während mehreren Wochen stark unter Beschuss von Cyber-Angriffen kam. Solche Angriffe gegen private Unternehmen wurden in jüngster Zeit wiederholt auch in der Schweiz verübt, sie stellen aber nichts Neues dar. Wegen des stark zunehmenden Mobilisierungspotenzials der digitalen sozialen Netzwerke wie Twitter oder Facebook, welches bereits über 600 Millionen Mitglieder zählt, werden solche Vorgehensweisen weiterhin an Bedeutung gewinnen. Die Logik und Dynamik der Masse

**Wegen des stark zunehmenden Mobilisierungspotenzials der digitalen sozialen Netzwerke wie Twitter oder Facebook ... werden solche Vorgehensweisen weiterhin an Bedeutung gewinnen.**

entwickelt sich dort, wo jeder den anderen zu überbieten versucht. Die Motivation dürfte durch das Bestreben getrieben sein, eine finanzielle oder sogar soziale Belohnung (Anerkennung) zu erhalten. Solche Angriffe können bedeutende Imageschäden und Betriebsstörungen von Infrastrukturen verursachen. Kollateralschäden, welche vor allem aufgrund der komplexen Zusammenhänge in den Infrastrukturen entstehen, sind aber leider keine Seltenheit und nehmen stetig zu.

Mit physischen Begleitaktionen gegen Infrastrukturbestandteile im Spektrum der einfachen «Tags» (Beschriftungen) bis hin zur Zerstörung ist auch zu rechnen. Es ist durchaus möglich, dass Individuen und Organisationen im Rahmen solcher Vandalenakte auf die Veröffentlichung vertraulicher bzw. schützenswerter Daten abzielen. Die daraus entstehenden, unmittelbaren Auswirkungen können für die Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen bedeutende Störungen und Schäden (Verfügbarkeit von Dienstleistungen, Imageschäden, Geld- und Produktivitätsverluste usw.) bewirken. Solche Aktionen können je nachdem Tage bis Wochen mit unterschiedlichen Spitzenzeiten andauern.

Es ist in Zukunft mit einer zunehmenden Anzahl solcher Attacken im Cyberspace zu rechnen, weil diese erstens gut sichtbar und zweitens medienwirksam sind. Weiter erzeugen sie auch einen erheblichen Druck auf die bestehenden Entscheidungsträger, nicht zuletzt weil die dafür benötigten Mittel einfach zu beschaffen oder zu mieten sind (Bot-Netze, Denial of Service Tools, etc.).

**Die Kriminellen sind oft sehr mobil und gut organisiert, und nutzen auf eine innovative Art alle Subtilitäten des Rechtes aus.**

Das Begehen solcher Delikte ist aus Sicht des Staates und der Betroffenen sowohl technisch, operationell wie auch rechtlich nicht ganz unproblematisch. Obschon diese Taten eindeutig die Kriterien eines Straftatbestandes erfüllen, sind die Beweisführung und die Identifizierung der «Hintermänner» sehr schwierig. Dies u. a. auch deshalb, weil eine Masse von angreifenden Leuten mit unterschiedlicher Herkunft, Motiven, Instrumenten, Tätigkeiten usw. strafrechtlich nur mit enormem Aufwand verfolgt werden kann. Die meisten Staaten können sich dies nicht leisten. Oft bleibt als Lösung nur, diese Machenschaften zu beobachten und die Schäden bestmöglich zu limitieren.

### Kriminalität

Einzelpersonen oder Organisationen können aus vielen kriminellen Motiven (Betrug, Diebstahl, Erpressung, Verleumdung, Verfälschung etc.) aus eigenem Interesse oder im Auftrag Dritter sämtliche Informationsmethoden und -ressourcen einsetzen. Hintergründe dieser kriminellen Aktionen können finanzieller Natur, persönliche Spannungen, aber auch der Wettbewerb sein. Die diskrete Beteiligung von Staaten im Hintergrund solcher Vorfälle bis hin zur Beauftragung zu Spionage- oder Propaganda-Zwecke ist nicht unüblich. Die Kriminellen sind oft sehr mobil und gut organisiert, und nutzen auf eine innovative Art alle Subtilitäten des Rechtes aus. Die Grenze zu terroristischen Organisationen, die ebenfalls solche Methoden einsetzen, um ihre eigene Finanzierung sicherzustellen, ist unscharf und fließend. Die Handlungen der Angreifer sind sehr spezifisch und zielgerichtet. Im Gegensatz zum Vandalismus haben solche Vorfälle nicht das Ziel, ein bestehendes System zu beeinflussen oder sichtbar zu werden, ausser bei einzelnen gezielten Angriffen gegen Personen.

Je komplexer die Angriffe sind, desto mehr wird dabei auf Insiderwissen zurückgegriffen und desto wahrscheinlicher ist es, dass diese Aktionen meist verdeckt bleiben. Wenn sie erkannt werden, können sie in der Regel keiner bestimmten Täterschaft zugeordnet werden. Das Gros des Erfolges basiert auf dem «Faktor Mensch», welcher gleichzeitig eine der grössten Schwachstellen von vermeintlich sicheren Organisationen ist. Methoden des «Social Engineerings» bis hin zur physischen Gewalt (Körperverletzung, Einbruch, Einschüchterung, etc.) werden dafür eingesetzt. Kriminelle Aktionen dauern so lange, wie sie profitabel bleiben, oft Monate bis Jahre. Oft werden sie zu spät erkannt. Aber kriminelle Organisationen stehen selber auch unter einem Erfolgs- und Zeitdruck, was sie – zum Glück für die Strafverfolgungsbehörden – dazu führt, Fehler zu begehen.

### Spionage

Mit dem Ziel, an sensitive Daten und Informationen zu gelangen, um dadurch zum Beispiel Verhandlungsvorteile, wirtschaftliche bzw. politische Vorteile zu erlangen, werden Cyber-Angriffe auf Informationsinfrastrukturen durchgeführt. Dazu verwendet die Täterschaft sämtliche Methoden des Nachrichtendienstes und plant ihre Aktion sehr sorgfältig. Akteure können Staaten, Unternehmungen und Privatpersonen sein, welche autonom oder im Auftrag handeln.

Diese Angriffe sind per Definition sehr subtil, gezielt und gut organisiert. Erfolgreich sind diese Delikte erst dann, wenn sie unentdeckt bleiben und nicht an die Öffentlichkeit gelangen. Falls die Akteure in ihrem Vorhaben dennoch kompromittiert werden, müssen sie ihre Autoren und Sponsoren verbergen resp. die Untersuchungsinstanzen auf eine oder mehrere falsche Fährten führen. Die Ermittlung solcher Attacken ist deshalb fast ein «Ding der Unmöglichkeit» und die Strafverfolgung der Akteure in der Regel unmöglich.

Armee und Behörden sind in diesem Zusammenhang besonders bedroht – und gefordert. Die Armee als strategische Reserve des Bundes ist darauf angewiesen, Informationen über Infrastrukturen und Verfahren entlang ihres Einsatzspektrums zu schützen, um diese dann im richtigen Moment wie vorgesehen einsetzen resp. verwenden zu können. Ein besonderes Augenmerk muss deshalb den Informationsabflüssen gewidmet werden, welche Langzeitgeheimnisse betreffen und welche von weitreichender politischer und strategischer Relevanz sind.

### Sabotage

Sabotage kann politisch, wirtschaftlich oder gesellschaftlich motiviert sein. Durch eine Störung von Informatik-, Telekommunikations- und Steuerungssystemen können die damit verbundenen Prozesse ebenfalls unterbrochen werden. In Extremfällen reicht dies bis zur physischen Zerstörung der Infrastrukturelemente. Wegen der Einfachheit und Wirksamkeit solcher Aktionen stehen Anschläge z. B. auf Infrastrukturen in den Bereichen Logistik und Transport, Energie oder Wirtschaft im Vordergrund.

Den Tätern geht es primär darum, sich einen wirtschaftlichen oder technischen Vorteil gegenüber dem Konkurrenten zu verschaffen, die Unterstützung einer militärischen Aktion zu gewinnen oder die Glaubwürdigkeit einer Institution zu

schwächen bzw. den Ruf einer Behörde zu zerstören oder gar – im Extremfall – den Kollaps einer Gesellschaft oder Teilen herbeizuführen.

## «Smart people» sind genauso gefährlich, wenn nicht gefährlicher, als die reine Masse der eingesetzten Mittel!

Solche Aktionen können nur mittels hochprofessionellen und trainierten Kräften durchgeführt werden, welche über eine solide logistische Unterstützung verfügen. Kleinere Organisationen oder Individuen, die über die korrekte Information und eine ausgeprägte Motivation für einen erfolgreichen Angriff verfügen, können auch beträchtlichen Schaden anrichten. Die sogenannte «Grösse» des Angreifers und die Anzahl seiner Mittel sind nicht mehr, wie klassisch verstanden, immer allein relevant. «Smart people» sind genauso gefährlich, wenn nicht gefährlicher, als die reine Masse der eingesetzten Mittel!

### Terrorismus

Politisch motivierte und gewaltbereite Gruppen, religiöse oder politische Extremisten können zwecks Beeinflussung von Zielgruppen terroristische Methoden anwenden. Solche Aktionen können auf Staaten, Personen, Symbole oder Einrichtungen gerichtet bzw. sogar blind sein. Die Verwundbarkeit unserer Gesellschaft und ihrer Infrastrukturen gegenüber Cyber-Angriffen führt dazu, dass sich auch der Cyber-Terrorismus mit einem nicht zu vernachlässigenden Potenzial als wirksame Alternative oder begleitend zu Sprengstoffanschlägen (Variante: konventionellen Anschlägen) anbietet.

Die Aneignung technischer Kompetenzen durch die jüngere Generation in jenen Bevölkerungsschichten, in denen es wenig bis keine Zukunftsperspektiven gibt, stellt ein grosses Gefahrenpotential dar, da diese Personen einfach für solche Aktionen rekrutiert und eingesetzt werden können.

## Für Terrororganisationen hat besonders das Internet einen hohen Stellenwert.

Für Terrororganisationen hat besonders das Internet einen hohen Stellenwert. Mit der Reduktion oder dem Verschwinden der Refugien der terroristischen Organisationen in Afghanistan, Jemen usw. ist das Internet eine wertvolle Alternative zur Mobilisierung von Nachwuchs geworden. Diese Plattform ist für die Rekrutierung, die Finanzierung, die Ausbildung sowie die Führung der Terrorakte von zentraler Bedeutung. Das Internet ist für Terroristen zudem auch als Resonanz- und Propagandamedium zentral für die Darstellung ihrer Aktionen. Deshalb dürfte es selber nicht das primäre Ziel terroristischer Anschläge sein.

### Konflikte

Ein Staat oder eine Organisation könnte heute einen strategischen Cyber-Feldzug gegen kritische Infrastrukturen anderer Staaten erfolgreich führen, ohne dabei auf die diplomati-

schen oder militärischen Mittel zurückzugreifen zu müssen. Im Schatten einer fast absoluten Anonymität und Straffreiheit können so die eigenen politischen / strategischen Interessen gegen einen anderen Staat durchgesetzt werden. Diese besonders gefährliche Variante wird oft als «Cyberwar» bezeichnet. Sie wird von den Fachspezialisten eher kontrovers behandelt, denn es sind nur wenige Fälle bekannt, die nur annähernd dieser Bedrohungsform entsprechen. Die Tatsache aber, dass unser Land wie andere moderne Länder stark verwundbar ist, erlaubt es uns nicht, dieses Szenario aus der Analyse auszuschliessen. Es muss deshalb in der Strategie mitberücksichtigt werden.

## Diese besonders gefährliche Variante wird oft als «Cyberwar» bezeichnet.

Als wahrscheinlicher muss man jedoch Szenarien betrachten, bei welchen die staatliche und insbesondere die Informations- und Kommunikationsinfrastruktur des militärischen Gegners im Rahmen einer Krise, im Vorfeld oder während eines Konfliktes mit dem Ziel angegriffen wird, seine Handlungsfähigkeit zu reduzieren oder sogar lahm zu legen. Dadurch können strategische, operative oder taktische Vorteile erreicht und kinetische Mittel eingespart werden.

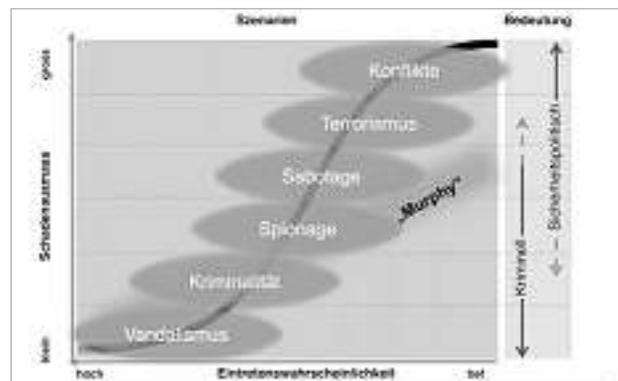
Es ist generell ein Entwicklungstrend moderner Streitkräfte in Richtung einer vernetzten Führung festzustellen, mit dem Ziel, die Effektivität und Effizienz zu erhöhen. Die verwendeten Technologien unterscheiden sich kaum von denjenigen, welche auch z. B. in der Privatwirtschaft verwendet werden. Dadurch sind die Mittel und Methoden, um diese Systeme anzugreifen, dieselben, welche auch z. B. aus der Cyber-Kriminalität bekannt sind. Deswegen muss im Rahmen aller Einsatzszenarien, nebst den bekannten konventionellen kinetischen Methoden, auch der Bedrohung durch Cyber-Attacks eine grosse Bedeutung beigemessen werden.

### Murphy als Gegner

Die Informations- und Kommunikationsinfrastrukturen, welche die Alltagsprozesse unserer Gesellschaft steuern, sind bei weitem nicht statisch, robust und stabil. Sie sind einer stetigen Veränderung unterworfen und einer Vielzahl nicht vorhersehbarer, durch den Zufall gesteuerten Risiken ausgesetzt. Die rasante Entwicklung der Technologie, gekoppelt mit einem immer grösser werdenden Mangel an Ingenieuren und technischen Personals führt zu einer spürbaren Reduktion der Qualität in der Architektur, im Design, in der Entwicklung und Wartung der Systeme, und letztendlich zu einer bedeutenden Zunahme der Schwachstellen und Unfallrisiken, sozusagen zu einer «friedlichen» Bedrohung.

Aus Sicht der Cyber Defense können unvorhersehbare, zufällige Ereignisse katastrophale Konsequenzen haben, auf welche ähnlich wie auf «echte» Cyber-Angriffe reagiert werden muss. Böswillige Akteure können auch einen Unfall ausnutzen, um einen Angriff durchzuführen oder vorzubereiten.

Strenge Anforderungen an kritische Infrastrukturen zur Abwehr von Cyber-Angriffen könnten von Vorteil sein, weil sie



[2]

vermutlich auch gegenüber «friedlichen» Ereignissen Schutz bieten könnten.

### Bedrohungsgruppen:

Die Cyber-Bedrohung kann nicht in einer abschliessenden systematischen Darstellung erfasst werden. Die Wechselwirkung zwischen den Akteuren und die stark zunehmende Aufteilung der Aufgaben in der Welt der Cyber-Kriminalität und der Cyber-Angreifer lassen dies nicht zu. Dennoch ist es wichtig, für die Entwicklung einer Strategie von groben Bedrohungskategorien auszugehen, um entsprechende realistische Grundszenarien zu entwickeln. Auch bezüglich der kriminellen oder sicherheitspolitischen Relevanz eines Akteurs oder eines Ereignisses kann man keine scharfe Trennlinie zeichnen. Im Falle der Angriffe gegen die estnischen Infrastrukturen 2007 kann man technisch hauptsächlich von Vandalismus reden. Allerdings waren sie aufgrund des Kontextes und der mutmasslich beteiligten Akteure auch von einer gewissen sicherheitspolitischen Relevanz.

### Trends

Die Cyber-Bedrohung entwickelt sich hauptsächlich im Zusammenhang mit den technologischen Fortschritten im Bereich der IK-Technologien. So gibt es aus heutiger Sicht vier wichtige erkennbare Trends.

### Advanced Persistent Threat

Die Integration der Systeme innerhalb der Unternehmen, aber auch die zunehmende Verwendung durch Dienste ausserhalb des Sicherheitsperimeters, führen dazu, dass ein zunehmend komplexer Datenaustausch stattfindet. Gleichzeitig wird die Hemmschwelle, sensitive Daten ausserhalb des eigenen kontrollierten Netzes zu speichern, kleiner. Dadurch ergeben sich für Angreifer zahlreiche neue Möglichkeiten, trojanische Pferde (siehe Box) zu installieren und über längere Zeit unbemerkt zu betreiben. Oft findet im Verlauf deren Lebenszyklus eine Aktualisierung eines Schadenprogramms statt, eine sogenannte «Malware», um Fehler zu entfernen. Damit kann auf Änderungen der Umgebung beim Zielsystem reagiert werden. Ferner können neue Funktionen nachgeladen werden. Bei Advanced Persistent Threats verfügt die Gegenseite über ein sehr hohes Detailwissen zu den Infrastrukturen oder den Zielsystemen sowie über jene Menschen, die diese betreiben.

### Mittel für Cyber-Angriffe

Im Umgang mit dem Thema Cyber Defense hat sich eine spezifische Sprache entwickelt, die zunehmend auch in den Tagesmedien Einzug findet. Es ist deswegen vorteilhaft, die wichtigsten Begriffe hier zu erläutern.

#### Remote Exploits

Programme, welche die Verwundbarkeit von Organisationen, Diensten oder Applikationen auf Zielsysteme ausnutzen und eine unerlaubte Operation oder ein Eindringen in ein System ermöglichen.

#### Infizierte Dokumente

Dokumente welche aufgrund von gezielten Codierungsfehlern einen Programmfehler in der ausführenden Applikation verursachen (z. B. Microsoft Word, Adobe Acrobat oder Kaspersky Antivirus) und diese dazu führen, einen unerwünschten, schädlichen Code/Befehl auszuführen. Dadurch wird das Zielsystem kompromittiert.

#### Social Engineering

Gezielte und geplante Nutzung von Fehlverhalten (inkl. Verrat von sensiblen Angaben zur Systemarchitektur) der Benutzer, um in Systeme einzudringen.

#### Trojanische Pferde

Programme, welche die Ausführung von unerlaubten / unerwünschten Funktionen auf Zielsystemen ermöglichen, resp. die Persistenz eines Angriffes im Zielsystem sicherstellen. Diese werden zum Beispiel mittels remote Exploits, infizierter Dokumente oder Speichermedien sowie über Social Engineering im Zielsystem eingeschleust und können so zu weiteren Systemen im selben Netz überspringen.

### Denial of Service Angriffe

Angriffe, welche zum Ziel haben, ein System mittels eines massiven eingehenden Datenverkehrs oder durch wiederholte Aufrufe fehlerhafter Funktionen in seiner Verfügbarkeit einzuschränken oder gar zum Absturz zu bringen. Die damit verbundenen Dienste und Prozesse sind somit auch für die berechtigten Benutzer nicht mehr verfügbar.

#### Botnetze

Netze mit Tausenden bis Millionen von kompromittierten Computern, welche von Angreifern verwendet werden, um nicht legitime Tätigkeiten auszuüben, wie zum Beispiel das Starten eines «Denial of Service» Angriffes oder das Zurückholen von gestohlenen Daten.

#### Hintertüren in Software und Firmware

Mechanismen, die vom Hersteller eines Systems (oder von infiltrierten Personen) in eine Software oder Firmware<sup>[3]</sup> eingeschleust werden, um zu einem späteren Zeitpunkt unerlaubt und unerkannt im selben System einzudringen oder dieses lahmzulegen. Zum Beispiel kann man durch eine Tastenkombination den Login-Bildschirm umgehen oder mit einem speziellen Datenpaket eine Verbindung zu einer Applikation aufnehmen.

#### Manipulierte Hardware

Veränderungen an der Hardware, damit ein entfernter (remote) Zugang möglich wird oder unter gewissen Bedingungen eine Funktion nicht korrekt ausgeführt wird.

### Mobile Geräte

Die Malware auf mobilen Geräten ist ein zunehmend diskutiertes Thema. Sie steckt bis jetzt allerdings noch in den Anfängen. Die Vielzahl von Schnittstellen und Sensoren in den modernen mobilen Geräten und die Tatsache, dass diese überall mit dem Besitzer mitgehen, bietet unzählige Möglichkeiten, um ihn und sein Umfeld auszuspionieren (Datendiebstahl, Ortung, Abhören der Gespräche, Ton- und Bilderaufnahme ohne Wissen des Besitzers, usw.). Auch Plattformen, deren Architektur öffentlich weniger bekannt sind wie z. B. Blackberry, dürften durch die Reverse-Engineering Anstrengungen aus der Profi-Hacker-Community gegenüber Cyber-Angriffen zunehmend verwundbarer werden.

### Identitätsdiebstahl

Die Fähigkeit, die eigene Identität im Netz zu beweisen (Authentifizierung) gewinnt rasant an Bedeutung. Dies hat einerseits mit der stetig wachsenden Nutzung des Internets durch die Finanzwirtschaft und den Handel zu tun (bald werden Bezahlungen mit dem Handy zum Alltag gehören und sogar physisches Geld wie auch Kreditkarten ersetzen), aber auch mit der breiten

Nutzung von öffentlichen Diensten, die eine Identität erfordern (Single Sign-On bei sozialen Netzen, Online Gaming und ähnliches, E-Banking, Behördenkontakte). Identitätsdiebstähle werden eine weitere, zusätzliche Entwicklung er-

fahren. Die Kompromittierung der Systeme der Firma RSA mit dem Zweck, Detailinformationen über das weit verbreitete Produkt «SecureID» zu beschaffen, ist nur ein Vorbote dieser Entwicklung (aktuell ist die Attacke auf SSL-Zertifikate von COMODO, vgl NZZ vom 31.03.11, S.58).

## Identitätsdiebstähle werden eine weitere, zusätzliche Entwicklung erfahren.

### Angriffe auf Steuerungssysteme

Mit STUXNET ist das Potenzial von präzisen Angriffen auf Kontrollsysteme verdeutlicht worden. Potenzielle Angreifer nehmen in steigendem Masse solche Systeme ins Visier. Regelmässig werden neue Verwundbarkeiten von sogenannten Supervisory Control and Data Acquisition (SCADA)-Systemen entdeckt und publiziert. Es ist fatal, dass noch mehr Informationen über solche Sicherheitslücken auf dem schwarzen

[3] Eine Firmware ist eine spezielle Form von Software, die in kleinen Geräten (z. B. Router, Drucker, usw.) geladen ist und sehr selten aktualisiert wird. Sie eignet sich deshalb besonders gut, um Hintertüren zu verstecken.

[2] Bedrohungsgruppen

Markt zum Kauf angeboten werden. Man muss davon ausgehen, dass diese schon heute für Angriffe verwendet werden.

### Wie ist die Armee betroffen?

#### Armee und Armeeverwaltung

Wie in allen Bereichen der Gesellschaft decken Informations- und Kommunikationstechnologien auch in der Armee und in der Armeeverwaltung einen breiten Anteil der Tätigkeiten ab. Vom obersten Kader bis hin zum einzelnen Mitarbeiter beginnt der Alltag meist mit dem Einloggen ins Büroautomationssystem, um die E-Mails sowie die Intranet-Webseite zu lesen. In der Milizarmee sieht es ähnlich aus, ausser, dass nebst den dienstbezogenen Systemen auch ein erheblicher Anteil an privaten Mitteln zum Einsatz kommt. Es ist beinahe unmöglich, nachzuvollziehen oder zu kontrollieren, ob z. B. führungsrelevante Informationen über die privaten oder die militärischen Informatikmittel verarbeitet und übermittelt werden. Hier sind Smartphones von immer grösserer Bedeutung, weil sie physisch wie auch operationell kaum eingeschränkt werden können. Dies zeigen die jüngsten Beispiele in Nordafrika. Dementsprechend ist es auch unmöglich zu kontrollieren, ob überall dieselben Sicherheitsstandards angewendet werden – höchstwahrscheinlich ist dies nicht der Fall. Bei der Verwaltungsinformatik haben wir eine ähnlich ambivalente Situation, ohne zusätzlich auf die Problematik der unbefriedigenden Situation bei den rechtlichen Grundlagen einzugehen, welche überholt, kompliziert, lückenhaft und somit meist ineffizient sind.

## Cyberspace wird noch mehr zu einem für die Armee relevanten Operationsraum.

Aus der Sicht eines Angreifers ist diese Situation optimal: Je heterogener die Sicherheitsstandards bei den beteiligten Organisationen und Personen sind, desto einfacher ist es, einen Eintrittspunkt zu finden, der genutzt werden kann, um sich weiter zu besser geschützten Systemen hin zu bewegen («Brückenkopf») oder um Informationen über Personen, Lage, Absichten, Logistik und Führung zu gewinnen oder um – noch schlimmer – zu manipulieren.

Es kommt noch dazu, dass die Armee eine der wichtigsten Budgetposten in der Bundesverwaltung darstellt und somit, nebst der direkten Gefährdung der Armee als sicherheitspolitisches Instrument, auch eine Bedrohung der damit verbundenen Geschäfts- und Finanzprozesse besteht. Ein lukrativer Vertrag mit der Armee könnte durchaus die eine oder andere Organisation dazu bewegen, auf Cyber-Attacken zurückzugreifen, um die eigenen Chancen als Lieferant zu erhöhen.

#### Lagebild Cyberspace

Mit einer stetig kleiner werdenden Armee stellt sich die Frage, wie ihre Leistungsfähigkeit mittels Einsatz moderner Technologien weiter gesteigert und sowohl die Ausbildung als auch die Einsätze optimiert werden können. In der vernetzten Führung der Armee ist diesbezüglich – zu Recht – ein sehr grosses Potenzial erkannt worden.

Gleichzeitig haben wir bereits oben ausgeführt, dass dieser Weg auch sehr grosse Risiken nach sich zieht. Cyberspace wird noch mehr zu einem für die Armee relevanten Operationsraum. Es ist demzufolge unausweichlich, diesen Raum bei der Beurteilung der Lage, der Planung und Führung aller Aktionen auf allen Stufen zu berücksichtigen. Die Schwierigkeit besteht darin, die Fachsprachen der beteiligten Personen korrekt zu übersetzen und die unterschiedlichen Zeitverhältnisse zwischen den Operationsräumen abzudecken.

Im Zuge der demographischen Entwicklung ist zu berücksichtigen, dass unserer Gesellschaft in Zukunft Fachpersonal fehlen wird. Dies wird sich innert kürzester Zeit gerade für die Armee als problematisch erweisen. Die Frage, ob wir in der Lage sein werden, eine hochentwickelte Ausrüstung zu kaufen, zu warten, zu verteidigen und einzusetzen, ist durchaus legitim. Eine rasche Antwort drängt sich deshalb auf, weil sie zur Beantwortung der noch offenen Fragen bezüglich der Weiterentwicklung der Armee wichtig wäre.

### Die Herausforderung für eine Lösung zur Abwehr von den Cyber-Bedrohungen

Der Entscheid des Bundesrates vom 10. Dezember 2010 zur Schaffung einer Task Force und die Ernennung eines Projektleiters für die Definition und Entwicklung einer «nationalen Strategie Cyber Defense», haben öffentliche Diskussionen ausgelöst, auch polarisiert. Manche haben diesen Entscheid begrüsst und zum Ausdruck gebracht, dass eine nationale Strategie die zentrale Bedeutung von Cyber-Defense unterstreiche. Andere wiederum befürchten, dass es sich hierbei lediglich um eine Alibiübung handle, die letztendlich zu einer Nulllösung führen werde. Es ist unbestritten, dass dieses neu kreierte Projekt mit etlichen Herausforderungen konfrontiert sein wird.

## Es ist unbestritten, dass dieses neu kreierte Projekt mit etlichen Herausforderungen konfrontiert sein wird.

Diese stehen aber nicht mit den bestehenden Kompetenzen in einem Zusammenhang, sondern leiten sich vor allem von der Komplexität und des zeitlichen Ablaufs einer solchen Bedrohung bzw. eines effektuierten Angriffes ab, welche reelle Gefahren bergen und welche beim Eintreten katastrophale Folgen für die gesamte Gesellschaft haben könnten. Die Entwicklung eines Rechtsstaates und einer militärischen Streitkraft ist das Resultat eines langjährigen Prozesses, der über Jahrhunderte hinweg im Sinne des «trial-and-error-Prinzips» entstanden und sich über Jahre optimiert hat. Obwohl einige Waffengattungen wie beispielsweise die Artillerie und Luftwaffe das Schlachtfeld revolutioniert haben oder bestimmte Befunde wie Strom oder Verbrennungsmotor-Techniken unser Leben grundsätzlich verändert haben, hat keiner der genannten Bereiche zu einer derart weitgehenden und umfassenden Umwälzung geführt wie die Entwicklung der Informationstechnologien und deren Gefahren. In weniger als 25 Jahren sind alle bisher geltenden politischen, zeitlichen, und geographischen Grenzen verschwunden oder stellen zumindest keinen echten limitierenden Faktor mehr dar. Weiter sind die Akteure meist unbekannt und bleiben im Falle eines Deliktes nicht selten unbestraft.

Wichtig ist nun, dass Lösungen so einfach wie möglich definiert und erbracht werden können. Das sollte möglichst ohne Einschränkung des Themas geschehen. Dies im Gegensatz zu jenen Autoren, die zu behaupten wagen, «Cyber Defense» sei einzig mit «Informatiksicherheit» gleichzusetzen. «Cyber Defense» nimmt eine sicherheitspolitische Dimension ein, welche nur mittels eines national und international vernetzten und kohärenten Lösungsansatzes zu bewältigen ist. Das tragische Erdbeben, welches Japan am 11. März dieses Jahres traf, hat uns vor Augen geführt, dass die Folgen oft Wege einschlagen, die bisher meist und fälschlicherweise als unmöglich oder als irrelevant erklärt worden sind. Deswegen wurden sie nie in Vorsorgeplanungen oder Übungen thematisiert.

### Integraler Ansatz

Aus den obigen Betrachtungen folgt, dass das Problem der «Cyber Defense» komplex ist und in seiner Dimension und Dynamik integral angegangen werden muss. Unter anderem müssen folgende Aspekte angegangen werden:

- **Innenpolitische Ebene:** In der Tat dürfen wir uns nicht nur auf Stufe Bund beschränken, sondern müssen sowohl Kantone wie auch Gemeinden im Sinne einer paritätischen Mitwirkung berücksichtigen. Diese unterscheiden sich zunehmend aufgrund ihrer Grösse, Bedeutung und Kompetenzen.
- **Aussenpolitische Ebene:** Die internationale Dimension und die Notwendigkeit einer sogenannten Cyber-Diplomatie werden immer wichtiger. Wir müssen deshalb mit unseren Nachbarn und der internationalen Gemeinschaft als enge Verbündete kooperieren und uns an den laufenden Arbeiten für die Errichtung eines internationalen rechtlichen Rahmens beteiligen.
- **Instrumente der Sicherheitspolitik:** Die im Projekt erarbeiteten Lösungen müssen integraler Teil im Gesamtgefüge der schweizerischen Sicherheitspolitik sein. Sie können nicht als eigenständiges Gebilde aufgebaut werden. Die Bedrohung ist mehrdimensional. Deswegen muss das Zusammenspiel zwischen Politik, Justiz, Polizei, Nachrichtendienst, Bevölkerungsschutz, Landesvorsorge und Armee im Zusammenhang mit der Cyber-Bedrohung klar definiert werden. Auch hier ist die internationale Komponente relevant, zumal man den Einsatz von Information als strategische Waffe in der Kriegführung zu regeln versucht.
- **Kritische Infrastrukturen:** Die Abhängigkeit unserer Gesellschaft von wenigen, vernetzten, kritischen Infrastrukturen nimmt kontinuierlich zu. Die primär privatrechtliche Natur dieser Infrastrukturen, die rasche Digitalisierung der Steuerungsprozesse, der Preisdruck durch Markt und Regulatoren, sowie weitreichende Konsequenzen eines auch nur sehr kurzzeitigen Ausfalles weniger superkritischer Infrastrukturen erfordern ein ausgeklügeltes Regelwerk, das im Gleichgewicht zwischen Eigenverantwortung und Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben durch den Staat steht.
- **Der Wirtschaftsstandort Schweiz:** Eine Cyber Defense Strategie darf nicht als einschränkende Massnahme verstanden werden. Die Wirtschaft kann von einer starken und ausgeklügelten Strategie sowohl kurz- wie auch langfristig profitieren. Länder, welche ihre Hausaufgaben in diesem Bereich gelöst haben, werden in der kooperativen Begegnung der globalen Bedrohung besser eingebunden und für Gesellschaft und Wirtschaft eine robustere Ausgangslage im Cyberspace schaffen.

### Das Bestehende nicht vergessen

Die bisherigen Anstrengungen in der Schweiz, gegen die Cyber-Bedrohung vorzugehen, sind auf die Strategische Führungsübung 1997 (SFU97) zurückzuführen. Die SFU97 wurde durch die US-amerikanische Denkfabrik «RAND Corporation» begleitet. Sie basierte auf der Methodik «The Day After...». Die Bedrohung durch informationskriegsartige Angriffe fand dann gewichtigen Eingang im Sicherheitspolitischen Bericht 2000. Der Sensibilisierungseffekt dieser Übung, die darauf folgende INFORMO 2001 und die InformOrena 2002 sowie der sicherheitspolitische Bericht haben aber nicht gereicht, eine Lösung herbeizuführen, welche der hohen Eintretenswahrscheinlichkeit dieser Bedrohung und der Risiken gerecht wird. Die zur Verfügung stehenden Ressourcen sind in ihrer Ausprägung, Effektivität und Kohärenz ungenügend. Dies vor allem dann, wenn Cyber-Angriffe eine sicherheitspolitische Relevanz annehmen sollten.

- **InfoSurance:** Diese Stiftung versucht, die Kooperation in den Sektoren der kritischen Infrastrukturen, zwischen den Sektoren sowie zwischen den einzelnen Sektoren und dem Bund zu ermöglichen und zu verstärken. Dispute zwischen einzelnen Mitgliedern der Trägerschaft über die Finanzierung und über die Rolle der Stiftung, haben zu deren Abwertung zu einem Verein geführt, welcher den ursprünglichen Zweck überhaupt nicht mehr erfüllt.
- **Die Melde- und Analysestelle Information Assurance (MELANI)** ist personell stark unterdotiert und in zwei Departementen angesiedelt. Sämtliche Partner sind mit der Qualität der Leistung zufrieden, bemängeln aber deren Quantität und Breite.
- **Die Koordinationsstelle für die Bekämpfung der Internet Kriminalität (KOBIK)** liefert hervorragende Leistungen. Diese beschäftigte sich aber bis vor kurzem fast ausschliesslich mit der Bekämpfung der Pornographie. Nebst der Überwachung des Internets verfügt sie nur über eine Meldepflicht an die Strafverfolgungsorgane.
- **Der Sonderstab Information Assurance (SONIA)** wurde während der Übung INFORMO geschaffen, aber nie richtig strukturiert oder ausgebildet. Er existiert bloss auf dem Papier und zwingt die Bundesbehörden im Falle eines Angriffes zu Ad-Hoc-Lösungen.
- **Die Armee** hat 2005 eine umfassende Konzeptstudie «Informationsoperationen» genehmigt, welche ihr die Fähigkeit zur Unterstützung der eigenen Operationen und die Schaffung einer partiellen Informationshoheit geben sollte. Obschon die Bedeutung dieser Bedrohung in einem modernen Konflikt erkannt wird, sind die derzeit vorhandenen Mittel unzureichend.

Diese Überlegungen konzentrieren sich auf die sicherheitspolitischen Instrumente. Deshalb werden keine Aussagen zu privaten Informationssicherheitsmitteln gemacht, da diese logischerweise in den Rahmen der eigenen Verantwortung fallen. Das Privatumfeld berücksichtigt die Cyber-Bedrohungen in einer sehr heterogener Art und Weise. Je nach Funktion eines Informatiksystems hat die Sicherheit eine unterschiedliche Bedeutung.

Im Falle zum Beispiel eines Detailhandels würde Nachlässigkeit bezüglich Sicherheit nur Auswirkungen in Form eines begrenzten wirtschaftlichen Schadens annehmen. Hingegen könnte eine Nachlässigkeit in einem Spital zu weit gravie-

renderen Folgen führen. Ein Fehlverhalten kann die Verbreitung von Malware vereinfachen und somit dazu führen, dass ein Computer Bestandteil eines Botnet wird, welches für die Durchführung von Cyber-Angriffen genutzt wird.

## Die Cyber-Bedrohung nimmt zu und ist gefährlich. Sie kann die Existenz und das Bestehen der Schweiz sowie ihrer Institutionen gefährden.

Konsequenterweise muss eine Strategie auch Elemente enthalten, welche zur Reduktion der Gefahren in wichtigen Privatsektoren stattfinden.

### Vision

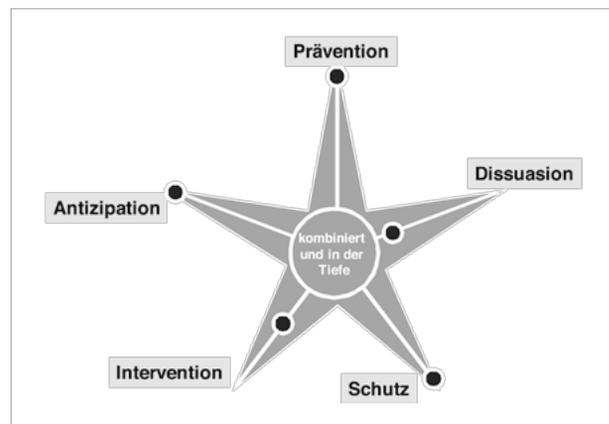
Die Cyber-Bedrohung nimmt zu und ist gefährlich. Sie kann die Existenz und das Bestehen der Schweiz sowie ihrer Institutionen gefährden. Das heutige Abwehrdispositiv ist aus verschiedenen Gründen noch nicht in der Lage, diese Herausforderung zu meistern. Eine nationale Strategie Cyber Defense darf dementsprechend keine Kompromisse eingehen.

Zur Erreichung der Ziele werden einige Thesen formuliert, welche nicht verhandelbar sind, wie zum Beispiel:

- die absolute Notwendigkeit eines klaren politischen und rechtlichen Rahmens;
- ein Konsens aller beteiligten Parteien darüber, dass die entwickelten Lösungen verhältnismässig sind und den Zweck erfüllen;
- die Definition eines effektiven strategischen und operativen Verantwortungs- und Führungsprozesses, welcher finanziell und technisch umsetzbar ist;
- ein Risiko- und Krisenmanagement, welches ermöglicht, sich mit robusten Antworten auf die echten Probleme zu konzentrieren und die Fokussierung in erster Linie auf die kritischen Infrastrukturen (inkl. Verwaltung und Sicherheitskräfte) sowie die Wirtschaft setzt;
- die Schaffung von professionellen Instrumenten und Ressourcen, welche lagegerecht angepasst werden können, die durchhaltefähig sind und die die Kontinuität des Alltags, auch bei Cyber-Angriffen sicherstellen;
- Zurverfügungstellung von ausreichend Personal, das mit solchen Bedrohungsformen kompetent umgehen kann.

## Eine nationale Strategie Cyber Defense darf dementsprechend keine Kompromisse eingehen.

Diesen Thesen nachzuleben, wird wegen der Komplexität der Sache, der Vielfalt der Akteure und der rasanten Entwicklung der Bedrohung nicht einfach sein. Es ist von zentraler Bedeutung zu wissen, für was wir uns einsetzen, wofür es eine Cyber Defense braucht und letztendlich wodurch sich unser Einsatz rechtfertigt. Die Antwort finden wir im Artikel 2 der Bundesverfassung, welcher folgendes stipuliert: «Die Schweizerische Eidgenossenschaft schützt die Freiheit und die Rechte des Volkes und wahrt die Unabhängigkeit und die Sicherheit des Landes. Sie fördert die gemeinsame Wohl-



[3]

fahrt, die nachhaltige Entwicklung, den inneren Zusammenhalt und die kulturelle Vielfalt des Landes. Sie sorgt für eine möglichst grosse Chancengleichheit unter den Bürgerinnen und Bürgern. Sie setzt sich ein für die dauerhafte Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und für eine friedliche und gerechte internationale Ordnung».

Hier wird klar, wie die Bedrohung definiert ist (Kraft, Raum, Zeit) und wie der angestrebte Endzustand aussieht (Freiheit, Wohlstand, Sicherheit). Deshalb formulieren wir unsere Vision für die Cyber Defense wie folgt:

**Wir wollen die vitalen Funktionen, auf welchen die Stabilität, Sicherheit und Prosperität der Schweiz basieren, gegen Cyber-Bedrohungen mittels eines lagegerechten, dynamischen Präventions-, Antizipations-, Dissuasions-, Schutz- und Interventionsdispositivs nachhaltig schützen.**

Abbildung 3 stellt die Gewichtung der verschiedenen Elemente dieser Vision dar. Auf Antizipation, Prävention und Schutz wird das Schwergewicht gelegt, währenddessen Dissuasion keine grosse Bedeutung hat und Intervention sich vor allem auf die Krisenbewirtschaftungsfähigkeit konzentrieren sollte.

### Ambitionsniveau und Handlungsoptionen

Eine Schlüsselfrage der nationalen Strategie Cyber Defense ist nicht nur die des Aufgaben- und Verantwortungsspektrums des Staates, sondern auch die der Prioritätensetzung sowie des Ambitionsniveaus entlang dieses Spektrums.

Um sie zu beantworten, wurden zuerst die 10 Sektoren der kritischen Infrastrukturen und ihre Untersektoren (gemäss der Grundstrategie des Bundesrates zum Schutz der kritischen Infrastrukturen), mit den sieben Bedrohungsformen, im Rahmen eines ersten Krisenmanagements verglichen. Dadurch konnte ermittelt werden, welche Sektoren aus Sicht Cyber Defense besonders kritisch sind oder einen besonders hohen Einfluss auf die anderen Sektoren, auf die Wirtschaft und Gesellschaft als Ganzes haben. Dieser Schritt hat zur Erkenntnis der Schwerpunkte und Prioritäten geführt, nennt aber noch nicht das anzustrebende Ambitionsniveau bei den verschiedenen Aufgaben.

Als zweites Analyseinstrument wurde die Methode des morphologischen Kasten<sup>[4]</sup> angewendet, um ein Profil durch

mehrere, schwer darstellbare und heterogene Kriterien<sup>[5]</sup> zu erstellen. Es geht darum zu zeigen, was diese Kriterien für Wechselwirkungen untereinander haben. Somit können die heutigen Profile mit einem minimalen und einem idealen Profil verglichen werden. Dabei sind auch die finanziellen, personellen, politischen und rechtlichen Konsequenzen sichtbar.

### Mögliche Elemente einer nationalen Cyber Defense Strategie

Heute schon sind zahlreiche Akteure auf unterschiedlichen Niveaus aktiv, um die Schweiz gegen Cyber-Attacken zu schützen. Auch wenn die derzeitigen Ressourcen und die bestehenden Ablauf- und Aufbauorganisationen vermutlich nicht ausreichen, um der Bedrohung gerecht zu werden, darf es nicht darum gehen, bestehende Lösungsansätze zu ignorieren oder gar von Grund auf neu beginnen zu wollen.

Nebst der Schliessung erkannter Lücken soll primär eine Strategie die Kette der bestehenden Prozeduren und Mittel ergänzen und konsolidieren, um die Bedürfnisse des Alltags bis hin zu den Bedrohungen mit sicherheitspolitischer Relevanz abzudecken. Diese Arbeit muss in enger Zusammenarbeit mit den Kantonen, den wichtigsten Städten, den Betreibern der kritischen und super-kritischen Infrastrukturen, sowie im Dialog mit ausgewählten ausländischen Partnern und internationale Organisationen (u. a. UN, EU, NATO und OSZE) erfolgen.

Aus heutiger Sicht erkennen wir bereits folgende Elemente der Strategie:

#### Günstige Voraussetzungen für das strategische Krisenmanagement

Zu diesem Zweck braucht es ein Netzwerk von Führungspersonen aus allen betroffenen Sektoren, welches permanent den Austausch von Informationen und die Abstimmung der Massnahmen ermöglicht. Unter anderem müssen unter der Federführung auf Stufe Bund

- Informationen über Bedrohung, Ereignisse und Trends aus strategischer Sicht ausgetauscht werden;
- Arbeiten zur Definition von kohärenten Massnahmen und Vorsorgeplanungen für den Umgang mit Cyber-Attacken abgestimmt werden; sowie
- Überprüfungen der vorhandenen Massnahmen mittels Übungen oder Audits koordiniert werden.

#### Bündelung der nationalen und technischen Verteidigungsmittel

Dazu soll eine Plattform geschaffen werden (wiederum in der Form eines Netzes), mit dem Ziel, allen Teilnehmern so rasch wie möglich den Zugriff zu Informationen, Lösungen, Analysen, usw zu ermöglichen, um wiederum die Sicherstellung ihrer Leistungen im Angriffsfall zu schützen. Diese Plattform soll rund um die Uhr, an 365 Tagen im Jahr im Einsatz stehen und

- ein nationales «Cyber Operational Picture» liefern;
- jegliche Form der Analyse von Software, Netzen, Systemen durchführen können; sowie
- die nationale technische Zertifizierungsinstanz sein.

### Stärkung des Wissens und Sicherstellung einer ausreichenden Zahl von Fachkräften

Die Schweiz spielt bereits heute eine wichtige internationale Rolle in der Erforschung und in der Entwicklung von IKT-Sicherheitstechnologien verschiedenster Art. Öfters werden diese Entwicklungen durch den «Swissness»-Label auch als besonders sicher und vertrauenswürdig auf dem Markt wahrgenommen. Das heutige Niveau kann nur aufrechterhalten und gesteigert werden, wenn diesem Themengebiet ein entsprechend hoher Stellenwert in der Forschungslandschaft zu steht. Ein reger Austausch zwischen der Cyber Defense Gemeinschaft und den Forschungsstellen der Industrie und der Hochschulen kann diese wichtige Voraussetzung begünstigen und die rasche Aufnahme von Innovationen in der «realen Welt» vereinfachen.

Die Gewährung des Nachwuchses von spezialisierten Fachkräften (qualitativ wie auch quantitativ) ist eine Kernaufgabe. Sie muss sicherstellen, dass unsere Gesellschaft erfolgreich die wachsende Bedeutung der Technologie meistern kann. Es kann nicht sein, dass wir uns über ausländisches, schwer kontrollierbares Personal oder Firmen absichern müssen, um die wichtigsten Funktionen des Staates und unserer kritischen Infrastruktur zu schützen. Sicherheit ist eine hoheitliche Aufgabe, die kein «outsourcing» erträgt. Deswegen muss eine entsprechend dezidierte Bildungspolitik forciert werden.

### Die menschlichen Schwachstellen reduzieren

Die Aussage, dass der Mensch die Schwachstelle im Kampf gegen diese Bedrohung sei, ist keine Floskel. Damit alle Beteiligten individuell und kollektiv die Risiken zu reduzieren vermögen, muss eine breite und thematisch gezielte Sensibilisierung stattfinden. Weiter müssen die am Prozess Cyber Defense direkt beteiligten Personen ausgebildet und die Prozesse der Krisenbewältigung geübt werden.

**Es kann nicht sein, dass wir uns über ausländisches, schwer kontrollierbares Personal oder Firmen absichern müssen, um die wichtigsten Funktionen des Staates und unserer kritischen Infrastruktur zu schützen.**

Aus der Perspektive der nationalen Strategie geht es darum, zusammen mit den bereits vorhandenen Instrumenten des Staates und der Privatwirtschaft, die Sensibilisierung und Ausbildung angemessen weiter zu entwickeln und anzuwenden.

[4] Fritz Zwicky, Morphologie and Policy Analysis, Tom Ritchey, Defence Research Establishment, S-17290 Stockholm, Sweden.

[5] Zum Beispiel Fähigkeiten, zentraler oder dezentraler Ansatz, Prozessverantwortung, Führung der Cyber Defense, Kompetenzen der Hauptkomponenten, Sicherstellung der Ressourcen, Zielpublikum, dedizierte Cyber Defense Infrastrukturen, Anpassung der Rechtsgrundlagen, Intensität der Kooperation im In- und Ausland, usw.

[3] Gewichtung der Elemente der Vision

**Das Dispositiv mit angepassten rechtlichen Normen stärken**  
Nebst der Anpassung bestehender Rechtsgrundlagen, werden je nach gewähltem Ambitionsniveau wahrscheinlich auch neue Rechtsgrundlagen nötig sein. Aus heutiger Sicht gibt es dabei folgende Bereiche, die besondere Aufmerksamkeit verdienen:

- Die Definition der Schnittstellen und Minimalanforderungen an die Sicherheit IKT-Systeme in kritischen und vor allem super-kritischen Infrastrukturen;
- Die Definition der Handlungsmöglichkeiten des Staates in der Prävention und Früherkennung von Bedrohungen, sowie in der Einleitung von reaktiven Massnahmen;
- Die Festlegung von Mechanismen der politischen Aufsicht und Kontrolle über die obigen Funktionen;
- Schaffung von Normen für die Stärkung der internationalen Zusammenarbeit und für die gegenseitige Anerkennung von Personensicherheitsüberprüfungen;
- Schaffung von Normen und Instrumenten, um dem Staat ein Vetorecht zur Verhinderung eines unkontrollierbaren und nachteiligen Weggangs resp Abflusses von wichtigen Personen, Gütern, Firmen und Wissen, welche der hoheitlichen Verantwortung des Staates zugehören, zu verhindern.

#### Die internationale Dimension berücksichtigen

In einem per Definition globalen und internationalen Themengebiet ist das Schaffen eines Verhaltenskodex in verschiedenen Lagen sehr wichtig. Dadurch, dass Anonymität bei Cyber-Attacken eher die Regel als die Ausnahme darstellt und dadurch, dass so etwas wie ein «staatliches Monopol» über diese Bedrohung nicht existiert, ist bei der Entwicklung einer dynamischen Cyber-Diplomatie die Schaffung von spezifischen Gesetzmässigkeiten unerlässlich. Aber nicht alle Ideen dürften zielführend sein. Zum Beispiel dürfte sich ein bindender Vertrag im Bereich des Humanitären- oder Kriegsvölkerrechts für die Ächtung von Cyber-Attacken eher kontraproduktiv auswirken, weil ein Missbrauch den Ruf «unbeteiligter Dritter» schädigen könnte. Eine umfassende Kontrolle über Cyber-Waffen dürfte ausserdem auch schwierig zu implementieren sein. Dies, weil sämtliche Komponenten eines Programmes, welches als Ganzes vielleicht als Cyber-Waffe zu bezeichnen wäre, einzeln rechtlich unkritisch und nicht kontrollierbar sind. So unterscheidet sich zum Beispiel die Tätigkeit eines Software-Entwicklungsteams, das Cyber-Waffen entwickelt, für Aussenstehende in keiner Art und Weise von der Tätigkeit eines Teams, das Sicherheitslösungen entwickelt.

Der globale Charakter des Problems bedingt auch, dass man auf allen Ebenen effiziente bi- oder multilaterale Zusammenarbeitsmodelle zwischen den Akteuren entwickelt. Solche Modelle existieren bereits und ergeben einen grossen Mehrwert für alle Beteiligten. Sie können aber noch verbessert werden.

#### Schlussfolgerungen

Ein wichtiges Thema, das noch debattiert werden muss, ist die Rolle der Armee im Kontext Cyber Defense. Damit diese ihre künftigen Einsätze durchführen kann, muss sie über die Fähigkeit verfügen, Cyberspace als Operationsraum vollständig in ihre Doktrin zu integrieren. Dieser Ansatz mag mit der

Bedeutung der Lufthoheit für Bodenoperationen in einem Verteidigungsszenario vergleichbar sein.

Andererseits verfügt die Armee noch über keine vollständigen rechtlichen oder operationellen Voraussetzungen, um das ganze Spektrum der Computer Netzwerk-Operationen einzusetzen. Dies, obschon der Schutz der eigenen Systeme und die Abwehr von Angriffen möglich sein müssten.

**Anders formuliert, die Schweiz kann sich den Luxus von zwei oder mehreren technischen Kompetenzzentren für die Abwehr der Cyber Bedrohung kaum leisten.**

Ausserdem haben wir bereits erläutert, dass sich jene Bedrohung, der die Armee ausgesetzt ist, kaum von derjenigen unterscheidet, welche kritische Infrastrukturen betrifft. Es gibt weder tarnfarbige, noch rote, blaue oder gelbe Malware. Es stellt sich deshalb die Frage, ob jene eher wenigen Spezialisten, welche für die Cyber Defense der Armee zuständig sind, nicht im Sinne einer Synergienutzung mit den Spezialisten aus den zivilen Bereichen zentral und in einer einzigen Organisationseinheit zusammengelegt werden müssten. Denn, wenn es bei der Reaktion auf einen Angriff tatsächlich um Minuten und Stunden geht und nicht um Tage und Monate, ist eine solche Lösung für einen Staat mit bekanntlich wenigen Ressourcen unerlässlich. Anders formuliert, die Schweiz kann sich den Luxus von zwei oder mehreren technischen Kompetenzzentren für die Abwehr der Cyber Bedrohung kaum leisten.

Die Zeit bis zu einer genehmigten nationalen Cyber Defense Strategie (Jahresende 2011) ist sehr kurz bemessen. Der Weg erfordert pragmatische Lösungen, die verständlich sind und verstanden werden müssen. Trotz des verfolgten Top-Down Ansatzes darf die Strategie nicht ein «Diktat aus Bern» werden. Sie soll vielmehr die Basis für die nationale Zusammenarbeit in diesem Bereich stärken. Die Strategie darf keine Freiräume lassen, wenn es um die Definition der Aufgaben, um die Definition der Verantwortlichkeiten und um die Rollen des Staates bzw der Privatwirtschaft zum Schutz gegen die Cyber Bedrohungen geht. Dies sind wir unserer Bevölkerung schuldig.

(Teil 2 folgt in der nächsten Military Power Revue)

# Vom SIPOL B über den Armeebericht 2010 zum Zusatzbericht

Am 1. Oktober 2010 hat der Bundesrat den Armeebericht 2010 verabschiedet. Im Folgenden wird darüber berichtet, welches die Veranlassung für diesen Bericht war. Im Weiteren wird kurz auf dessen Aufbau und einige wesentliche Aussagen eingegangen. Im Zusatzbericht zum Armeebericht wurden Varianten mit Sollbeständen von 60 000 bis 120 000 Angehörigen der Armee in ihren wesentlichen Parametern – inkl. zu erwartende Ausgaben – untersucht. Das weitere Vorgehen nach dem Armeebericht wird aufgezeigt.

Jacques Lörtscher

Dipl. Masch.-Ing. ETHZ. Major a.D. Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Armeestab. Papiermühlestrasse 20, 3003 Bern.  
E-Mail: jacques.loertscher@vtg.admin.ch

## Veranlassung für Armeebericht

### Der sicherheitspolitische Bericht 2010 (SIPOL B 2010) und seine Entstehung

Der letzte sicherheitspolitische Bericht (SIPOL B 2000) stammte vom 7. Juni 1999<sup>[1]</sup>. Eine Überprüfung bzw. Aktualisierung war vorzunehmen, weil sich in den letzten rund zehn Jahren sicherheitspolitische Akzentverschiebungen ergeben hatten wie die Verschiebung globaler Machtverhältnisse, die sich beschleunigende Globalisierung und Vernetzung<sup>[2]</sup>.

Nachdem der Entwicklungsschritt 2008/11 am 2. Oktober 2006 im Parlament durchgefallen war, wurden Stimmen laut, die dem Bundesrat vorwarfen, es sei ihm nur ungenügend gelungen, «diesen Schritt als notwendige und bedrohungs-gerechte Anpassung an sich verändernde Herausforderungen zu erklären.» In der Antwort zur Interpellation «Sicherheitspolitik. Entwicklungsschritt 2008–2011»<sup>[3]</sup> vom 29.11.2006 erklärte sich der Bundesrat bereit, «dem Parlament regelmässig einmal pro Legislatur Bericht über die sicherheitspolitische Strategie zu erstatten. Er beabsichtigt aber nicht, jedes Mal einen neuen sicherheitspolitischen Bericht zu verfassen, sondern den Umfang der Berichterstattung dem Ausmass der Veränderung der Strategie anzupassen.» In die gleiche Richtung stiessen zwei parlamentarische Initiativen, die aber einen anderen Ausgangspunkt hatten.<sup>[4]</sup>

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom 2. Juli 2008 be-

schlossen, den Bericht über die Sicherheitspolitik der Schweiz zu überarbeiten. Der Bundesrat ging damals davon aus, dass der Bericht zwischen August und Oktober 2009 verabschiedet werden könnte.

Die Erwartungen an den neuen sicherheitspolitischen Bericht waren hoch. Die Bedrohungen und Gefahren sowie die Mittel und Massnahmen zu deren Bewältigung sollten ins Zentrum gestellt werden. Der Bundesrat ging auch davon aus, dass die im sicherheitspolitischen Bericht 2000 (SIPOL B 2000) beschriebene Strategie «Sicherheit durch Kooperation» beizubehalten wäre.

Anpassungen sollten vorgenommen werden, «in der Beschreibung und Gewichtung von Bedrohungen und Gefahren, in der Beschreibung der internationalen sicherheitspolitischen Strukturen, und in der Darlegung, wie die einzelnen Instrumente der Sicherheitspolitik (Aussenpolitik, Armee, Bevölkerungsschutz, Wirtschaftspolitik, wirtschaftliche Landes-

[1] Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz (SIPOL B 2000) vom 7. Juni 1999, BBL Nr. 38 vom 28. September 1999, S. 7657–7734.

[2] Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz vom 23. Juni 2010, BBL Nr. 30 vom 3. August 2010, S. 5134.

[3] vgl. 06.3471 Interpellation Fraktion FDP Nationalrat «Sicherheitspolitik. Entwicklungsschritt 2008–2011» vom 03.10.2006 und gleichlautend 06.3472 Interpellation Ständerätin Leumann Helen vom 03.10.2006.

[4] Parlamentarische Initiative 05.436 «Neues Verfahren für die Rüstungsprogramme» vom 05.10.2005 und Parlamentarische Initiative 06.447 «Strategiebericht als Grundlage der Sicherheitspolitik der Schweiz» vom 23.06.2006.

versorgung, Staatsschutz und Polizei) auszugestalten und einzusetzen seien. Schliesslich sollte der Bericht auch einen weiteren Impuls zur Ausgestaltung der Nationalen Sicherheitskooperation und zur Koordination der Sicherheitspolitik zwischen den betroffenen Bundesstellen und den Kantonen geben.»<sup>[5]</sup>

Durch Anhörungen (Hearings) sollte eine breite Abstützung des SIPOL B erreicht werden. 45 Organisationen oder Einzelpersonen, darunter 11 Experten der Sicherheitspolitik aus anderen Staaten und internationalen Organisationen nahmen zwischen Ende Februar und Ende April 2009 daran teil. An die Anhörungen war die Hoffnung des Bundesrates geknüpft, auf diese Weise «zu einem erneuerten, verbreiterten und vertieften sicherheitspolitischen Konsens zu gelangen.»<sup>[6]</sup> Das VBS wurde am 17. Juni 2009 vom Bundesrat beauftragt, den Bericht in Zusammenarbeit mit den Kantonen auszuarbeiten. Ein erster Entwurf vermochte aber nicht zu genügen, und der Bundesrat beschloss am 21. Oktober 2009, «dass die Eckwerte für die künftige Stossrichtung und die grundsätzliche Ausgestaltung von drei Elementen des Berichts – Sicherheitsverbund Schweiz, Auslandengagement der Armee und Weiterentwicklung der Armee – unter Einbezug aller betroffenen Departemente im Bericht ausführlicher dargelegt werden sollen.»<sup>[7]</sup> Am 23. Juni 2010 wurde der sicherheitspolitische Bericht 2010 vom Bundesrat verabschiedet.

### Erkenntnisse aus dem SIPOL B

In den vergangenen zehn Jahren haben sicherheitspolitische Akzentverschiebungen stattgefunden. Diese haben aber die Bedrohungslage für die Schweiz nicht fundamental verändert, so dass sich grundsätzliche Änderungen an der bisherigen sicherheitspolitischen Strategie der Schweiz nicht aufdrängen. Hingegen wird als wichtig erachtet, dass die vorhandenen sicherheitspolitischen Instrumente bezüglich ihres Zusammenspiels optimiert werden, um die Effektivität und die Effizienz zu steigern. Stichwort dazu ist der Sicherheitsverbund Schweiz, in welchem es darum geht, die sicherheitspolitische Kooperation zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden zu verbessern, zu intensivieren und zu institutionalisieren.

Was die künftige Ausrichtung der Armee anbelangt, werden im sicherheitspolitischen Bericht als Fazit für die Weiterentwicklung der Armee zehn Eckwerte sowie die für die Aufgaben der Armee identifizierten Konsequenzen aufgeführt.<sup>[8]</sup>

## Hingegen wird als wichtig erachtet, dass die vorhandenen sicherheitspolitischen Instrumente bezüglich ihres Zusammenspiels optimiert werden ...

Wie eingangs erwähnt, waren die Erwartungen an den neuen sicherheitspolitischen Bericht hoch, wurde doch angenommen, dass mit dem Bericht die künftige Marschrichtung der Armee geklärt würde. Vergleicht man dazu die zwei Vorgängerberichte<sup>[9]</sup> des SIPOL B 2010, so stellt man fest, dass diese in ihren Aussagen zur Armee nicht entscheidend mehr hergaben. In einer sicherheitspolitischen Auslegeordnung ist die Armee nur Teil der sicherheitspolitischen Instrumente – wenn auch der gewichtigste. In diesem Sinne wurde im SI-

POL B 2010 die Körnigkeit der Aussagen durchgehend gewahrt. Das reklamierte Defizit im SIPOL B 2010 bezüglich Klärung der Aufgaben der Armee sollte mit einem Armeebereich ergänzt werden und bis zur politischen Behandlung des SIPOL B 2010 zur Verfügung stehen.

### Der Armeebereich 2010

Der Auftrag an den Chef der Armee zur Erstellung des Armeebereiches wurde vom Chef VBS am 15. Februar 2010 erteilt. Der Bericht sollte Ende August zur Verabschiedung im Bundesrat bereit sein. Zielsetzung des Berichts war, die Politik über die Art und Weise zu informieren, wie die Armee die gefragten Leistungen – ausgehend von den aktuellen und vorhersehbaren Bedrohungsformen – künftig erbringen kann. Im Weiteren sollte vertieft auf die Rahmenbedingungen für die Leistungserbringung eingegangen werden. Oder anders ausgedrückt ging es darum, die Eckwerte (Fazit) aus dem SIPOL B zu konkretisieren und eine Grundlage für die Weiterentwicklung der Armee zu schaffen.

Der Chef VBS umriss die Zielsetzung für den Armeebereich wie folgt:

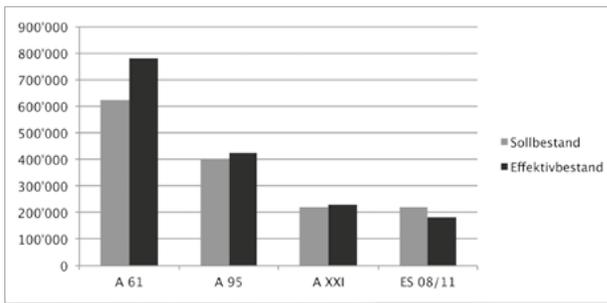
- Über die von der Armee erbrachten Leistungen zu orientieren;
- das Leistungsprofil bzw. den Auftrag an die Armee zu definieren;
- den Stand der Mängelbehebung darzustellen und Massnahmen aufzuzeigen;
- die Leitlinien und Eckwerte zur Weiterentwicklung der Armee aus dem sicherheitspolitischen Bericht zu konkretisieren und auf einer möglichen Zeitachse darzustellen;
- Sofortmassnahmen und eine Verzichtplanung darzustellen;
- die finanziellen Konsequenzen aufzeigen.

### Aufbau / Inhalt des Armeebereiches

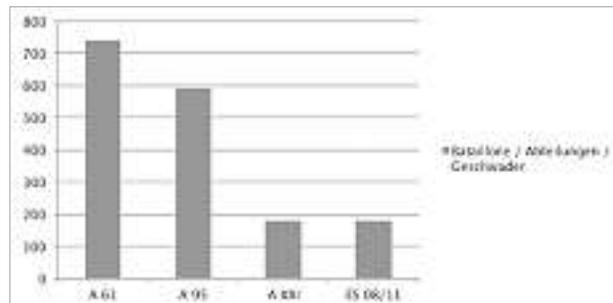
Aus den Zielsetzungen des Chefs VBS für den Armeebereich wurde eine Disposition erstellt, die – nebst Übersicht (Zusammenfassung des Berichtes) und der Veranlassung – folgende Themenbereiche und Inhalte umfasste:

- **Entwicklung der Armee.** «Damit man weiss, wohin man soll, muss man wissen woher man kommt.» Es galt, die Reformen der Armee von der Armee 61 über die Armee 95, die Armee XXI bis zum Entwicklungsschritt 2008/11 (ES 08/11) mit ihren Eckwerten – auch den finanziellen – kurz in Erinnerung zu rufen. Der Aderlass von der Armee 61 (Stand 1.1.1990) bis zum umgesetzten Entwicklungsschritt 2008/11 (per 1.1.2011) liest sich bezüglich Personal, Material und Finanzen «dramatisch». Es muss aber berücksichtigt werden, dass der Wegfall der direkten militärischen Bedrohung von Westeuropa durch den Warschauer Pakt und der Zerfall desselben als ebenso dramatisch einzustufen sind. Die Abbildungen 1 bis 4 mögen dies auszugsweise aufzeigen.<sup>[10]</sup>

- **Standbericht.** Was leistet die Armee heute und wo sind ihre wesentlichen Defizite? Diese Fragestellungen waren in einem Standbericht zu beantworten. Die Erkenntnisse mündeten in den einzelnen Bereichen<sup>[11]</sup> in Listen von Massnahmen, die bis 2013 zu ergreifen sind. Diese umfassen auch Sofortmassnahmen (SOMA) und Verzichte. Verzichte z. B. auf überzählige oder obsolete Systeme, die zwecks Einsparung von Betriebsausgaben



[1]



[2]

ausser Dienst zu stellen sind – zum Teil auch vorzeitig. In den wesentlichen Bereichen decken sich diese Massnahmen mit solchen, die schon im Frühjahr 2009 im Bericht der «Herausforderungen der Armee»<sup>[12]</sup> – auch «Mängelliste» genannt – aufgezeigt wurden. Dieser Standbericht ist auch im Zusammenhang mit den Motionen 09.4332 SR Gutzwiller und 09.4333 SR Schwaller vom 11.12.2009: «Handeln statt klagen: die Mängel der Armee endlich beheben» zu sehen; er sollte eine Antwort darauf sein.

- **Bedrohungen, Gefahren und Konsequenzen für die Armee.** Die Bedrohungen und Gefahren für die Schweiz und damit deren Verwundbarkeiten waren aufzuzeigen und daraus die möglichen Leistungen der Armee abzuleiten und die Konsequenzen für die Armee in Eckwerten zu formulieren. Die Ausführungen im Armeebericht nehmen den Faden aus dem sicherheitspolitischen Bericht auf und konkretisieren die Bedrohungen und Gefahren, im Rahmen derer die Armee fähig sein muss, Leistungen zu erbringen. Diese Bereiche sind:
  - Natur- und zivilisationsbedingte Katastrophen;
  - Ereignisse im Ausland mit Auswirkungen auf die Schweiz;
  - Nötigung oder Erpressung;
  - Abwehr eines militärischen Angriffs.

Die möglichen Leistungen der Armee werden im Armeebericht mit den Stichworten schützen, helfen und kämpfen umschrieben.

- **Leistungsprofil der Armee.** Die aus den Bedrohungen und Gefahren abgeleiteten Aufträge an die Armee waren zu konkretisieren und ins künftige Leistungsprofil umzusetzen. Dieses gibt Auskunft über die für einzelne Aufträge einsetzbaren Mittel sowie die zeitlichen Voraussetzungen und Möglichkeiten für entsprechende Einsätze (vgl. dazu Abb. 5 Leistungsprofil).

**Neu ist auch, dass die Armee fähig sein muss, den zivilen Behörden bei ausserordentlichen Ereignissen bis zu 35 000 AdA «aus dem Stand» zur Verfügung zu stellen.**

Die Armee XXI kannte kein Leistungsprofil dieser Art. Das im Rahmen des Entwicklungsschrittes 2008/11 entwickelte Leistungsprofil gab keine Auskunft über den für die Erhaltung und Weiterentwicklung der Verteidigungskompetenz vorgesehenen Bestand. Neu ist auch, dass die

Armee fähig sein muss, den zivilen Behörden bei ausserordentlichen Ereignissen bis zu 35 000 AdA «aus dem Stand» zur Verfügung zu stellen.

Das Leistungsprofil bezieht sich grundsätzlich auf die normale Lage. Das heisst, dass die Armee die verschiedenen Leistungen gleichzeitig und parallel – und im Rahmen des ordentlichen Dienstleistungsplanes – zu erbringen im Stande sein muss. Einschränkend ist zu vermerken, dass die Unterstützung der zivilen Behörden beim Konferenz- und Objektschutz mit bis zu 8000 AdA nur dann in den Dienstleistungsplan integriert werden kann, wenn der zu leistende Einsatz früh genug bekannt ist. Die Unterstützung der zivilen Behörden mit bis zu 35 000 AdA bei ausserordentlichen Ereignissen macht allerdings ein Truppenangebot erforderlich.

- **Grundmodell der Armee.** Ausgehend von den Rahmenbedingungen wie Neutralität, Milizsystem, Militärdienstpflicht, gesellschaftliche Entwicklung und Ressourcen, werden die zu erbringenden Leistungen beschrieben. Diese umfassen weiterhin die Erhaltung und Weiterentwicklung der Kernkompetenz Verteidigung, die Unterstützung der zivilen Behörden sowie die Friedensförderung. Die grundsätzlichen Überlegungen zur

[5] Medieninformation des VBS vom 02.07.2008 «Bundesrat lanciert Überarbeitung des Berichts über die Sicherheitspolitik der Schweiz». [http://intranet.vbs.admin.ch/intranet/vbs/de/home/intinfo/news/news\\_detail.19928.nsb.html](http://intranet.vbs.admin.ch/intranet/vbs/de/home/intinfo/news/news_detail.19928.nsb.html)

[6] Medieninformation des VBS vom 18.02.2009: «Sicherheitspolitischer Bericht 2009 – Anhörungen beginnen Ende Februar». [http://intranet.vbs.admin.ch/intranet/vbs/de/home/intinfo/news/news\\_detail.25404.nsb.html](http://intranet.vbs.admin.ch/intranet/vbs/de/home/intinfo/news/news_detail.25404.nsb.html)

[7] Medieninformation des VBS vom 15.04.2010: «Der Bundesrat verabschiedet den Entwurf des neuen sicherheitspolitischen Berichts». [http://intranet.vbs.admin.ch/intranet/vbs/de/home/intinfo/news/news\\_detail.32629.nsb.html](http://intranet.vbs.admin.ch/intranet/vbs/de/home/intinfo/news/news_detail.32629.nsb.html)

[8] Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz vom 23. Juni 2010, BBL Nr. 30 vom 3. August 2010, S. 5189 ff.

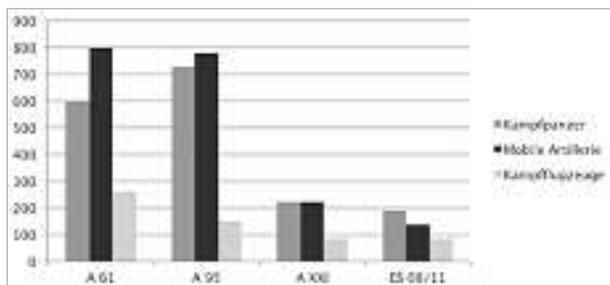
[9] Schweizerische Sicherheitspolitik im Wandel. Bericht 90 des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz und Sicherheit durch Kooperation. Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz (SIPOL B 2000).

[10] Die Abbildungen basieren auf der tabellarischen Zusammenstellung der Parameter der vier Armeeeorganisationen im Armeebericht (vgl. Kapitel 2 Entwicklung der Armee).

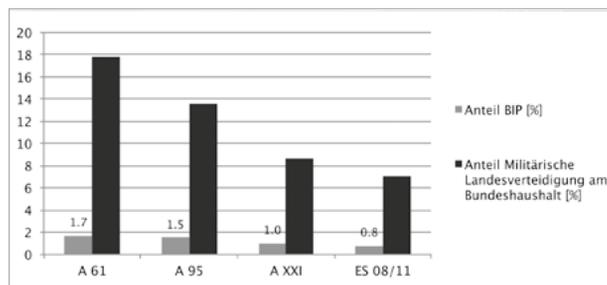
[11] Doktrin, Armeeeorganisation und Milizpersonal der Armee, Ausbildung, Ausrüstung und Material, Logistik, Personal, Finanzen, Infrastruktur, Führungsunterstützung, Ökologische Rahmenbedingungen.

[12] Dieser Bericht hat seinen eigentlichen Ursprung im Bericht «Überprüfung der Zielsetzungen der Armee. Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung gemäss Artikel 149b des Militärgesetzes» vom 13. Februar 2008.

[1] Abnahme der Bestände an AdA  
 [2] Abnahme der Zahl der Truppenkörper



[3]



[4]

Umsetzung der vorgenannten Leistungen am Boden, in der Luft, bezüglich Führungsunterstützung und Logistik sowie der Friedensförderung und des Assistenzdienstes im Ausland werden ausführlich dargelegt.

Viel Raum nehmen auch Überlegungen dazu ein, wie finanzielle Einsparungen erzielt werden können, um mittelfristig in der Lage zu sein, die nötigen Investitionen sicherzustellen.

Thematik Durchdiener. Ein höherer Anteil an Durchdienern als die heutigen 15 % eines Rekrutenjahrgangs hätte für die Armee gewichtige Vorteile, insbesondere bezüglich Bereitschaft, aber auch grosse Nachteile, was z. B. die Fragen der Milizkader in den Durchdienerverbänden sowie die «Beschäftigung» der Durchdiener in Zeiten ohne Einsätze anbelangt. Die Verfassungsmässigkeit einer Erhöhung des Durchdieneranteils wurde durch ein Rechtsgutachten<sup>[13]</sup> von Prof. Rainer Schweizer untersucht.

- **Weiterentwicklung der Armee (WEA):** Im letzten Kapitel des Armeebereiches geht es um die Weiterentwicklung der Armee. Grundtenor ist, das zu behalten, was sich bewährt hat. Die im Standbericht aufgezeigten Mängel und die zu treffenden Massnahmen zu deren Behebung waren Basis für die Formulierung der Eckwerte für die WEA.

**Der Armeebereich aus militärischer Sicht  
Zielerreichung**

Armeebereich versus Armeeleitbild. Der Armeebereich wurde – wie schon erwähnt – auf Basis des Fazits für die Weiterentwicklung der Armee erstellt und kann aufgrund der speziellen Zielsetzung nicht den Anforderungen genügen, die an ein Armeeleitbild im Sinne desjenigen der Armee XXI gestellt werden. Die im SIPOL B 2010 gemachten Aussagen zur Armee sollten konkretisiert werden, bevor der Bericht als solcher nur schon vom Bundesrat verabschiedet war. Dazu kam, dass der SIPOL B 2010 auf Wunsch des Bundesrates mehrmals in Teilen angepasst bzw. erweitert werden musste.

Die im SIPOL B 2010 gemachten Aussagen zur Armee sollten konkretisiert werden, bevor der Bericht als solcher nur schon vom Bundesrat verabschiedet war.

Von politischer Seite wurde u. a. gefordert, im Armeebereich seien Varianten für eine weiterentwickelte Armee aufzuzeigen.

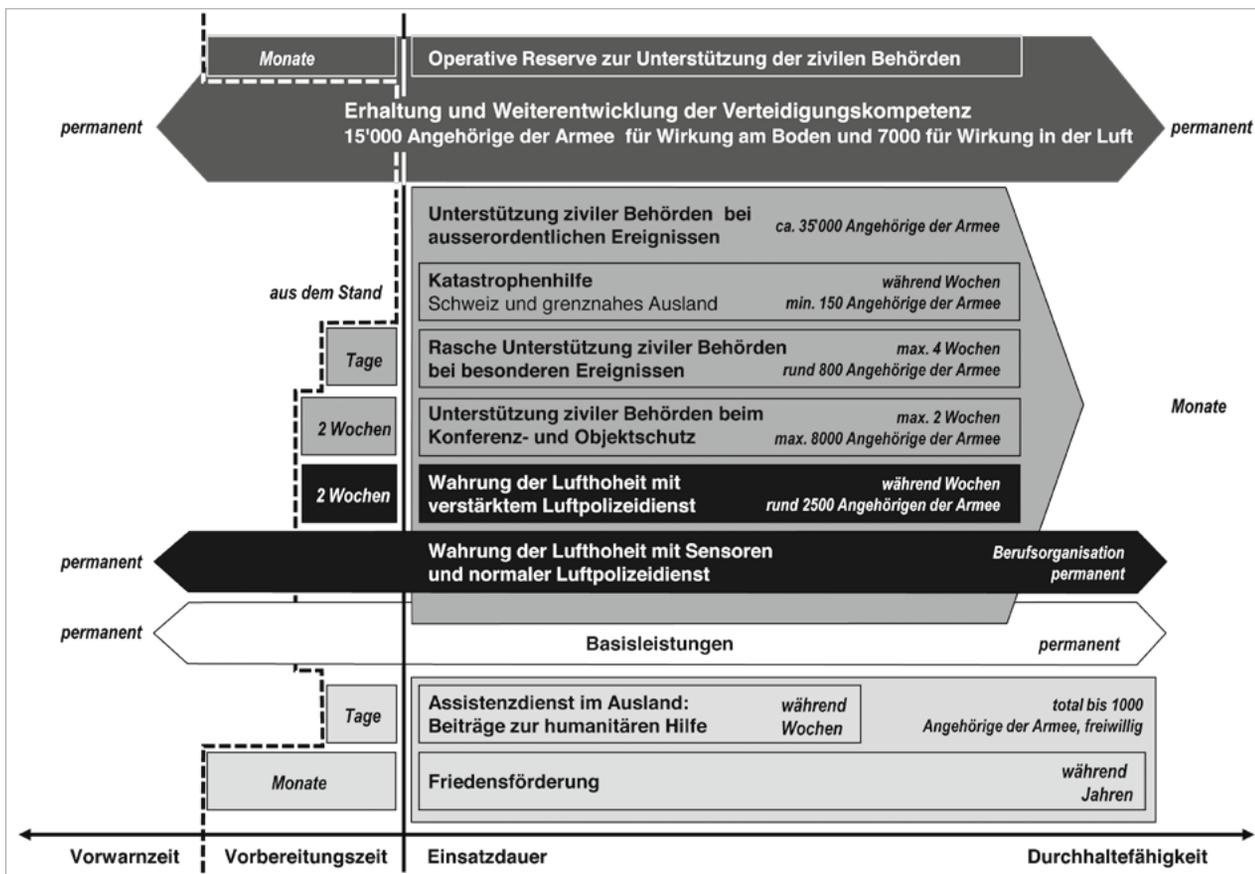
Des Weiteren sollten die jährlichen Ausgaben einer «modernen Wunscharmee» bestimmt werden. Die Partisanenarmee wurde zwar als für die Schweiz unrealistisches Armeemodell gleich zu Beginn verworfen, hingegen wurden von Anfang an Überlegungen zu Armeemodellen verschiedener Ausprägung – Akzent auf Verteidigung oder Akzent auf der Unterstützung ziviler Behörden sowie die Höhe des jährlichen Ausgabenplafonds – gemacht. Der Entwurf des Armeebereiches, der am 23. Juni 2010 ein erstes Mal im Bundesrat behandelt wurde, umfasste so als Grundvariante ein leistungsoptimiertes Modell mit einem Sollbestand von 95 000 AdA sowie vier daraus abgeleitete Varianten. Der Armeebereich musste in mehreren Schritten überarbeitet werden. So wünschte der Bundesrat u. a. eine umfassendere Gewichtung und Darstellung der Auslandseinsätze und der Durchdiener. Die ursprünglich fünf Modelle wurden schliesslich auf eines – das Grundmodell – reduziert, für welches der Bundesrat die Eckwerte Sollbestand 80 000 AdA und jährlicher Ausgabenplafond für die Armee von 4,4 Mrd. Fr. (zuzüglich einer allfälligen Teuerung) festlegte. Mit der Verabschiedung des Armeebereiches durch den Bundesrat am 1. Oktober 2010 wurde schliesslich das Ziel erreicht – wenn auch über diverse Umwege.

**Vom Bundesrat festgelegter Ausgabenplafond als Krux**

Es war immer klar, dass das Leistungsprofil im Armeebereich mit dem vom Bundesrat festgelegten Ausgabenplafond nicht umfassend umsetzbar ist. Um mittelfristig die Finanzierung der notwendigen Investitionen sicherzustellen, sind rigorose Einsparungen vorzunehmen. Dies muss auch dem Bundesrat bei seiner Vorgabeentscheid klar gewesen sein. Im Armeebereich wurden daher im Kapitel 6.5 elf Teilbereiche aufgeführt, in welchen wesentliches Einsparpotenzial erwartet werden könnte. Die möglichen Massnahmen gehen zum Teil sehr weit – sogar der Tiger-Teilersatz (TTE)<sup>[14]</sup> wird zur Diskussion gestellt. Um Entscheide fällen zu können, hat der Bundesrat das VBS beauftragt, eine vertiefte Analyse vorzunehmen und die Einsparmöglichkeiten zu konkretisieren und ihm darüber Bericht zu erstatten.

Leider wurden ein weiteres Mal die Finanzen als Ausgangspunkt sicherheitspolitischer Überlegungen gewählt und nicht die von der Armee erwarteten Leistungen.

Die Einsparmöglichkeiten werden Abstriche am Leistungsprofil bedingen. Dass der Abgleich zwischen Leistungen der Armee und Ausgaben einen militärischpolitisch iterativen Pro-



[5]

zess verlangt, ist naheliegend und akzeptiert. Leider wurden ein weiteres Mal die Finanzen als Ausgangspunkt sicherheitspolitischer Überlegungen gewählt und nicht die von der Armee erwarteten Leistungen.

#### «Zankapfel» Sollbestand

Die Armee XXI Ausprägung ES 08/11 ist auf Dauer nicht zu alimentieren. Dies hat verschiedene Gründe. Angefangen beim Offizierskader, das seit längerer Zeit nicht mehr gemäss Sollbestand generiert werden kann. Das hat zur Folge, dass vor allem in den Stäben der Nachwuchs zu gering ist. Dazu ist aber auch zu sagen, dass im Rahmen des ES 08/11 bei den Stäben «Design-Fehler» gemacht wurden; die Stäbe sind zu gross. Durch die in den letzten zwei Jahren seit Wegfall der Gewissensprüfung festzustellende Abwanderung in den Zivildienst wird die Alimentierung der Armee erschwert, und die mittelfristigen demographischen Aussichten werden diese Problematik noch verstärken.

Andererseits generiert der heutige hohe Soll- bzw. Effektivbestand zu viele Dienstage und damit auch hohe Betriebsausgaben. Unter diesem Aspekt muss die Armee über kurz oder lang kleiner werden – auch bezüglich Anzahl der Formationen sowie der Zahl und Grösse der Stäbe. Dem stehen stark divergierende Standpunkte der politischen Parteien gegenüber:

Der vom Bundesrat im Armeebereich als Eckwert festgelegte Sollbestand von 80 000 AdA (ohne Rekrutenjahrgang) ist für die einen «viel zu klein», für die anderen «immer noch zu gross und zu teuer». Die Diskussion über die Höhe des Sollbestandes ist so lange müssig, als die Politik sich nicht

darüber einigen kann, welche Leistungen sie von der Armee erwartet und was sie bereit ist, dafür an Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

**Die Diskussion über die Höhe des Sollbestandes ist so lange müssig, als die Politik sich nicht darüber einigen kann, welche Leistungen sie von der Armee erwartet und was sie bereit ist, dafür an Ressourcen zur Verfügung zu stellen.**

#### Erhalt und Weiterentwicklung der Kernkompetenz Verteidigung

Die Wahrscheinlichkeit, dass die Armee in absehbarer Zeit in der Abwehr eines militärischen Angriffs gefordert würde, ist im heutigen Europa mit seinen engen politischen und wirtschaftlichen Verflechtungen sehr klein. Dennoch ist der Er-

[13] Im Zusammenhang mit Armee XXI ist die Verfassungsmässigkeit des Durchdiener-Modells bereits durch ein Gutachten von Prof. Dietrich Schindler vom 14. April 1999 geprüft worden.

[14] Der Tiger-Teilersatz wurde vom Bundesrat am 25. August 2010 grundsätzlich befürwortet, aber aufgrund der Finanzlage in die zweite Hälfte des Jahrzehnts verschoben.

[3] Abnahme der schweren Mittel

[4] Abnahme der Ausgaben für die Militärische Landesverteidigung

[5] Leistungsprofil der Armee gemäss Armeebereich

halt der Kernkompetenz Verteidigung zwingend nötig, wenn die Armee nicht – eher früher als später – jegliche Fähigkeiten zur Abwehr eines militärischen Angriffs verlieren soll.

Dieser Erhalt ist aber aufgrund der dazu nötigen Systeme in Beschaffung und Betrieb sehr teuer und kann angesichts der knappen Mittel quasi nur auf «Sparflamme» wahrgenommen werden. Es stellt sich daher die Frage, wo Fähigkeitslücken in Kauf genommen werden können und im Weiteren, ab welcher unterer Grenze ein Erhalt nicht mehr zu verantworten ist, weil weder Effektivität noch der «Return on Investment» (ROI) gegeben sind. Wenn immer möglich, ist zudem die Weiterentwicklung der Kernkompetenz Verteidigung anzustreben, um à jour zu bleiben. Dies setzt aber sukzessive weitere Rüstungsinvestitionen voraus, denen der Ausgabenplafond rasch einmal Grenzen setzt.

### Der Erhalt und die Weiterentwicklung der Kernkompetenz Verteidigung sind eng verknüpft mit der Beschaffung des TTE.

Der Erhalt und die Weiterentwicklung der Kernkompetenz Verteidigung sind eng verknüpft mit der Beschaffung des TTE. Der Wille des Bundesrates dazu ist zwar vorhanden, doch ist die Finanzierung nach wie vor unklar. Der im Armeebereich festgelegte Finanzrahmen von finanzierungswirksamen 4,4 Mrd. Fr. lässt eine Finanzierung aus dem laufenden Budget nicht zu. Das VBS und das EFD wurden daher vom Bundesrat beauftragt, alternative Finanzierungsmöglichkeiten bis Ende 2011 aufzuzeigen. Ob die am 9. März vom Nationalrat angenommene Motion<sup>[15]</sup> seiner Sicherheitspolitischen Kommission für eine rasche Beschaffung von Kampfflugzeugen noch vor 2015 eine neue Ausgangslage zu schaffen vermag, wird sich zeigen.

#### Unterstützung der zivilen Behörden

Gemäss SIPOL B 2010 stellt die Unterstützung der zivilen Behörden eine Schwergewichtsaufgabe der Armee dar. Die Sicherstellung der Bereitschaft und möglicher Leistungen in den Bereichen «schützen» und «helfen» erfordern einen vergleichsweise hohen Kräfteansatz – und das je nach Situation – auch über längere Zeit. Wenn noch dem Aspekt der nötigen Ablösung nach max. vier Monaten Einsatz – aus wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gründen sowie aufgrund gemachter Erfahrungen ausländischer Streitkräfte – Rechnung getragen werden muss, so sind dem Sollbestand an AdA nach unten rasch Grenzen gesetzt. Die Kantone würden in vielen Situationen mit den ihnen zur Verfügung stehenden personellen Mitteln vor allem bezüglich Durchhaltefähigkeit rasch überfordert sein und wären auf die Hilfe der Armee angewiesen. Diese kann die zivilen Behörden bei ausserordentlichen Ereignissen aus dem Stand mit bis zu 35 000 AdA unterstützen.<sup>[16]</sup> Die Ausgestaltung der Armee als Milizarmee macht eine solche «Reserve» möglich.

Der Katalog möglicher Leistungen der Armee zugunsten der zivilen Behörden – primär die Bereiche schützen und helfen – ist umfangreich, wie nachstehende Tabelle 6 zeigt:<sup>[17]</sup>

Im Hinblick auf eine Senkung der Betriebsausgaben der Armee aufgrund der geleisteten Dienstage sind im Rahmen von Ausbildungs- und Dienstleistungsmodellen Lösungen zu finden, welche die Armee finanzierbar machen.

Berücksichtigt man weiter, dass heute bei den Einsatzverbänden – auch jenen zur Erfüllung von Unterstützungsaufgaben – erhebliche materielle Lücken wie z. B. bei geschützten Fahrzeugen bestehen, die aufgefüllt werden müssen, so wird die Finanzierung der Armee zur Quadratur des Zirkels. Es sei denn, die Politik zeige sich bereit, wieder mehr in die Sicherheit des Landes und damit in die Armee als strategische Reserve zu investieren.

#### Wie ist der Wert des Armeebereiches einzustufen?

Wie schon erwähnt, ging die Erstellung des Armeebereiches nicht so gradlinig vonstatten, wie man sich das ursprünglich vorgestellt hatte. Und als er dann vom Bundesrat am 1. Oktober 2010 verabschiedet wurde, hagelte es von verschiedensten Seiten Kritik. Dazu hat sicher auch die für viele unverständliche Festlegung der Eckwerte des Bundesrates – Sollbestand 80 000 AdA, Ausgabenplafond 4,4 Mrd. Fr. – beigetragen. Die lange Liste möglicher Sparmassnahmen im Armeebereich, die nun nachträglich zu verifizieren und zu konkretisieren sind, dürfte der Glaubwürdigkeit der Armee nicht eben förderlich sein. Der Armeebereich stellt aber mit seinen Aussagen nur einen ersten Schritt auf dem Weg der Weiterentwicklung der Armee dar. Erst die bis Ende 2011 noch zu erstellenden Konzepte zur künftigen Ausgestaltung der Armee werden weitere Klarheit und die Grundlagen für die Erstellung einer Botschaft im Hinblick auf die nötigen rechtlichen Anpassungen schaffen.

### Der Armeebereich stellt aber mit seinen Aussagen nur einen ersten Schritt auf dem Weg der Weiterentwicklung der Armee dar.

Die Herleitung der im Armeebereich gemachten Aussagen von den Bedrohungen, Gefahren und Konsequenzen für die Armee über das Leistungsprofil und das Grundmodell der Armee ist logisch abgestützt – bzw. war es, bis die Eckwerte des Bundesrates das Leistungsprofil zum Teil in Frage stellten. Dieses stellt eine wesentliche Errungenschaft des Armeebereiches dar, wurden doch die Leistungen noch nie so detailliert mit den einsetzbaren Kräften und den zeitlichen Verhältnissen für Vorbereitung und Leistungserbringung dargelegt. Damit stellt das Leistungsprofil an und für sich auch eine gute Grundlage für die mittelfristige Planung der Armee dar. Diese Leistungen sind aber aufgrund der zum Teil fehlenden Ausrüstung mit dem festgelegten Ausgabenplafond nicht zu erbringen. Die Eckwerte des Bundesrates bedingen auch einen Abbau beim Immobilienportfolio. Das Stationierungskonzept der Armee wird im Rahmen der integralen Konzeptarbeit zum Armeebereich nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten erstellt. Ein regionalpolitisches Seilziehen um die Vermeidung bzw. Verminderung drohender Verluste von Arbeitsplätzen wird die Folge sein.

	Mögliche Leistung der Armee	Zeit / Dauer
<b>Schützen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Wahrung der Lufthoheit</li> <li>– Beitrag zur Antizipation und Frühwarnfähigkeit der Nachrichtendienste</li> <li>– Schutz der Netzwerke der Armee</li> </ul>	permanent
	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Mobilität; Transportleistung zu Land und in der Luft</li> <li>– Schutz und Sicherung von Personen, Räumen und Objekten</li> <li>– Ausbau krisenresistenter Führung und Führungsinfrastruktur</li> <li>– Aufklärung aus der Luft</li> <li>– Einsatz von Spezialkräften oder Spezialisten</li> <li>– Schutz der eigenen Informatik-Infrastruktur</li> </ul>	innert Stunden / Tagen während Wochen / Monaten
<b>Helfen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Suche und Rettung, Katastrophenhilfe</li> </ul>	sofort, innert Stunden während Tagen
	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Bereitstellung von Informations- und Kommunikationsmitteln</li> <li>– Aufbau temporärer Infrastruktur</li> <li>– Verteilung von Gütern</li> <li>– Erkunden, Aufklären, Evakuieren aus der Luft</li> <li>– Aufspüren und Analysieren radioaktiver, chemischer oder bakteriologischer Mittel sowie Eindämmen von Seuchen inkl. Säubern</li> <li>– Unterstützung des zivilen Sanitätsdienstes</li> <li>– Entsenden von Katastrophenhilfe-Spezialisten, von Luft- oder Bodentransportmitteln</li> <li>– Friedensförderungseinsatz mit Einzelpersonen, Kleindetachementen oder Kontingenten</li> <li>– Unterstützung humanitärer Hilfeleistung</li> </ul>	innert Stunden / Tagen während Wochen / Monaten
<b>Kämpfen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Erhaltung und Weiterentwicklung der Kernkompetenz Verteidigung</li> <li>– Einsatz von Teilen des Verteidigungskerns als operative Reserve</li> <li>– Einsatz von Spezialkräften</li> </ul>	permanent
	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Aufwuchs zur vollständigen Verteidigungsfähigkeit</li> </ul>	Jahre

[6]

Aus Sicht der Armee hat der Armeebericht vor allem eines geschafft: Die Diskussion über die Zukunft der Sicherheitspolitik im Allgemeinen und die Armee im Speziellen ist angestossen. Noch scheinen die Positionen der politischen Parteien unvereinbar. Es ist aber zu hoffen, dass eine sachliche politische Behandlung des Armeeberichtes zu einer Entkrampfung in sicherheitspolitischen Belangen führen wird.

### Der Zusatzbericht zum Armeebericht 2010

Am 18. November 2010 tagte die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerates (SiK-S) und befasste sich ein erstes Mal mit dem Armeebericht. Bemängelt am Bericht wurde vor allem das Fehlen jeglicher Varianten bezüglich Sollbestand, Leistungsprofil und Ausgaben bei vollständiger Ausrüstung der Verbände sowie das Fehlen einer Doktrin. Die Kommission beauftragte das VBS in der Folge, bis zum 1. April 2011 einen Zusatzbericht zum Armeebericht zu erstellen, der die aus ihrer Sicht offenen Fragen klären sollte.

Der Auftrag der SiK-S an den Chef VBS lautete wie folgt:

- «Das VBS wird beauftragt, folgende Punkte in Zusatzberichten bis 1. April 2011 darzulegen:
- Es sind Varianten für Armeebestände von 60 000, 80 000, 100 000 und 120 000 AdA zu prüfen.
  - Es ist die Gliederung, die Ausrüstung und das Leistungsprofil einer Armee gemäss diesen Varianten darzulegen, inklusive Priorisierung der möglichen Einsätze.
  - Es sind die Kosten der Armee bei vollständiger Ausrüstung für diese Varianten zu errechnen (Investitions- und

Betriebskosten). Dabei ist die Kongruenz von Leistungsprofil, Armeegrösse und Finanzen zu wahren.

- Die Doktrin der Armee ist in ihren Kernpunkten festzulegen.
  - Es ist darzulegen, wie sich die Schweiz in eine internationale Sicherheitsarchitektur einbringen will.
- Es sind für alle Varianten entsprechende Entwürfe von Bundesbeschlüssen vorzulegen.»

Die zwei Teilaufträge «Sicherheitsarchitektur und Bundesbeschlüsse» wurden durch das Generalsekretariat VBS verfasst und sind Beilagen zum eigentlichen Bericht.

Auch wenn im ersten Moment der Auftrag als umfangreich und vor allem die dafür zur Verfügung stehende Zeit als sehr knapp erschienen, konnte zeitgerecht ein Bericht erstellt werden. Dieser scheint geeignet, als Diskussionsgrundlage für die politische Behandlung des Armeeberichtes zu dienen, zeigt er doch die Abhängigkeiten von Sollbestand, Leistung und schliesslich der damit verknüpften jährlichen Ausgaben

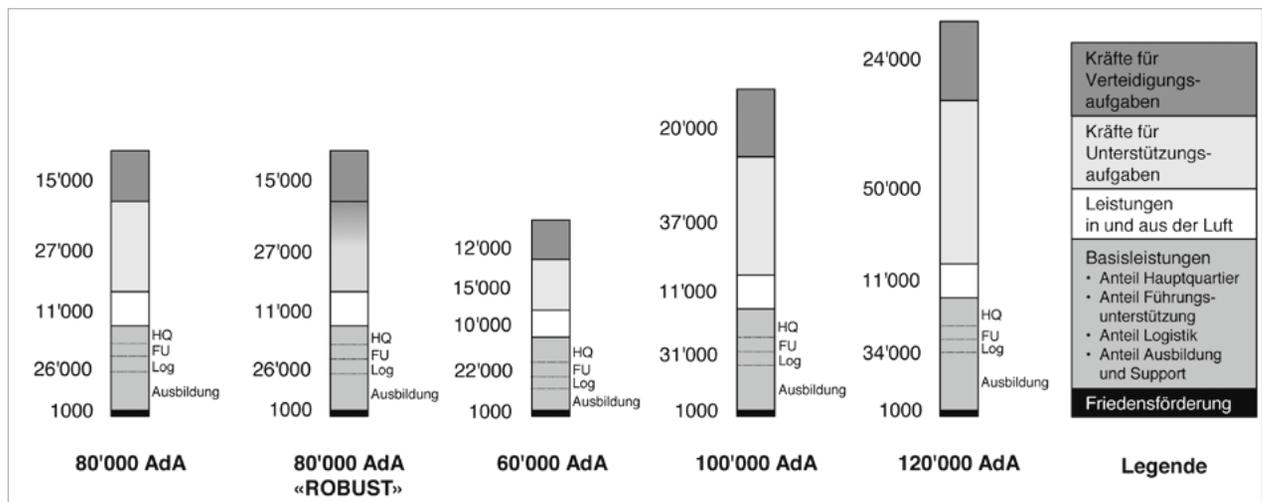
[15] 10.3889 – Motion SiK-NR «Beschaffung von Kampfflugzeugen», vom 8.11.2010.

[16] Dazu ist ein entsprechendes Angebotssystem zu entwickeln.

[17] vgl. Armeebericht Kapitel 4.4 Verwundbarkeit und Leistungen der Armee.

[18] vgl. Armeebericht Kapitel 4.4 Verwundbarkeit und Leistungen der Armee.

[6] Katalog möglicher Leistungen der Armee



[7]

auf. Aufgrund der zur Verfügung stehenden Zeit musste die Körnigkeit der Aussagen vergleichsweise grob bleiben, was aber der Vergleichsmöglichkeit der einzelnen Varianten untereinander kaum Abbruch tut. Wesentlich für die Politik dürfte letztlich auch sein, die Eckwerte des Bundesrates im Armeebericht in ihre Vorstellungen einordnen zu können. Schliesslich ist auch zu bedenken, dass der Zusatzbericht nicht den anderen noch in Bearbeitung befindlichen Berichten – Bericht zuhanden Bundesrat zu den Einsparmöglichkeiten und Konzepte zum Armeebericht – vorgreifen durfte. In diesem Sinne sind der Auftrag des Bundesrates und der Zusatzbericht zum Armeebericht strikt auseinander zu halten.

Die Erstellung des Zusatzberichtes wurde durch externe Vertreter von Politik, Wirtschaft, Hoch- und Fachhochschulen, militärischen Verbänden etc. in einem Beirat und durch interne und externe militärische Fachleute in einem Think Tank begleitet. Diese beiden Gremien stehen auch für die weiteren noch zu erstellenden Berichte (Einsparmöglichkeiten, Konzepte zum Armeebericht) zur Verfügung.

#### Ausrichtung der Varianten und Annahmen

Die Varianten richten sich gemäss SIPOL B und Armeebericht auf die wahrscheinlichsten Bedrohungen und die Akzentuierung der Leistungen zugunsten der zivilen Behörden aus. Im Weiteren wurde der Grundsatz verfolgt, bei allen Varianten die zur Ausgewogenheit notwendigen finanziellen Mittel auszuweisen; der im Armeebericht festgeschriebenen Ausgabenplafond von 4,4 Mrd. Fr. wurde nicht weiter berücksichtigt.

Um die Resultate im Zusatzbericht verständlich und nachvollziehbar zu machen, wurden die für die Untersuchung der einzelnen Varianten getroffenen Annahmen im Bericht beschrieben und zum Verständnis wesentliche Aspekte erläutert.

Ausgangspunkt der Untersuchungen war die Annahme, dass bei einem Einsatz von Kräften für Verteidigungsaufgaben gleichzeitig auch Kräfte in der Lage sein sollten, Leistungen zugunsten der zivilen Behörden zu erbringen. Im Bedarfsfall müssen – mit gewissen Einschränkungen – auch Kräfte für Unterstützungsaufgaben für den Schutz von Land und Leuten im Verteidigungsfall eingesetzt werden können – und umgekehrt.

Um dem Leser die Übersicht über die einzelnen Varianten und Vergleiche zu erleichtern, wurde die Variante Sollbestand 80 000 AdA als Bezugsvariante gewählt. Diese entspricht bezüglich Leistungsprofil und Bestand dem im Armeebericht abgebildeten Grundmodell, mit der Ausnahme, dass anstelle des dort vorgegebenen jährlichen Ausgabenplafonds von 4,4 Mrd. Fr. der Bezugsvariante die auf Modellbasis errechneten Ausgaben zugeordnet werden. In der Darstellung wesentlicher Parameter der einzelnen Varianten werden Abweichungen zur Bezugsvariante angegeben.

Auszugsweise seien nachfolgend wichtige Annahmen und erläuternde Hinweise aufgeführt:

#### – Berechnungsmodell für die Ausgaben

Zur Schätzung der Ausgaben<sup>[19]</sup> wurde auf Modulbausteinen basiert. Diese entsprechen in etwa Bataillonen und Abteilungen. Ein Modulbaustein ist das kleinste planerische Element, das eine eigene Leistung für das Gesamtsystem erbringen kann. Er ist gleichzeitig Kostenträger und Planungseinheit für die Investitionsplanung.

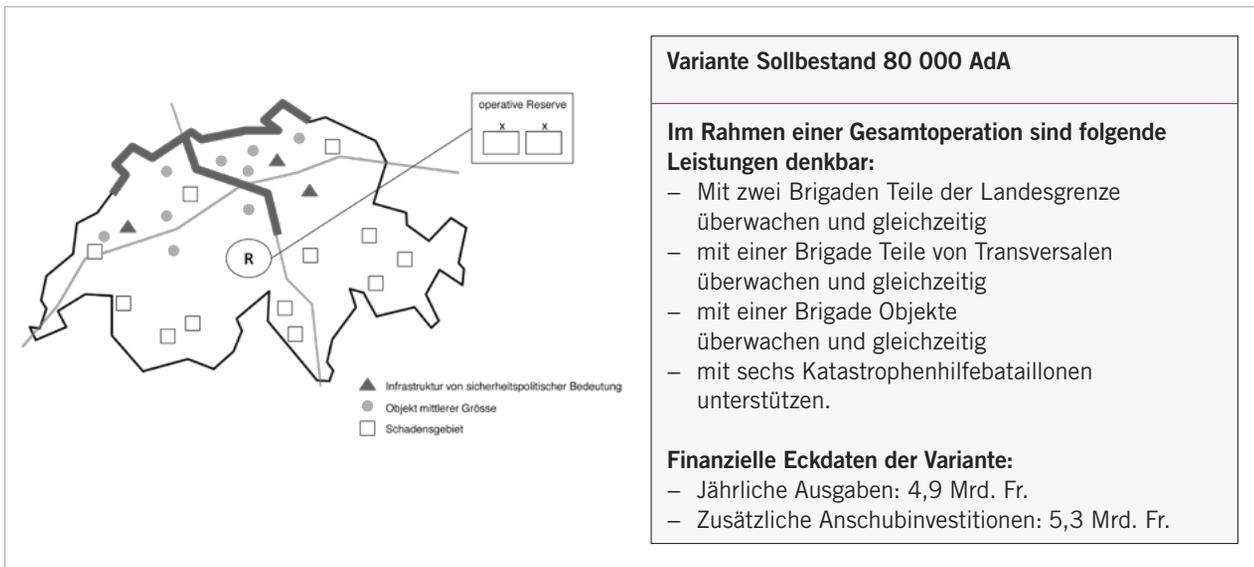
#### – Finanzen

Gemäss Auftrag der SiK-S sind pro Variante die Ausgaben bei vollständiger Ausrüstung sowohl bezüglich Investitionen als auch Betrieb zu bestimmen. Die jährlichen Ausgaben umfassen die Finanzierungen des Betriebs der Armee gemäss Konfiguration 2020, der Ablösung von Systemen und des Erneuerungsbedarfs ab 2020 (ohne Ablösung der F/A-18) sowie der zusätzlichen Ausgaben im Immobilienbereich aufgrund des Nachholbedarfs bei Instandsetzungen und der Erfüllung gesetzlicher Vorgaben.

Zur Vervollständigung der Ausrüstung mit den nötigen Systemen (inkl. Tiger-Teilersatz und Immobilien) bis 2020 bedarf es einer Anschubfinanzierung.

#### – Tiger-Teilersatz (TTE)

Es wurde die Annahme getroffen, dass der Tiger-Teilersatz in allen untersuchten Varianten realisiert wird und zusätzliche Investitionen von 5 Mrd. Fr. erfordert (in der Anschubfinanzierung berücksichtigt).



**Variante Sollbestand 80 000 AdA**

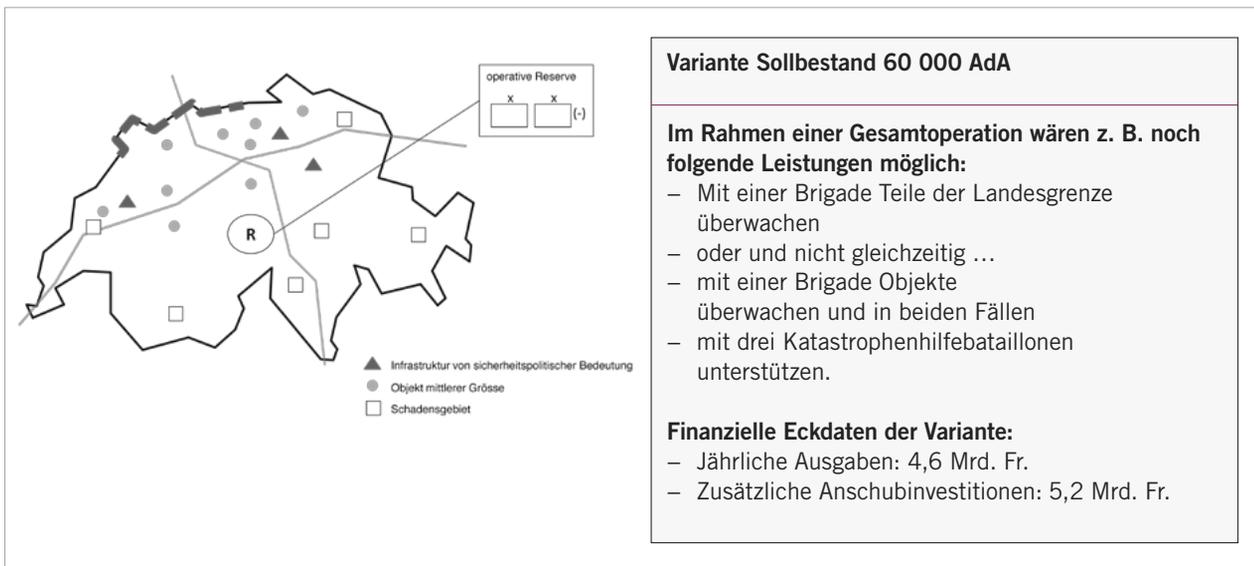
**Im Rahmen einer Gesamtoperation sind folgende Leistungen denkbar:**

- Mit zwei Brigaden Teile der Landesgrenze überwachen und gleichzeitig
- mit einer Brigade Teile von Transversalen überwachen und gleichzeitig
- mit einer Brigade Objekte überwachen und gleichzeitig
- mit sechs Katastrophenhilfebataillonen unterstützen.

**Finanzielle Eckdaten der Variante:**

- Jährliche Ausgaben: 4,9 Mrd. Fr.
- Zusätzliche Anschubinvestitionen: 5,3 Mrd. Fr.

[8]



**Variante Sollbestand 60 000 AdA**

**Im Rahmen einer Gesamtoperation wären z. B. noch folgende Leistungen möglich:**

- Mit einer Brigade Teile der Landesgrenze überwachen
- oder und nicht gleichzeitig ...
- mit einer Brigade Objekte überwachen und in beiden Fällen
- mit drei Katastrophenhilfebataillonen unterstützen.

**Finanzielle Eckdaten der Variante:**

- Jährliche Ausgaben: 4,6 Mrd. Fr.
- Zusätzliche Anschubinvestitionen: 5,2 Mrd. Fr.

[9]

**- Rekrutenjahrgang**

Der Rekrutenjahrgang ist nicht Teil des Sollbestandes der Armee.

**- Vollständige Ausrüstung der Verbände**

Die vollständige Ausrüstung ist für die Kräfte für Verteidigungsaufgaben und die Kräfte zur Unterstützung der zivilen Behörden unterschiedlich definiert:

- Die materielle Ausstattung der Kräfte für Verteidigungsaufgaben wird zahlenmässig so ausgestaltet, dass die Truppen gemäss OTF<sup>[20]</sup> vollständig ausgerüstet sind, aber kein zusätzliches Material für die Ausbildung beschafft wird.
- Bei den Kräften zur Unterstützung ziviler Behörden umfasst die materielle Ausstattung das Material gemäss OTF sowie für die Ausbildung und die Umlaufreserve.<sup>[21]</sup>
- Bei der Variante Sollbestand 120 000 AdA verfügt die zweite Ablösung der Kräfte zur Unterstützung der zivilen Behörden über keine eigenen geschützten Fahrzeuge, da diese das Material der Ersteinsatzkräfte übernehmen kann.

**- Basisleistungen**

Die Basisleistungen umfassen über das ganze Leistungsprofil hinweg Beiträge der Armee und der Militärverwaltung an die permanente Aufrechterhaltung von Bereitschaft (primär Führungsbereitschaft) und Betrieb (vor

[19] Ausgaben = finanzierungswirksame Aufwände inkl. Investitionen.  
 [20] Organisation der Truppenkörper und Formationen (Enthält Beschreibung der Gliederung, der Sollbestände und der Ausrüstung).  
 [21] Die Umlaufreserve bildet die Grundlage für die Sicherstellung der geforderten Verfügbarkeit von Armeematerial, während dem Systeme / Baugruppen im Logistikprozess gebunden sind.  
 [22] Infrastruktur von sicherheitspolitischer Bedeutung: Objekte wie z. B. Kernkraftwerk Gösgen, Einrichtungen der wirtschaftlichen Landesversorgung usw.  
 Objekte mittlerer Grösse: z. B. Eisenbahnknotenpunkte, Stromverteilungswerke, Sendeanlagen usw.  
 Schadensgebiet: Ein Katastrophenhilfebataillon kann zwei geographisch getrennte Schadensgebiete mit je zwei Schadenplätzen (Bereich «Rettung»: ca. drei grössere, zerstörte Häuser; Bereich «Brandbekämpfung»: ein Tanklager) abdecken.

[7] Aufteilung der Bestände in den einzelnen Varianten<sup>[18]</sup>  
 [8] Beispiel des Leistungsvermögens der Variante Sollbestand 80 000 AdA (Erläuterungen zur Bildlegende)<sup>[22]</sup>  
 [9] Beispiel des Leistungsvermögens der Variante Sollbestand 60 000 AdA

▲ Infrastruktur von sicherheitspolitischer Bedeutung  
● Objekt mittlerer Grösse  
□ Schadensgebiet

**Variante Sollbestand 100 000 AdA**

**Im Rahmen einer Gesamtoperation sind folgende Leistungen denkbar:**

- Mit zwei Brigaden Teile der Landesgrenze überwachen und gleichzeitig
- mit zwei Brigaden Teile von Transversalen überwachen und gleichzeitig
- mit einer Brigade Objekte überwachen und gleichzeitig
- mit sechs Katastrophenhilfebataillonen unterstützen.

**Finanzielle Eckdaten der Variante:**

- Jährliche Ausgaben: 5,1 Mrd. Fr.
- Zusätzliche Anschubinvestitionen: 6,2 Mrd. Fr.

[10]

▲ Infrastruktur von sicherheitspolitischer Bedeutung  
● Objekt mittlerer Grösse  
□ Schadensgebiet

**Variante Sollbestand 120 000 AdA**

**Im Rahmen einer Gesamtoperation sind folgende Leistungen denkbar:**

- Mit drei Brigaden Teile der Landesgrenze überwachen und gleichzeitig
- mit drei Brigaden Teile von Transversalen überwachen und gleichzeitig
- mit zwei Brigaden Objekte überwachen und gleichzeitig
- mit sechs Katastrophenhilfebataillonen unterstützen.

**Finanzielle Eckdaten der Variante:**

- Jährliche Ausgaben: 5,3 Mrd. Fr.
- Zusätzliche Anschubinvestitionen: 6,4 Mrd. Fr.

[11]

allem im Bereich Luftwaffe, Militärische Sicherheit, Logistik, Führungsunterstützung / EKF/ Cyber Defense, Leistungen zugunsten der Grundausbildung) und auch Leistungen für Dritte.

- **Grosse Verbände, Truppenkörper und Führungsstruktur**  
Der Auftrag der SiK-S verlangt die Armeegliederungen der einzelnen Varianten. Aufgrund der zur Verfügung stehenden Zeit und der dabei möglichen Tiefe der Untersuchungen sowie um Präjudizien für die bis Ende Jahr zu erstellenden Konzeptberichte zum Armeee zu vermeiden, werden nur Mengengerüste der Verbände angegeben. Diese zeigen auf, in welchem Rahmen sich die Zahlen für die Grossen Verbände und die Truppenkörper bewegen.

Die in den Mengengerüsten aufgeführten Grossen Verbände zeigen nur mögliche Lösungsansätze für Führungsstrukturen auf. In den zu erarbeitenden Konzepten sind diese auf ihre Tauglichkeit zu überprüfen.

**Wesentliche Aspekte der einzelnen Varianten**

Die einzelnen Varianten sind stets nach dem gleichen Raster beschrieben:

- Leistungsprofil (Aufteilung des Sollbestandes auf die einzelnen Bereiche);
- Leistungsvermögen (unterteilt nach Verteidigung und Unterstützung ziviler Behörden);
- Systeme und Ausrüstung (unterteilt nach Verteidigung und Unterstützung ziviler Behörden);
- Mengengerüst der Verbände (unterteilt nach Grosse Verbände und Truppenkörper);
- Ausgaben für die Variante (aufgeschlüsselt nach jährlichen Ausgaben und zusätzlichen Anschubinvestitionen).

Die Bezugsvariante Sollbestand 80 000 AdA ist im Detail beschrieben. Was für diese festgehalten wird, gilt ohne entsprechend spezifizierte Hinweise auch für die anderen Varianten und wird dort auch nicht mehr erwähnt.

### Leistungsvermögen Unterstützung ziviler Behörden

Das Leistungsvermögen im Rahmen der Unterstützung ziviler Behörden ist zwecks Veranschaulichung im Bericht anhand möglicher Beispiele beschrieben und illustriert. Die Abbildungen 8–11 zeigen für die einzelnen Varianten die Leistungen bezüglich Überwachen von Landesgrenze, Transversalen und Objekten sowie die Unterstützungsleistung der Katastrophenhilfebataillone auf (jeweils alle Kräfte gleichzeitig eingesetzt) und im Weiteren die zur Verfügung stehende operative Reserve. Die in den finanziellen Eckdaten aufgeführten zusätzlichen Anschubinvestitionen beinhalten im Wesentlichen den Tiger-Teilersatz sowie geschützte Fahrzeuge für die Infanterie.

### Beurteilung

Die vier Abbildungen geben eine Vorstellung darüber, was – abhängig vom Sollbestand – im Rahmen der Unterstützung ziviler Behörden möglich wäre, setzte man alle dafür verfügbaren Kräfte gleichzeitig ein. Diese Leistungen sind auch in Relation zu sehen zu den aufgeführten finanziellen Eckdaten. Es ist leicht zu erkennen, dass schon leicht höhere jährliche Ausgaben sich stark auf das Leistungsvermögen auswirken. Allerdings sind auch die Anschubinvestitionen für die Vervollständigung der Ausrüstung (inkl. TTE) bis 2020 zu berücksichtigen.

Die Reduktion des Sollbestandes auf 80 000 AdA hat eine andere Dimension der Leistungserbringung zur Folge. Die Sollbestände von 100 000 und 120 000 AdA ermöglichen sowohl umfangreichere Leistungen bezüglich Überwachung und Schutz im Rahmen der Unterstützung ziviler Behörden als auch bessere Durchhaltefähigkeiten. Alles zusammen genommen generieren sie auch eine bedeutend grössere politische Handlungsfreiheit. Eine Armee mit einem Sollbestand von 100 000 AdA, gut ausgerüstet und ausgebildet, würde aufgrund der Erkenntnisse aus dem Zusatzbericht eine gute und effiziente Lösung darstellen.

## Die Sollbestände von 100 000 und 120 000 AdA ermöglichen sowohl umfangreichere Leistungen bezüglich Überwachung und Schutz im Rahmen der Unterstützung ziviler Behörden als auch bessere Durchhaltefähigkeiten.

Die Variante Sollbestand 60 000 AdA geht bezüglich personeller Alimentierung – Einbezug eines höheren Anteils an Durchdienern – von einem grundsätzlich anderen Konzept aus. Da die Durchdiener nach Ableistung ihres Dienstes nicht ins WK-System eingehen, muss ihr Anteil am Rekrutenjahrgang hoch genug sein, damit die WK-leistenden AdA genügend lange in der Armee Dienst leisten können, um ein milizverträgliches WK-System sicherzustellen. Bei einem Sollbestand von 60 000 AdA ist daher ein Anteil an Durchdienern von mindestens 30 % zwingend anzustreben. Wie, das ist eine andere Frage. Dazu kommen weitere Fragen wie

die der Durchdiener-Milizkader sowie der «Beschäftigung» der Durchdiener über die Dauer ihrer Dienstleistung.

Eine Darstellung der Verhältnisse bezüglich des Leistungsvermögens<sup>[23]</sup> zugunsten ziviler Behörden in Unterstützungseinsätzen am Boden – Überwachung von Objekten, Transversalen und Teilen der Landesgrenze – unter gleichzeitigem Einsatz aller Kräfte<sup>[24]</sup>, der Verhältnisse bezüglich der jährlichen Ausgaben sowie der jährlichen Ausgaben pro AdA der einzelnen Varianten zur Variante Sollbestand 80 000 AdA ergibt folgendes Bild:

Abbildung 12 zeigt, wie stark das Leistungsvermögen vom Sollbestand abhängt, bei einer vergleichsweise schwachen Abhängigkeit der jährlichen Ausgaben. Die jährlichen Mehrausgaben zwischen den Sollbeständen 60 000 und 120 000 AdA betragen nur rund 15 %. Als rechnerisches Mass für die Effizienz der Armee als sicherheitspolitisches Instrument kann das Verhältnis der jährlichen Ausgaben pro AdA angesehen werden. Für die Variante Sollbestand 60 000 AdA ergibt sich ein schlechtes Verhältnis – oder anders ausgedrückt – teure Soldaten bei wenig Gesamtleistung und damit ein ungünstiger Return on Investment. Grund dafür sind die praktisch bestandesunabhängigen Sockelausgaben, die von den Basisleistungen verursacht werden.

Für das, was die Variante Sollbestand 60 000 zu leisten vermag, ist sie schlicht zu teuer und hat einer Reihe weiterer Nachteile. Es dürfte weder im Interesse der Politik noch des Steuerzahlers sein, für so viel Geld so wenig zu erhalten. Am anderen Ende des Spektrums liegt die Variante mit Sollbestand 120 000 AdA, die zwar mehr kostet, zu viel mehr Leistung fähig und zudem ausgabeneffizient, aber politisch vermutlich schwieriger umsetzbar ist.

Die Darstellung mag etwas plakativ wirken, sie wird aber von der Bewertung der Varianten im Wesentlichen bestätigt.

### Bewertung der Varianten

Die einzelnen Varianten sind nach folgenden Kriterien bewertet worden:

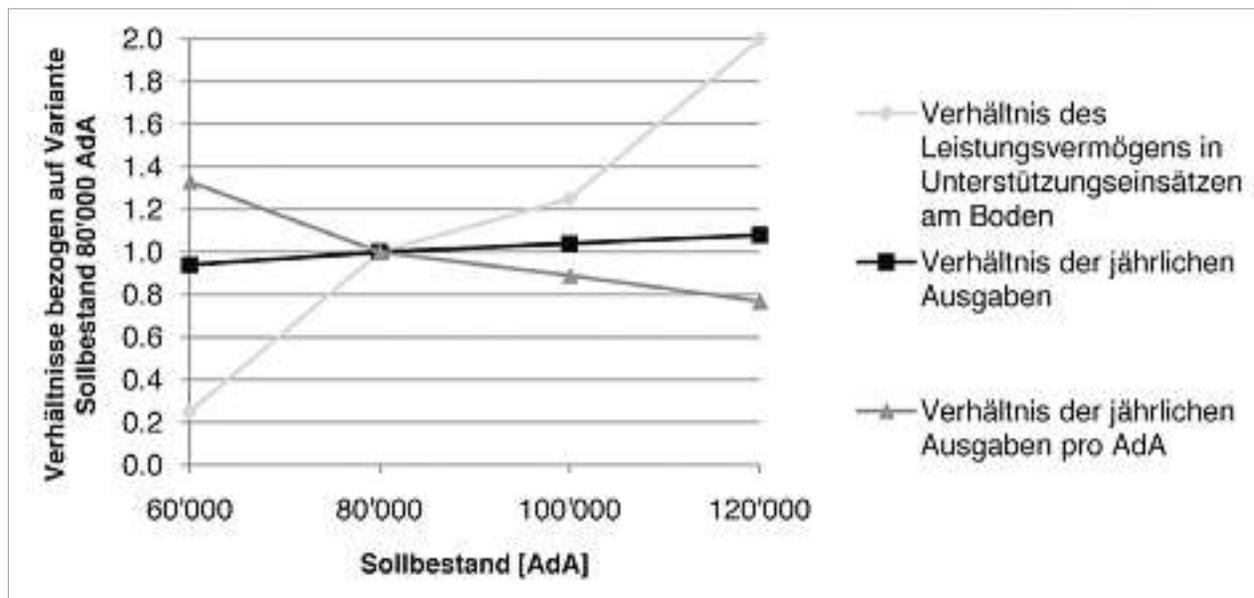
- **Leistung / politische Handlungsfreiheit**  
Umfang und Qualität der zu erbringenden Leistung sowie Reaktions- und Durchhaltefähigkeit. Diese Faktoren haben einen direkten Einfluss auf den Grad der politischen Handlungsfreiheit.
- **Ausgaben**  
Jährliche Ausgaben.
- **Effizienz**  
Aufzeigen der Ausgaben in Bezug auf die Leistung (Wirkung).
- **Verankerung der Armee in der Bevölkerung**  
Verankerung auf Grund der Verweildauer in der Armee. Synergienutzung von Kadern in Armee und Wirtschaft.

[23] Zahlenbasis: Zusatzbericht zum Armeebericht 2010, Anhang 5.

[24] ohne operative Reserve.

[10] Beispiel des Leistungsvermögens der Variante Sollbestand 100 000 AdA

[11] Beispiel des Leistungsvermögens der Variante Sollbestand 120 000 AdA



[12]

– **Miliz / Wehrgerechtigkeit und Kadernachwuchs / Ausbildungseffektivität**

Aufrechterhaltung des Milizsystems, Einbringen / Nutzung ziviler Kompetenzen in der Armee, Sicherstellen eines Return on Investment zwischen Grundausbildung- und Fortbildungsdiensten, Sicherstellung des Kadernachwuchses. Aufrechterhaltung der Grundbereitschaft. Erhaltung von Führungserfahrung der Kader aller Stufen.

– **Weiterentwicklungsfähigkeit**

Anpassungsfähigkeit an veränderte Risiken und Bedrohungen.

**Wertung des Zusatzberichtes SiK-S**

Wenn der Zusatzbericht anfänglich eher als «notwendiges Übel» betrachtet wurde, hat dessen Erstellung dem Bereich Verteidigung und der Armeepflege in kurzer Zeit zu wertvollen Erkenntnissen verholfen. Diese können nun in die weiteren Arbeiten – Bericht «Einsparmöglichkeiten», Konzepte zum Armeebericht – einfließen. Anzumerken ist aber, dass es nun darum geht, die Umsetzungsplanung auf Basis der Eckwerte des Bundesrates zu erstellen, sofern nicht das Parlament eine Anpassung derselben erzwingt.

**Es ist zu hoffen, dass die Politik nicht nur den Sollbestand der Armee festlegt, sondern diese auch angemessen ressourciert.**

Mit dem Zusatzbericht werden der Politik Diskussions- und Entscheidungsgrundlagen geliefert. Es ist zu hoffen, dass die Politik nicht nur den Sollbestand der Armee festlegt, sondern diese auch angemessen ressourciert. Dies unter Berücksichtigung der Tatsache, dass der Auftrag der Armee heute ein anderer ist, die Armee aber weiterhin gute Voraussetzungen für den Erhalt des Wohlstandes in der Schweiz schaffen soll.

**Wie geht es nun weiter?**

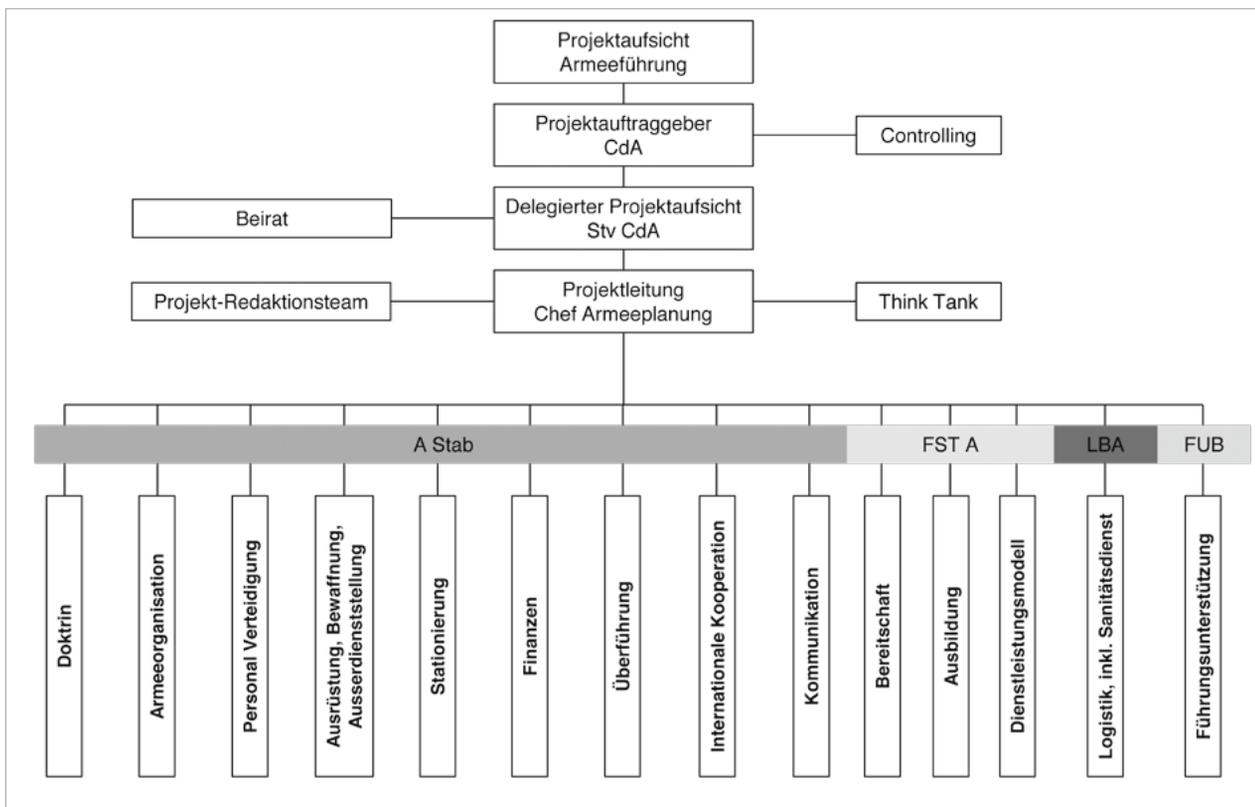
**Bericht über Einsparmöglichkeiten**

Nach dem Zusatzbericht steht nun als Nächstes der Bericht über Einsparmöglichkeiten gemäss Kapitel 6.5 im Armeebericht an. Quasi als «Vorspann» dazu hat der Chef VBS am 3. November 2010 den Bereich Verteidigung angewiesen, bis Monatsende einen Bericht über Sofortmassnahmen (SOMA) zu erstellen. Dabei geht es einerseits um vorzeitige Ausserdienststellungen ab 2011, andererseits darum, bewilligte Vorhaben zu stoppen oder zu reduzieren sowie um Investitionsverzichte bei bewilligten Krediten im Immobilienbereich.

Auch wenn der Bericht SOMA Sofortmassnahmen zwecks Einsparungen aufzeigt, muss man sich im Klaren sein, dass getroffene Massnahmen in der Regel erst mit Verzögerung wirksam werden. Auch stellen Verzichte auf künftige Fähigkeiten und Beschaffungen nicht Einsparungen für das Hier und Jetzt dar, die so nötig wären, um Entlastung zu schaffen. Zudem tun sich mit Verzichten auch Fähigkeitslücken auf, die evtl. vorübergehend mit Improvisationen zu überbrücken sind und allenfalls erst später mit Neuinvestitionen geschlossen werden können.

Im Bericht über die Einsparmöglichkeiten sind folgende Massnahmen bzw. Bereiche einerseits auf ihr Einsparpotenzial, andererseits auf deren Einfluss auf das Leistungsprofil zu untersuchen:

1. Verzicht auf vollständige, flächendeckende Ausrüstung der Verbände zur Unterstützung der zivilen Behörden;
2. Ausrüstungsstandard, Technologieniveau;
3. Verzicht auf den Abbau des aufgelaufenen Sanierungsbedarfs der Immobilien;
4. Weiterer Abbau von Standorten und Infrastruktur;
5. Weitere Ausserdienststellungen;
6. Dienstleistungsmodelle und Reduktion der Anzahl Dienstage;
7. Reduktion der Komponente Verteidigung;
8. Verringerung des Armeebestandes;
9. Internationale Kooperation;



[13]

- 10. Verzicht auf den Tiger-Teilersatz;
- 11. Neuordnung der Unterstützungsleistungen für zivile und ausserdienstliche Tätigkeiten.

Bezüglich der Auswirkungen auf das Leistungsprofil ist auch die Frage zu beantworten, welche Risiken aufgefangen oder in Kauf genommen werden müssen. Im Weiteren sind aufzuzeigen, wie die Einsparmöglichkeiten umzusetzen sind und wie sich die Einspareffekte auf den Personal- und Betriebsaufwand sowie die Investitionen verteilen.

Die obige Liste der Einsparmöglichkeiten enthält nichts wesentlich Neues. Mögliche Einsparungen über Verzichte sind im Bereich Verteidigung an und für sich schon seit längerer Zeit bekannt. Wesentliche Entscheide zur Umsetzung liegen auf politischer Ebene und wurden immer wieder vertagt – nicht zuletzt natürlich im Hinblick auf die verspätete Behandlung des SIPOL B 2010 im Parlament und dem noch zur Behandlung anstehenden Armeebericht. Der im Kontext zu den Konzepten zum Armeebericht und parallel dazu entstehende Bericht über die Einsparmöglichkeiten könnte die Blockade bezüglich nötiger Verzichte überwinden. Ohne dem Bericht vorgreifen zu wollen, muss gesagt sein, dass keine Wunder zu erwarten sind und Verzichte personell und finanziell weh tun werden oder/und Abstriche am Leistungsprofil nötig machen. Für die zum Teil beschränkten Einsparpotenziale sei als Beispiel der Bereich internationale Kooperation aufgeführt: Von politischer Seite wurde und wird immer wieder auch auf mögliche Einsparungen über weitergehende Kooperationen mit dem Ausland hingewiesen. Wie der Teilbericht «Wie will sich die Schweiz in die internationale Sicherheitsarchitektur einbringen?» zum Zusatzbericht zum Armeebericht für die sicherheitspolitische Kommission des Ständerates aufzeigt,

sind Kooperationen mit dem Ausland in wichtigen Bereichen aus neutralitätspolitischen Gründen nicht machbar<sup>[25]</sup>, oder sie werden bereits gepflegt<sup>[26]</sup> und beinhalten keine grösseren Einsparpotenziale. Anzuführen wäre, dass Kooperationen auf Geben und Nehmen beruhen – gratis ist nichts zu erwarten.

#### Konzepte zum Armeebericht 2010

Wenn – in Analogie zum militärischen Aktionsplanungsprozess – der SIPOL B gewissermassen als Problemerkennung mit den Handlungsrichtlinien für die Weiterentwicklung der Armee aufgefasst werden kann, so stellt der Armeebericht die Beurteilung der Lage samt der Ausarbeitung eigener Möglichkeiten und Antrag dar. Die Ausarbeitung detaillierter, integral abgestützter Konzepte ist nun der nächste Schritt im Rahmen der Weiterentwicklung der Armee.

[25] Wie z. B. ein Beitritt zur Nato, eine Beteiligung an einem multinationalen Raketenabwehrprogramm oder die Zusammenlegung der Luftpolizei mit einem anderen Staat.

[26] wie in den Bereichen Ausbildung, Rüstungsbeschaffung, Cyber-Angriffe.

[12] Leistungsvermögen in Unterstützungseinsätzen am Boden, jährliche Ausgaben und jährliche Ausgaben pro AdA bezogen auf die Variante Sollbestand 80 000 AdA

[13] Projektorganisation für die Erstellung des Berichtes über die Einsparmöglichkeiten sowie der Konzepte zum Armeebericht

Noch im Dezember hat der CdA den Befehl Nr. 1 für die Erstellung der Konzepte zum «Armeebericht 2010» erlassen. Parallel zum Zusatzbericht wurden die Arbeiten zum Bericht über die Einsparmöglichkeiten sowie den Konzepten aufgenommen. Nachfolgend die bis Ende 2011 zu erstellenden Konzepte:

- Doktrin
- Bereitschaft
- Ausbildung
- Dienstleistungsmodell<sup>[27]</sup>
- Armeeeorganisation (inkl. Kompetenzzentrum Verteidigung)
- Personal Verteidigung
- Logistik
- Führungsunterstützung
- Ausrüstung und Bewaffnung / Ausserdienststellung
- Stationierung
- Finanzen
- Überführung
- Internationale Kooperation
- Kommunikation

Bereits im Herbst 2010 sind die Arbeiten zu den Schlüsselkonzepten Doktrin, Bereitschaft, Ausbildung, Dienstleistungsmodell und Armeeeorganisation in Angriff genommen worden. Nach Bildung der Projektorganisation (vgl. Abbildung 13) wurden ab Januar 2011 – unter Einbezug der restlichen Konzeptbereiche – die Arbeiten auf der ganzen Breite aufgenommen. In einer ersten Phase sollen daraus die notwendigen und machbaren Einsparmöglichkeiten abgeleitet werden können. Anschliessend gilt es, die Konzepte zu verfeinern und damit günstige Voraussetzungen für die Erstellung der Botschaft für die Anpassungen der rechtlichen Grundlagen zu schaffen. Während allen Projektphasen sind die interne Koordination und Synchronisation sowie der Einbezug weiterer Partner – Beirat und Think Tank – sicherzustellen.

Die einzelnen Konzepte sind in unterschiedlichem Masse voneinander abhängig. Die Synchronisation der Arbeiten in den einzelnen Teilprojekten erfordert daher die Einhaltung einer stringenten Zeitplanung. Dabei ist auch die Armeeführung gefordert, ist es doch zwingend, dass sie zu vorgegebenen Zeitpunkten – und mit einer recht hohen Taktrate – Entscheide fällt, damit die Arbeiten auf gesicherter Basis weitergeführt werden können.

Zur Bearbeitung dieses komplexen Netzwerkes an Konzepten ist eine umfangreiche Projektorganisation gebildet worden, siehe Abbildung 13.

---

[27] Das Konzept Dienstleistungsmodell hat einen engen Zusammenhang mit dem Konzept Ausbildung.

# La Synthèse Feu, Choc, Manœuvre et Incertitude : Origine, Contenu et Héritage d'une Méditation sur la Guerre

« La guerre est un acte de violence destiné à contraindre l'adversaire à exécuter notre volonté.<sup>[1]</sup>»

A une période où notre Armée s'interroge sur son rôle et l'orientation qu'il convient de donner à son développement, il peut être utile de revenir sur l'essence même du métier militaire – le combat. Derrière ce terme se trouve l'application cohérente et synchronisée de la violence, sous la forme d'effets des armes et de mouvements de troupes, pour briser définitivement la volonté de l'adversaire de poursuivre la lutte.

Alain Vuitel

Colonel EMG; Chef de la centrale nationale d'alarme (NAZ), BABS (2002 - 2008 Chef de la doctrine militaire de l'armée suisse); Ackermannstrasse 26, 8044 Zürich.  
E-Mail: alain.vuitel@babs.admin.ch

Cet article vise à rappeler l'importance de l'application de la force comme élément fondateur et pérenne de toute pensée militaire. Utilisant la synthèse *feu, choc, manœuvre et incertitude* révélée par l'œuvre du Colonel EMG Daniel Reichel<sup>[2]</sup> comme fil rouge, cette contribution s'articulera en trois volets distincts. Le premier tentera d'identifier les origines possibles de cet amalgame. Fort de cet acquis, la deuxième partie proposera une modélisation de cette pensée à l'échelon tactique d'une part et opératif d'autre part. Finalement, il s'agira de s'interroger sur la pertinence de cette synthèse dans l'environnement sécuritaire contemporain et, ce faisant, de faire le point sur l'héritage laissé par Daniel Reichel pour méditer les guerres d'aujourd'hui et de demain.<sup>[3]</sup>

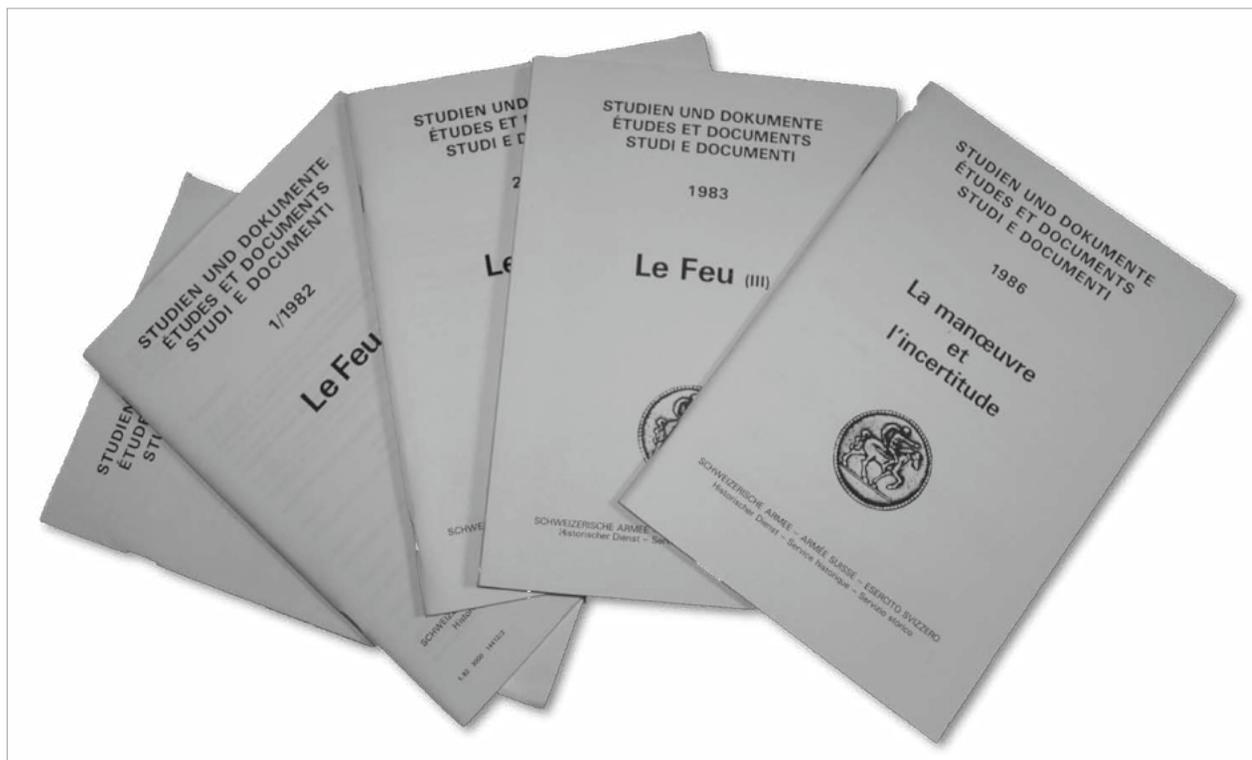
## Origines de la synthèse feu-choc-manœuvre et incertitude

« La guerre est une science couverte de ténèbres, dans l'obscurité desquelles on ne marche point d'un pas assuré; la routine et les préjugés en font la base, suite naturelle de l'ignorance. Toutes les sciences ont des principes et des règles; la guerre n'en a point<sup>[4]</sup> » affirmait Maurice de Saxe en 1733 dans l'avant-propos à ses célèbres *Rêveries*.

Beaucoup d'autres grands capitaines se sont également trouvés confrontés à cette constatation du vainqueur de Fontenoy avec, à la clé, la quête d'une piste permettant d'appréhender la réalité du combat, pour mieux en saisir son intime composition. Sur ce sentier tortueux, les expériences de guerre, récentes ou passées, constituent une référence incontournable. Analysées, mises en perspective de la réalité sécuritaire d'une nation et synthétisées sous la forme de principes généraux, elles constituent le fondement de toute réflexion doctrinale. Ferdinand Lecomte<sup>[5]</sup> écrit ainsi en 1869 que l'étude du passé constitue un outil qui « prouvera mieux que tout autre mode que l'art militaire se compose surtout de deux catégories de principes:

1. De principes constants, immuables, de tous les siècles, de tous les pays, de tous les systèmes d'armées ...
2. De principes incessamment variables et perfectibles, se rapportant aux moyens directs de la lutte, au mode d'armement, d'équipement, d'arrangement des forces; toutes choses qui ont suivi les progrès des sciences, des arts, de l'industrie, des institutions... ».<sup>[6]</sup>

C'est dans cet esprit que s'inscrit l'œuvre du colonel EMG Reichel. A l'écoute d'un passé qui ne cesse de nous parler, il apporte sa vision, sa philosophie même, du métier militaire. Le message transmis peut se résumer ainsi. « L'histoire est une création permanente<sup>[7]</sup> » ; il ne faut dès lors cesser de méditer la guerre pour être capable, le cas échéant, de la conduire avec succès. Cette méditation ne saurait cependant avoir lieu sans l'étude du combat. Fort de cette conviction,



[1]

il fait publier entre 1982 et 1986 par le Service historique de l'armée qu'il dirige alors une série de cinq cahiers. Ceux-ci porteront les titres suivants : *Le Feu (I-III)* puis *Le Choc* et, finalement, le dernier volet consacré à *La Manœuvre et l'Incertitude*.

... il ne faut dès lors cesser de méditer la guerre pour être capable, le cas échéant, de la conduire avec succès.

L'introduction du premier numéro de cette série souligne clairement le caractère général et universel qui est recherché dans ces publications. On peut y lire que « l'histoire militaire connaît quelques éléments fondamentaux parmi lesquels on peut citer :

- le feu
- le choc
- la manœuvre

et l'incertitude, enfin, dans laquelle se trouvent plongés ceux qui conduisent le combat. (...) Ces éléments constants sont complémentaires, seule a pu varier, au cours des âges, la part qui leur est faite dans l'action, ou, si l'on veut, leur dosage.<sup>[9]</sup> »

Cet avant-propos résume parfaitement le message qui est transmis tout au long de ces cinq cahiers. La notion de dosage y occupe une place capitale. Il ne saurait en effet exister de solutions d'école miracles ; il n'existe pas UNE réponse juste lorsqu'il s'agit de lancer ses hommes dans la tourmente d'une bataille en devenir. Le chef militaire doit non seulement décider seul ; il se doit également à chaque fois d'innover, car une situation donnée ne se répète jamais

et un adversaire adaptatif ne saurait être leurré deux fois de la même manière. Or, c'est bien en plaçant l'adversaire devant un dilemme chaque fois renouvelé que se situe l'essence même de la stratégie, cet « art de la dialectique des volontés<sup>[10]</sup> » que décrit Beaufre.

Le chef militaire doit non seulement décider seul ; il se doit également à chaque fois d'innover, ...

Dans ce contexte, la démarche suivie par Reichel est particulièrement intéressante, car elle ne se limite pas à la mise en évidence de quelques principes généraux issus de l'analyse, toujours subjective, du passé. Elle va au-delà pour rechercher l'essence même du phénomène guerre – « un choc entre forces antagonistes<sup>[11]</sup> » - et ce qui anime les hommes qui se trouvent embarqués dans un combat pour la vie ou la mort. Dans cette ambitieuse quête, Reichel doit établir une solide base de départ. Il la trouve dans la *synthèse feu, choc, manœuvre et incertitude*.

L'identification par Reichel de ces quelques rares facteurs n'est pas une découverte en soi. Elle s'inscrit directement dans la ligne tracée par de nombreux grands penseurs militaires.<sup>[12]</sup> John Frederick Charles Fuller<sup>[13]</sup> reconnaît ainsi par exemple dans son livre *L'influence de l'armement sur l'histoire – Des Guerres Médiques à la Seconde Guerre Mondiale* qu'il est « loisible de classer pratiquement l'ensemble des armes en deux groupes principaux ; le premier comprend les armes avec lesquelles on frappe directement, le deuxième, les projectiles (y compris les propulseurs), les premiers servant dans le combat de près et les seconds dans le combat à distance... Les unes peuvent être appelées armes simples

ou individuelles, l'importance de leur pouvoir destructif dépendant des muscles de l'homme, tandis que c'est l'énergie mécanique ou chimique – torsion, tension, explosion – qui donnent aux autres – les armes mixtes leur force de propulsion.<sup>[14]</sup> »

De cette description naît bien entendu la référence au *choc*, cet « élément primaire, absolument fondamental du combat<sup>[15]</sup> » décrit par Reichel, mais également au *feu*, cette substitution au combat au corps à corps en le portant dans la profondeur. Ces deux éléments fondamentaux - *choc et feu* – sont également reconnus par un autre auteur, Ardant du Picq, qui les met en relation pour expliquer l'accroissement de l'étendue du champs de bataille d'une part et les défis qui se posent en matière de conduite d'autre part.<sup>[16]</sup> Bien d'autres auteurs pourraient également être ici cités pour alimenter la synthèse réalisée par Reichel.

Pour ce qui est de la *manœuvre*, revenons à Fuller, cet initiateur des conceptions sur le combat mécanisé, qui ne manque pas d'évoquer son importance. Il affirme ainsi par exemple que « l'armée la plus rapide peut toujours prévoir les mouvements d'un ennemi plus lent et mettre en action plus d'hommes, sur n'importe quel point du front, même s'il est inférieure en nombre.<sup>[17]</sup> »

### ... la manœuvre devient « l'âme de la guerre » ...

Dès lors, la *manœuvre* devient « l'âme de la guerre<sup>[18]</sup> » ; cette potentialité de porter la force militaire, là où l'adversaire ne l'attend pas, est un facteur d'*incertitude* permanent qui se transforme en surprise lorsque celle-ci se déclenche sans avoir été préalablement reconnue. En méditant constamment la guerre, le chef militaire peut tenter de rendre ce voile d'*incertitude* un peu moins opaque. Anticipant les possibles développements de la bataille à venir, il peut mieux s'y préparer et, de ce fait, réduire le potentiel de surprise pour ses propres troupes, tout en essayant de l'accroître pour l'adversaire. Car c'est bien l'établissement de la surprise qui, couplé aux effets combinés des armes et de la *manœuvre*, agit comme un *choc* moral, paralyse les volontés et, finalement, contribue notablement à emporter la décision.

Dès lors, au-delà du seul *choc* porté à courte distance, il convient de mettre en évidence le rôle central que constitue l'établissement d'un *effet de choc*. Celui-ci, visant l'imagination de l'adversaire, doit, selon les termes de Reichel, agir comme « une sorte de révélation brutale et sordide, selon laquelle la situation serait sans issue<sup>[19]</sup> ». John Keegan capte également ce moment central du combat, cet instant de décision, en écrivant : « Battles or more precisely defeats, are immediately decisive because they kill some of these men and dissuade the rest, for a longer or shorter period, from wanting to fight anymore.<sup>[20]</sup> »

La volonté de combattre de l'adversaire s'impose ainsi comme un centre de gravité aussi universel qu'intemporel ; « la base irremplaçable du succès, à la guerre, est la volonté absolue de vaincre<sup>[21]</sup> ». Seule la partie qui conserve dans la durée et indépendamment des coups de buttoir assésés

par l'ennemi cette volonté inébranlable de vaincre est susceptible de triompher et d'imposer à l'autre sa propre vision d'une meilleure paix.

### En quête d'un modèle

Au vu de ce qui a été explicité ci-dessus, il est possible de reconnaître, en tant que principe immuable dans le sens de Lecomte, que l'issue d'un combat est essentiellement un phénomène psychologique. Le succès tactique est obtenu lorsque l'adversaire devient persuadé qu'il a perdu la partie, c'est-à-dire qu'il a abandonné toute volonté de poursuivre la lutte. Ce résultat est le produit de l'application de la violence par la combinaison de l'effet des armes et de mouvements, en laissant constamment l'adversaire dans l'expectative sur le lieu et le moment du prochain choc ainsi créé. La chaîne de causalité qui anime ce phénomène se développe du combattant individuel pour se propager ensuite, par effet d'entraînement, au gros d'une unité.

L'illustration (cf **Figure 2**) met en évidence ce développement menant au succès tactique. Elle montre par la même occasion l'étroite corrélation qui existe entre l'établissement de la

- [1] VON CLAUSEWITZ, Carl, De la Guerre, textes traduits par Denise Naville et présentés par Pierre Naville, Paris : Edition de Minuit, 1955, p. 51.
- [2] Daniel Reichel (1925-1991), ancien directeur de la Bibliothèque militaire fédérale suisse et chef du Service Historique de l'Armée Suisse. Reichel est aussi le fondateur et le premier directeur scientifique du Centre d'histoire et de prospective militaires (CHPM). Voir LANGENDORF, Jean-Jacques, BÜHLMANN, Christian, VUITEL, Alain, Le feu et la plume - Hommage à Daniel Reichel, Bière: Cabédita, 2010.
- [3] Cet article trouve son origine dans une contribution présentée l'année dernière par l'auteur à l'occasion du XVIe Symposium international d'histoire et de prospective militaires dédié au thème - « Le feu, le choc, la manœuvre et l'incertitude dans la guerre ».
- [4] DE SAXE Maurice, Mes Réveries, Paris: Economica, 2002, p 89.
- [5] Ferdinand LECOMTE (1826-1899), historien militaire, admirateur sans conditions du général Jomini, journaliste, colonel divisionnaire et chancelier de l'Etat de Vaud ; auteur prolifique, il est le fondateur de la Revue Militaire Suisse.
- [6] LECOMTE Ferdinand, Etudes d'Histoire militaire - Antiquité et Moyen Âge, Lausanne: Librairie Classique J. Chantrens, 1869, p xi-xii.
- [7] ANDREANI, Tony, FERAY, Marc, Discours sur l'égalité parmi les hommes. Penser l'alternative, Paris : L'Harmattan, 1993, p 292.
- [8] L'auteur remercie chaleureusement le col EMG Christian Bühlmann pour la mise à disposition de cette illustration ainsi pour ses précieux commentaires.
- [9] REICHEL, Daniel, Le Feu (I), op. cit., p. 9.
- [10] BEAUFRE, André, Introduction à la stratégie, Paris: Hachette Littératures, 1998, p 34.
- [11] VON CLAUSEWITZ, Carl, op. cit., p.215.
- [12] Voir, par exemple, COUTAU - BEGARIE, Hervé, Traité de Stratégie, Paris : Economica, 4ème édition, 2003, p. 401-410.
- [13] John Frederick Charles FULLER (1878-1966), officier de l'armée britannique, historien militaire et stratège. A côté de ses très nombreuses publications, il est connu comme l'un des artisans de la réflexion sur le rôle révolutionnaire du combat mécanisé pour rendre, après l'expérience du premier conflit mondial, à nouveau possible la percée et la guerre de mouvement.
- [14] FULLER, John Frederick Charles, L'influence de l'armement sur l'histoire - Des Guerres Médiques à la Seconde Guerre Mondiale, Paris : Payot, 1948, p. 24-25.
- [15] REICHEL, Daniel, Le Choc, op. cit., pp 3-4.
- [16] ARDANT DU PICQ, Charles, Etudes sur le combat - combat antique et combat moderne, Paris: Economica. 2004, pp. 82-83.
- [17] REICHEL, Daniel, Le Choc, op. cit., p. 28-29.
- [18] Idem.
- [19] Ibid, p 57.
- [20] KEEGAN, John, The Face of Battle - A study of Agincourt, Waterloo and the Somme, London: Pimlico, 2004, p. 335.
- [21] REICHEL, Daniel, Le Choc, op. cit., p. 53.

[1] Cahiers édités entre 1982 et 1986 par le Service historique de l'armée<sup>[8]</sup>

## Choc

Le *choc* constitue l'objectif ultime du combat. Il contribue notablement à paralyser la volonté collective de résistance de l'adversaire. Il résulte d'une application soudaine et massive de violence ; c'est l'*effet de choc*. Celui-ci ne se rencontre pas seulement à l'échelon tactique où il représente, dans le combat classique, le préalable à la percée. Ses effets psychologiques récurrents en font également un instrument de choix pour poursuivre des objectifs de portée tant opérative que stratégique. Au *choc* de la terreur nucléaire s'ajoute aujourd'hui celui de l'attentat suicide. Celui-ci trouve place au cœur même des populations pour les déstabiliser et les plonger dans un sentiment d'impuissance complet.

surprise par l'application concentrée et soudaine de la force et la création d'un *effet de choc*. Celui-ci est un phénomène collectif qui, pour aboutir à la victoire, doit être résolument exploité par la manœuvre. Sans exploitation, le combat se prolonge dans l'attrition, sans mener à la décision.

Ayant utilisé pour l'échelon tactique le modèle explicatif proposé par Jim Storr pour établir la synthèse *feu, choc, manœuvre et incertitude*, il nous paraît intéressant à ce point de poursuivre cette réflexion à l'échelon opératif. Lors de l'élaboration de l'actuelle génération des règlements de conduite de l'armée en 2002 et 2003, cette question s'était déjà posée à l'auteur. Il s'agissait alors d'élaborer un modèle générique d'application de la force militaire pour l'intégrer plus particulièrement dans la *Conduite opérative XXI*.

Élément charnière entre le niveau tactique et *stratégique*, l'échelon opératif agit comme maître d'œuvre lorsqu'il s'agit de concevoir l'application de la *force* militaire dans le contexte stratégique. La tâche principale du chef opératif consiste à coordonner et à synchroniser dans le *temps* et l'*espace* la montée en puissance, le déploiement ainsi que la mise en œuvre des forces qui lui sont confiées. C'est de son aptitude à les porter sur les points décisifs et à les y engager, fort de la supériorité (locale) établie, que réside la décision. Ce *coup d'œil* ne saurait cependant être inné; plus l'échelon de conduite est élevé, plus il est directement dépendant, pour déployer ces effets, de l'*information* reçue, tant sur ses propres *forces* que sur celles de l'adversaire et du milieu. De la qualité et de la constance de ce flux d'*information* dépend la capacité de lever le voile d'*incertitude* qui recouvre toute situation conflictuelle. Du renseignement ainsi acquis dépend la capacité d'analyser et de comprendre le système adverse, pour en reconnaître la ou les sources à partir desquelles l'ennemi génère sa propre *force*. Fort de cet examen, il est possible d'orienter l'opération sur les vulnérabilités intrinsèques que présente inmanquablement tout système de *force*. Le

## Feu

Le *feu* porte, aussi bien par ses effets matériels que psychologiques, le *choc* dans la profondeur. Il vise d'une part à anéantir l'adversaire ou, d'autre part, à le contraindre à se mettre à couvert. Ce faisant, on limite sa capacité de *manœuvre* et on réduit par la même occasion son aptitude à engager ses armes. Le *feu* apporte dès lors une contribution notable pour influencer à distance le comportement de l'adversaire ; cette influence est fonction de la portée des armes engagées d'une part et de l'efficacité ainsi que de la quantité de projectiles tirés d'autre part. La partie qui parvient à établir la supériorité de *feu* peut dès lors plus aisément manœuvrer et, de ce fait, (re) prendre l'initiative. Dès lors, l'établissement de la supériorité de *feu* constitue la condition préalable au succès d'une attaque ou d'une opération offensive.

La notion de *feu* s'applique également aux moyens qui, comme par exemple les systèmes de guerre électronique, permettent d'influencer le comportement de l'adversaire dans la profondeur, sans cependant agir par l'intermédiaire de projectiles.

schéma (cf **Figure 3**) représente cette conjonction des efforts sur le ou les centres de gravité de la *force* de l'adversaire.

Ayant désigné le facteur *force*, appliqué dans le *temps* et l'*espace* en fonction des *informations* à disposition, comme facteur central de la conduite opérative, la *Conduite opérative XXI* en décrit ensuite les composants comme suit : quatre éléments sont reconnus - le *feu*, le *choc*, la *manœuvre* et la *protection*. De leur dosage et de leur combinaison dépend l'aptitude du chef opératif de déployer les effets désirés et d'obtenir ainsi l'état final recherché. Cette nouvelle synthèse, on le reconnaît bien, reprend largement l'héritage laissé vingt ans plus tôt par Reichel. L'*incertitude* n'y est pas pour autant oubliée ; elle est prise en compte dans le facteur de la conduite opérative *information* qui, comme mentionné plus haut, occupe une fonction critique pour se préserver de la surprise d'une part et laisser l'adversaire dans l'expectative d'autre part. Le contenu des éléments de cette nouvelle synthèse est exposé ci-dessous :

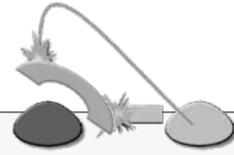
Bien que le facteur *protection* ne soit pas directement mentionné dans les écrits de Reichel, cet aspect essentiel dérive néanmoins directement de sa pensée. En effet, les cahiers du Service historique de l'Armée mentionnent par exemple à plusieurs reprises l'importance de la fortification, du bastion et finalement de l'environnement urbain comme moyen d'échapper au feu de l'adversaire. A titre d'exemple, il est ainsi écrit à propos du siège de Sébastopol : « L'image de ce bastion est celle de la guerre d'usure, qui se livre entre une masse de feu et les parades que l'on peut lui opposer. On découvre à Sébastopol, que le défenseur doit mettre en place autant de gabions que l'assiégeant tire de boulets. Cet enseignement conserve toute sa valeur : au déferlement de la violence du *feu*, il faut pouvoir opposer, en prenant le temps nécessaire, les ressources qu'en physique on nomme paradoxalement, la force d'inertie.<sup>[24]</sup> » On se trouve bien ici dans une logique de *protection*, avec à la clé un objectif :



## Manœuvre

La *manœuvre* consiste à déplacer et à déployer ses forces pour gagner une position favorable par rapport à l'adversaire. L'analyse croisée des vulnérabilités de celui-ci, des opportunités offertes par le milieu ainsi que des capacités propres de l'élément de *manœuvre* sont à la base de sa conception. Son succès repose sur le maintien du secret d'une part et sur sa rapidité d'exécution d'autre part. Maintenir l'adversaire dans l'*incertitude* par le camouflage ou la déception permet de garantir la surprise tant en ce qui concerne le moment du déclenchement de la *manœuvre* que l'orientation de son effort principal. Ce faisant, on emporte l'initiative, le plus souvent en coordination avec l'usage du *feu*, et, par la dynamique soutenue des actions entreprise, on ne laisse ni le temps, ni l'occasion, à l'ennemi de se ressaisir.

La *manœuvre* dépasse aujourd'hui de loin le seul espace physique pour s'étendre également à toutes les dimensions de la sphère d'opérations. La *manœuvre* se fait dès lors globale, incorporant non seulement des dimensions purement militaires ; elle se prolonge à tous les aspects de la société.



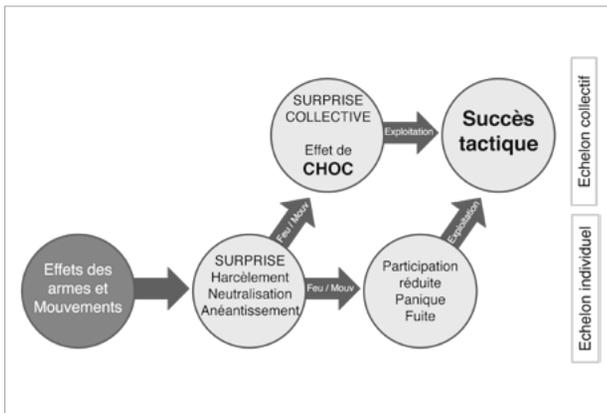
## Protection

La *protection* a pour but ultime de conserver la volonté de vaincre de ses propres troupes. Elle se place sur le plan physique où il s'agit de soustraire ses propres moyens et capacités aux effets de l'application de la force adverse. Elle répond aux principes de l'économie des forces d'une part et de la sûreté d'autre part.

La fortification d'abord et le durcissement par blindage par la suite ont toujours constitué des modes privilégiés de rompre le *choc* de l'adversaire et d'échapper aux effets de son *feu*. Ils trouvent un intéressant renouveau dans l'environnement conflictuel contemporain.

La *protection* s'étend à l'ensemble du domaine du maintien du secret et du camouflage qui permet de soustraire les propres moyens aux activités d'exploration de l'adversaire et de maintenir l'adversaire dans l'incertitude.

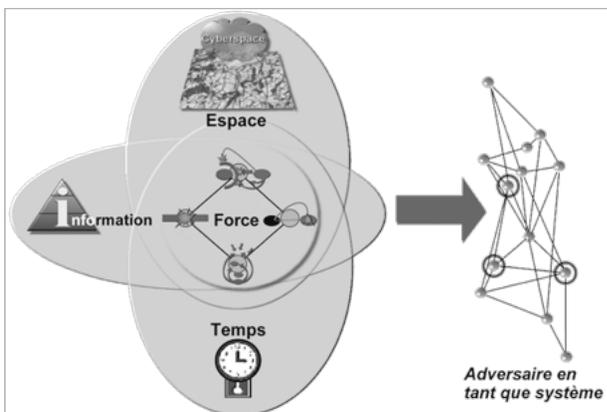
La protection s'étend également au plan psychologique et moral. Les combattants, voire les populations civiles doivent disposer de la certitude que la cause de leur lutte est juste. Faisant fi des actions adverses et de leurs effets, il s'agit de conserver dans la durée la foi en l'aptitude à obtenir tôt ou tard une issue victorieuse.



[2]

empêcher le *choc* de fissurer irrémédiablement la volonté de se battre d'une troupe, la résilience d'une population ou la volonté de défense d'un peuple.

Cette réflexion sur la *protection* ne s'arrête pas à la seule dimension physique; elle va plus loin en reconnaissant l'importance d'établir et de maintenir un *rideau protecteur virtuel* autour du combattant pour sauvegarder durablement son moral. Ainsi, la confiance dans les chefs ainsi que dans la justesse de la cause poursuivie, la discipline, la confiance dans l'équipement et l'instruction ainsi que la ferme volonté



[3]

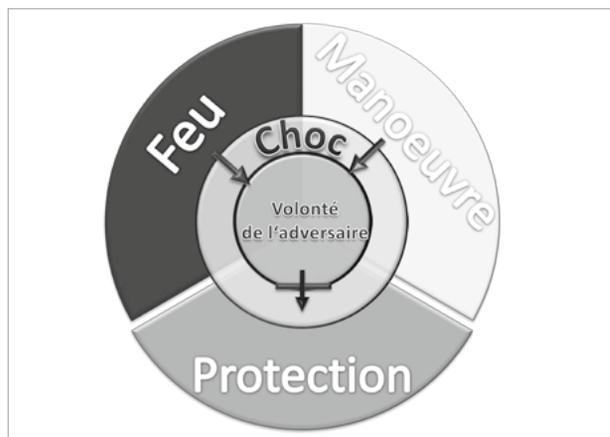
[22] Ce schéma ainsi que les commentaires qui y sont associés sont fortement inspirés de trois contributions rédigées par STORR, Jim, [1] «The Real Role of Small Arms in Combat», London : RUSI Defence Systems, June 2009, pp 44-46 ; [2] «High Explosive : Shock Effect in Dismounted Combat», London : RUSI Defence Systems, February 2010, p 57 ; [3] «Manoeuvre and Weapons Effect on the Battlefield», London : RUSI Defence Systems, October 2010, pp 61-63.

[23] CHEF DE L'ARMÉE, Conduite opérative XXI (COp XXI) - Règlement 51.70f, Armée suisse : Berne, 2004, p. 15, <http://www.vtg.admin.ch/internet/vtg/fr/home/dokumentation/fuhrungsreglemente/operative.html>.

[24] REICHEL, Daniel, Le Feu (III), op. cit., p. 3.

[2] Chaîne de causalité susceptible d'apporter le succès tactique<sup>[22]</sup>

[3] Les facteurs de la conduite opérative : Force – Espace – Temps – Information<sup>[23]</sup>



[4]

de vaincre constituent autant d'éléments récurrents de la méditation sur la guerre pratiquée par Reichel. Il reconnaît ainsi qu' « avec beaucoup de perspicacité, Dufour avait su distinguer les principaux écueils qui risquent de compromettre les efforts d'une armée de milices. Il savait que l'élan populaire se traduit au combat par une sorte de mystique du *choc* ; mais il savait aussi que cette dernière pouvait se transformer, au premier échec, en un profond abatement. Pour conserver sa valeur au choc de notre infanterie de milices, il s'appliqua donc pendant toute sa vie à lui apporter, face au feu toujours plus efficace des armées permanentes, les ressources d'une bonne fortification de campagne.<sup>[25]</sup> »

### Cette réflexion sur la *protection* ne s'arrête pas à la seule dimension physique ...

Fort de cette analyse, il nous est dès lors possible de construire un modèle mettant en relation tous les éléments constitutifs de la *force* militaire (cf **Figure 4**). Le facteur *protection* en représente la base puisque de lui dépend la détermination de vaincre de ses propres moyens et de sa propre population. Bénéficier d'une excellente *protection* agit également de manière indirecte sur la volonté de l'adversaire ; on rend ses actions beaucoup plus coûteuses, voire même entièrement vaines. Le sentiment d'impuissance d'une troupe soumise, sans *protection* ni possibilités de réaction, à la toute puissance d'une partie adverse qui agit à sa guise et en toute impunité est tout simplement désastreux pour son moral.<sup>[26]</sup> Les éléments *feu* et *manœuvre* génèrent quant à eux, chacun à leur façon et dans le dosage approprié au cadre stratégique, l'*effet* de choc destiné à ébranler ce centre de gravité universel que représente la volonté de l'adversaire.

L'intérêt de ce modèle réside dans la mise en évidence de l'importance du dosage entre les divers éléments qui le constituent. Trouver la juste, la bonne combinaison, repose sur un processus de réflexion tout à la fois dynamique et complexe, puisqu'il est fonction de facteurs aussi différents que :

- La culture militaire de référence,
- La technologie disponible,
- Le niveau d'instruction des troupes,
- La doctrine d'emploi des forces,

- Les propres moyens à disposition,
- Les caractéristiques de l'adversaire,
- Le niveau d'incertitude dans lequel se trouve plongé le commandant et, finalement,
- Les caractéristiques de l'environnement.

Le résultat de cette synthèse s'étend le long d'une large bande de possibilités à l'intérieure de laquelle on retrouve deux grandes familles de conception du recours à la force militaire<sup>[27]</sup>:

- L'approche basée sur l'attrition,
- L'approche manœuvrière.

La figure 5 (page 35) illustre ces deux extrêmes.

L'approche basée sur l'attrition est dominée par une réflexion sur l'évolution du rapport de *force* dans le *temps*. En infligeant à l'adversaire un taux de pertes supérieur à celui de ses propres forces, on gagne petit à petit la supériorité sur lui pour le contraindre, par une action offensive décisive ou par une nouvelle phase d'attrition autour d'un point particulier du terrain, à abandonner la lutte.

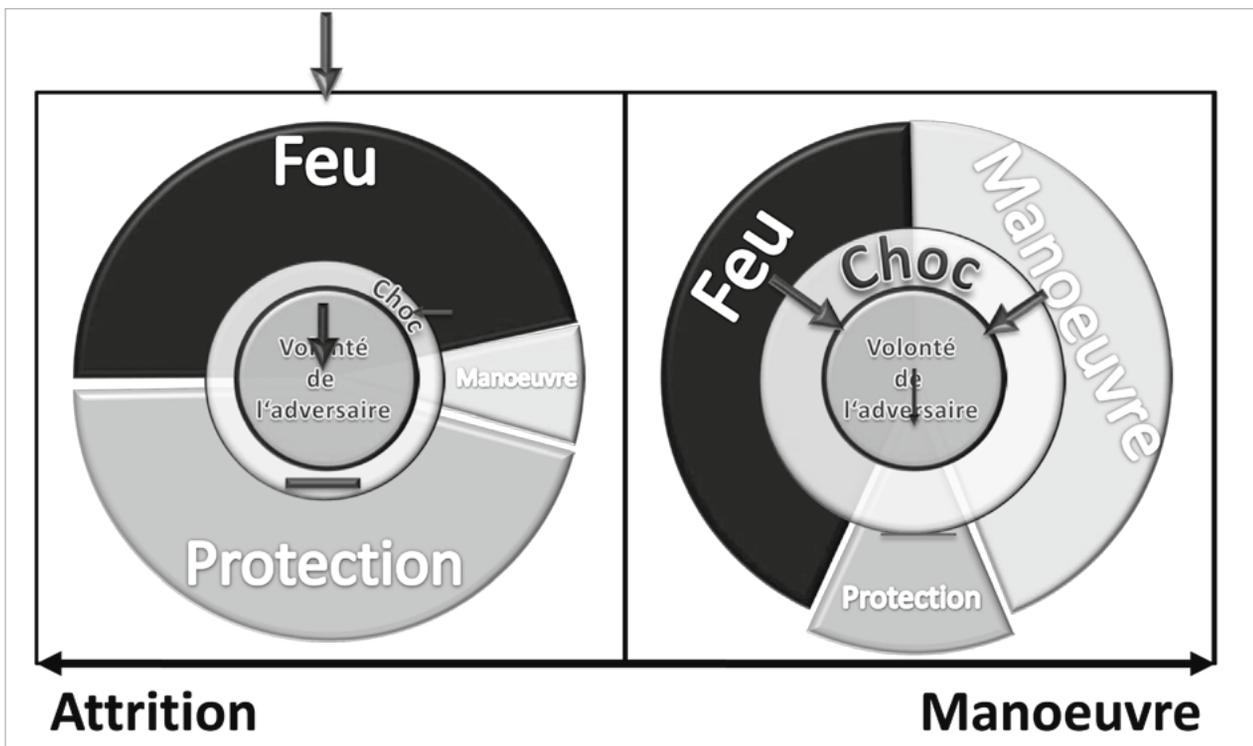
### L'approche manœuvrière privilège la dynamique de l'action ...

L'approche manœuvrière privilège la dynamique de l'action ; elle est focalisée sur l'obtention d'un *effet de choc* et considère le combat comme un mal nécessaire plutôt que comme une fin en soi. Elle vise à appliquer la *force* dans une majeure partie de la sphère d'opérations en recourant de manière combinée et soutenue à la *manœuvre* et au *feu*. Opérant à la façon « d'agents chimiques qui détruiraient, non l'organisme, mais les nerfs et les ganglions<sup>[28]</sup> », on surprend sans cesse l'adversaire, en le désorientant par une multitudes d'actions en provenance des horizons les plus divers, pour le plonger dans un profond *état de choc*. L'exploitation résolue de cette situation doit permettre finalement de briser sa cohérence – « une armée cesse d'être efficace quand elle n'est plus qu'une somme de soldats<sup>[29]</sup> ».

Ayant reconnu le caractère universel du modèle bâti sur la pensée de Reichel pour décrire les conflits conventionnels, il convient dans le prochain chapitre de s'interroger sur sa pertinence dans le monde post-moderne qui est le nôtre et d'identifier les potentiels de développement qu'il présente.

### Métamorphose du champ conflictuel

La première phase de la guerre du Golfe de 2003 a vraisemblablement représenté l'exemple le plus abouti d'une utilisation classique de la force militaire dans un cadre contemporain. Cette campagne, menée par une coalition contre un pays militairement et politiquement isolé, s'est tout d'abord déroulée selon une approche extrêmement manœuvrière en mettant en œuvre les concepts, les systèmes et les armes qui avaient été développés dans les années 80 pour faire face à l'extraordinaire supériorité numérique de l'armée soviétique et du Pacte de Varsovie. Elle apportait la preuve qu'il avait été correct de transformer l'armée américaine en prenant congé, suite aux expériences traumatisantes de la guerre du Vietnam, de tout concept visant à engager les forces armées



[5]

à long terme dans une large campagne de contre-insurrection. La fulgurance de la *manœuvre*, couplée à l'ubiquité du *feu* de précision, avaient réussi, tout comme en 1991, à plonger l'adversaire dans un profond *état de choc* et à le contraindre à baisser les armes.

**...on apprend généralement beaucoup plus des défaites que des victoires.**

Cette nouvelle victoire du « High Tech » a paradoxalement représenté un changement de paradigme pour les vaincus. Comme Reichel le prônait, on apprend généralement beaucoup plus des défaites que des victoires.<sup>[30]</sup> La première guerre du Golfe, comme la phase initiale de la seconde, ont en effet démontré qu'il est aujourd'hui impossible de s'opposer militairement avec succès aux puissances occidentales. S'il n'est plus possible d'obtenir la décision sur ce plan, la seule réponse logique qui s'impose conduit à porter la lutte dans d'autres dimensions.

**L'attentat suicide ... et l'embuscade deviennent les principaux vecteurs de ce combat du faible au fort.**

L'enseignement qui résultent des expériences faites récemment au Sud Liban, en Iraq, en Afghanistan ou ailleurs est simple. Il s'agit, en plaçant ses activités en dessous du seuil de détection de l'adversaire<sup>[31]</sup>, d'éviter à tout prix l'engagement frontal avec une force disposant d'une puissance de *feu*, couplée à une capacité de *manœuvre*, supérieure. En se

retranchant dans des régions reculées ou, mieux encore, en se mêlant au cœur des villes à la population civile, il devient à nouveau possible de manœuvrer librement pour plonger les forces de sécurité adverses, voire les civils, dans une état de choc récurrent. L'attentat suicide, susceptible d'intervenir n'importe quand ou n'importe où, la multiplication des engins explosifs improvisés, qui réduisent notablement la liberté de *manœuvre* de l'adversaire, et l'embuscade deviennent les principaux vecteurs de ce combat du faible au fort. Incapable d'imposer la décision tactique, cette forme de combat se nourrit cependant d'une très forte culture du choc – le choc de la terreur. Un choc qui plonge l'ennemi dans l'incertitude, un choc qui é mousse jour après jour la volonté de se battre d'une partie adverse qui opère dans un environnement inhospitalier loin de ses bases arrières, et, plus que tout, un choc qui s'instille petit à petit dans les opinions publiques. L'effet recherché est, on l'aura compris, de portée stratégique. Il s'agit d'une part de démontrer que cette

[25] REICHEL, Daniel, « Guillaume-Henri Dufour et l'art de la guerre », Tiré à part de Guillaume-Henri Dufour dans son temps, 1787-1875, Genève : Société d'histoire et d'archéologie, 1991, p. 286.

[26] On sait par exemple que les troupes irakiennes de première ligne, soumises sans aucune possibilité de riposte aux bombardements à longue portée de la coalition (B-52, avions furtifs, missiles de croisières, ...) pendant la guerre du Golfe de 1991 ont perdu toute volonté de combat et rapidement déposé les armes au début de l'offensive terrestre.

[27] Voir par exemple : SIMPKIN Richard, Race to the Swift – Thoughts on Twenty-First Century Warfare, London: Brassey's Defence Publishers, 1985, pp 19-23.

[28] DE SAINT EXUPERY, Antoine, Oeuvres – Pilote de Guerre, Paris : La Pléiade, 1953, p 307.

[29] Idem.

[30] REICHEL, Daniel, Gradus, op. cit., p. 8.

[31] Voir en particulier à ce sujet POSEN, Barry, "Command of the Commons : The Military Foundation of US Hegemony", International Security, Summer 2003, Vol 28(1), pp 5-46.

[4] Modèle générique d'application de la force militaire

[5] Approches de recours à la force

insurrection ne peut être défaite et d'autre part que l'occupant est incapable d'assurer durablement la protection des populations civiles. On retrouve ici tous les principes classiques de la lutte insurrectionnelle. Dès lors, les acteurs de la contre-insurrection, engagées sur des théâtres extérieurs depuis bientôt une décennie dans une lutte sans merci contre des insurgés difficilement saisissables, redécouvrent avec beaucoup d'engouement la valeur des expériences du passé en matière de guerres contre-insurrectionnelles.<sup>[32]</sup>

Il est intéressant de tirer ici un parallèle avec les expériences distillées quarante ans plus tôt lors de la guerre du Vietnam. Reichel avait alors notablement contribué à la rédaction de la *Revue d'Information et de Documentation* publiée à la fin des années 60 et au début des années 70 par le bureau études du groupe renseignement et sécurité du groupement de l'état-major général. Dans un style et sous une forme très similaires à celle qu'il appliquera plus tard au Service historique et au CHPM, ces documents décrivaient l'évolution de la pensée militaire à l'étranger. Dans le numéro spécial *Guerre au Viet-Nam* publié en 1967, on peut déjà y lire que « l'un des pronostics les plus courants qu'il soit donné d'entendre consiste à dire que la véritable invention, aussi insidieuse qu'efficace, consistera à fatiguer l'opinion américaine, et à provoquer un cessez-le-feu. Nul ne saurait disconvenir qu'il n'y ait une part de vérité dans cette assertion-là, néanmoins le pronostic est dangereux comme tout ce qui est incomplet. ...Quelle que soit la médiocrité de la situation au Vietnam, il y a interpénétration de forces et de modes de pensée différents; si le Vietcong donne de bonnes leçons d'infanterie, il en prend lui-même dans ce domaine technique dont la maîtrise lui permettra peut être une fois de manger à sa faim.<sup>[33]</sup> »

### ...elle reconnaît que la condition préalable et nécessaire à tout effort de stabilisation consiste en l'établissement et à la protection d'une solide structure civile.

On reconnaît sans difficultés le caractère visionnaire de cette analyse tant en rapport avec l'effet de la *manœuvre* indirecte contre l'opinion publique américaine, mais également en ce qui concerne la fantastique capacité de transition économique dont le Vietnam a fait preuve ces dernières années. Sur le plan de l'identification des éléments clés du combat de guérilla et de la lutte anti-insurrectionnelle, cette série de documents constitue une véritable mine d'informations. Au-delà des aspects purement tactiques, elle reconnaît que la condition préalable et nécessaire à tout effort de stabilisation consiste en l'établissement et à la protection d'une solide structure civile. Celle-ci permet aux populations locales d'une part de vaquer sans dangers à leurs activités et d'autre part de leur offrir des perspectives pour leur développement à moyen et long terme. On citera ici par exemple le texte suivant : « L'intervention massive de troupes américaines, en 1965, en même temps qu'elle donnait de l'air au Gouvernement de Saïgon, permit aux Américains de se rendre compte que seule une organisation territoriale réalisée en profondeur et prenant racine pouvait permettre la régénération du pays.

Ce changement d'optique se traduit par une série de plans, dont la mise en œuvre a commencé en 1966. Continuant à lutter contre le Vietcong par tous les moyens, on cherche à l'isoler, et simultanément à mettre en place des autorités civiles capables de s'imposer. Comme ces organismes civils ne s'improvisent pas, on doit les former. Actuellement on le fait en constituant des équipes d'une soixantaine de personnes, auxquelles sont confiées les tâches suivantes :

<i>Autorité communale (ou provinciale)</i>		
<i>Maintien de l'ordre</i>	<i>Administration</i>	<i>Santé et subsistance</i>
Police et sûreté	Recensement (fichiers)	Soins médicaux et alimentation
	Enregistrement des idées et des plaintes	Amélioration des méthodes de culture des champs

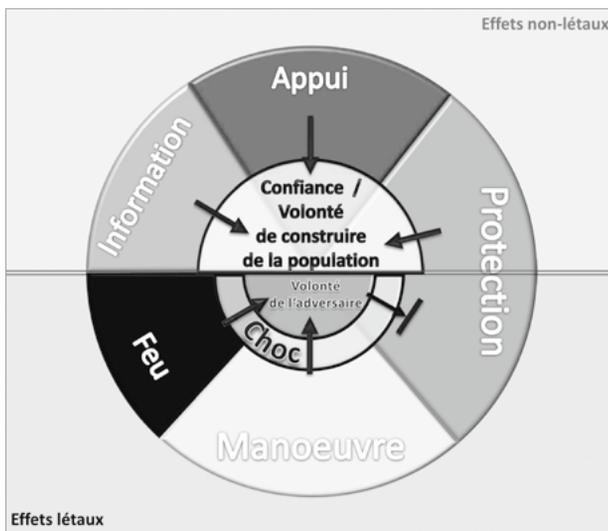
La mise en place de ces organismes, moins vulnérables que ne le seraient des magistrats isolés, s'accompagne d'un programme général d'assainissement national (électrification, transports, production etc.) au cours duquel il est prévu de rapatrier les fuyards et les déracinés.<sup>[34]</sup> »

A la lecture de ces fragments de texte vieux de plus de quarante ans, on entrevoit déjà la perspective de conflits hybrides qui fleurit aujourd'hui dans la littérature militaire contemporaine ainsi que la forme que prennent par exemple des organes tels que les *Provincial Reconstruction Teams* (PRTs) en Afghanistan<sup>[35]</sup>. La bataille d'anéantissement n'y a plus cours et le combat principal s'y déroule sur un autre champ. Il s'agit de conquérir - avec les armes bien sûr - mais surtout par le travail journalier au profit des communautés le soutien durable des populations. La morphologie de ce combat s'inscrit dans une combinaison de mesures déployant des effets létaux pour anéantir la volonté de l'ennemi et des effets non-létaux pour d'une part le convaincre de renoncer à la lutte et d'autre part gagner la confiance des populations. Le nouveau règlement de l'armée de terre américaine *FM 3-07 Stability Operations* rend compte de cette réalité dans les termes suivants : « In the conduct of full spectrum operations, an inherent, complementary relationship exists between lethal and nonlethal actions; every situation requires a different combination of violence and restraint.<sup>[36]</sup> »

### Pour méditer la guerre d'aujourd'hui, il faut élargir son horizon de pensée pour passer d'une approche traditionnelle ...

Pour méditer la guerre d'aujourd'hui, il faut élargir son horizon de pensée pour passer d'une approche traditionnelle, strictement orientée sur l'ennemi, à une approche plus large centrée sur la population. Un nouveau dosage est dès lors nécessaire que le modèle (cf **Figure 6**) tente de représenter.

Dans un tel contexte, l'aptitude du chef militaire à combiner le *feu* et la *manœuvre* pour ne laisser aucun répit à l'ennemi



[6]

demeure bien entendu primordiale. Son action doit cependant s'intégrer dans une *manœuvre* beaucoup plus large qui vise, aux côtés d'organismes gouvernementaux ou non, le soutien des populations. A cet effet, le fait d'assurer visiblement et durablement la *protection* de la population civile constitue un passage obligé pour y rétablir la confiance et rendre à nouveau possible la vie quotidienne. Parallèlement et pour renforcer ce premier effet, il importe de contribuer à l'*appui*

### Enfin...est décisif pour atteindre l'état final recherché ...

des autorités civiles pour leur permettre de répondre aux besoins des populations. Là aussi la créativité est de mise pour combiner au mieux les capacités militaires avec ceux des autres acteurs gouvernementaux ou non. Enfin, l'*information*, ou plus justement l'établissement d'un récit (appelé par les Anglo-saxons *the narrative*) susceptible d'expliquer les actions entreprises, est décisif pour atteindre l'état final recherché – gagner la confiance des populations et capitaliser sur leur volonté de (re)construire une société stable et exempte de violence. L'importance de l'*information* est soulignée par exemple dans le nouveau règlement britannique consacré aux opérations de sécurité et de stabilisation dans les termes suivants : « The narrative seeks to explain the actions of the main protagonists. Commanders should explain the purpose of their presence and develop an appropriate narrative for each audience.(...) Actions should be planned and executed to support this narrative, and not the other way around.[37] »

Ce concept d'opérations peut sembler bien éloigné de ceux en vigueur durant la guerre froide. Il ne remet cependant pas en cause les composants traditionnels de la *force* militaire ; il les articule seulement différemment en les élargissant. Méditer la guerre consiste justement à envisager un dosage adapté aux besoins du moment. Comme l'exprimait Reichel, «...ce sont toujours des proportions que l'on recherche, au cours de ces sanglants essais qui se nomment batailles, jusqu'au moment où l'on trouve un nouvel équilibre, tech-

nique, sociologique, démographique – pour ne pas dire, tout simplement, politique et militaire.[38] »

### Conclusion

La guerre ne connaît aucune forme définitive ; elle est en perpétuelle évolution. Cette contribution a essayé de démontrer qu'elle dispose néanmoins d'une grammaire fondamentale, largement invariable. Reichel a, à cet égard, notablement contribué à l'établissement d'une synthèse, d'un instrument d'analyse, susceptible de capter certains aspects de sa complexe et permanente transformation. Méditer la guerre demeure aujourd'hui encore un impératif. Dans cette réflexion, il convient de ne jamais perdre de vue que l'objectif ultime, quelle que soit la forme de combat choisie ou imposée, consiste finalement de vaincre la volonté de l'adversaire par le *choc* qu'on lui assène. Ces quelques principes invariants ayant été posés, il est essentiel de reconnaître qu'il existe un très large champ de dosages, de combinaisons possibles pour répondre, pour se préparer à répondre aux conflits d'aujourd'hui et de demain.

### ...il convient de ne jamais perdre de vue que l'objectif ultime, quelle que soit la forme de combat choisie ou imposée ...

Méditer la guerre est une activité nécessitant beaucoup de créativité et de sens critique. Elle peut, elle doit même souvent, se nourrir des expériences passées ou récentes; elle ne doit cependant jamais se laisser aller à la tentation de suivre ou d'établir un dogme, une pensée unique. Tel est cet autre enseignement fondamental que nous laisse Daniel Reichel : il n'y pas UNE solution d'école. Dès lors, un impératif s'impose à nous ; il nous faut retrouver notre liberté de *manœuvre* conceptionnelle.

[32] Sur ce sujet, voir notamment les ouvrages clés suivants : CALLWELL, Charles Edward, Colonel, *Small Wars – Their Principles & Practice*, London: His Majesty's Stationery Office, 1896; SWINTON, Ernest, Captain, *The Defence of Duffer's Drift*, *Infantry Journal*, April 1906; LAWRENCE, Thomas Edward, *Seven Pillars of Wisdom*, London: Wordsworth Classics of World Literature, 1997; MAO TSE-TUNG, *On Guerilla Warfare*, New York: Dover Publications Inc, 2005 ; PAGET, Julian, *Counter-Insurgency Campaigning*, London: Faber & Faber Limited, 1967; THOMPSON, Robert, *Defeating Communist Insurgency – The Lessons of Malaya and Vietnam*, St. Petersburg (USA-Florida): Hailer Publishing, 2005; TRINQUIER, Roger, *La Guerre moderne*, Paris: La Table ronde, 1961; GIAP, Vo Nguyen, *Guerre de Libération – Politique – Stratégie – Tactique*, Paris, Editions sociales, 1970; GALULA, David, *Contre-insurrection – Théorie et Pratique*, Paris: Economica, 2008.

[33] SERVICE DE L'ETAT-MAJOR GÉNÉRAL – Subdivision renseignements et sécurité - Bureau Études, "Numéro spécial « Guerre au Vietnam » (III)", *Revue d'information et de documentation*, 1-2/1967, p. 78.

[34] *Idem*, pp. 29-30.

[35] Voir à cet égard par exemple : KILCULLEN, David, *The Accidental Guerilla – Fighting Small Wars in the Midst of a Big One*, Oxford : Oxford University Press, 2009, p 70 ou HAMMES, Thomas X, *The Sling and the Stone – On War in the 21st Century*, Minneapolis, Zenith Press, 2006, pp 169-170.

[36] HEADQUARTERS DEPARTMENT OF THE ARMY, FM 3-07 *Stability Operations*, Washington: 2008, p. 2-3.

[37] MOD - ASSISTANT CHIEF OF THE DEFENCE STAFF (DEVELOPMENT, CONCEPTS AND DOCTRINE), *Joint doctrine publication 3-40 / Security and stabilisation: the military contribution*, London : 2009, p. 3-8.

[38] REICHEL, Daniel, *Le Feu (I)*, op. cit., p. 9.

[6] Modèle d'emploi de la force militaire dans un cadre élargi

# Afghanistan – ein umkämpftes Land

«Es sind zwei Dinge, welche in der Wirklichkeit als Motiv zum Frieden an die Stelle der Unfähigkeit zum ferneren Widerstande treten können. Das erste ist die Unwahrscheinlichkeit, das zweite ein zu grosser Preis des Erfolges»

(Clausewitz, Ullstein-Ausgabe, S. 49)

Das Jahr 2011, das zehnte Jahr des internationalen Einsatzes in Afghanistan, wird von der internationalen Gemeinschaft, der NATO und der afghanischen Regierung als entscheidend für den Fortgang des internationalen Einsatzes hervorgehoben. Für die künftige Entwicklung Afghanistans ist der Beschluss der NATO von Ende November 2010 beim Gipfel in Lissabon von zentraler Bedeutung, in naher Zukunft, bereits dieses Jahr, in einigen Provinzen oder Distrikten die Verantwortung für die Sicherheit vollständig an die afghanischen Sicherheitskräfte (ASF) zu übergeben. Dies trotz der in weiten Teilen des Landes schwierigen Sicherheitslage.

## Klaus Olshausen

Dr., Generalleutnant a.D.; Präsident der Clausewitz-Gesellschaft e.V. Einsteinplatz 1, D-53340 Meckenheim, Deutschland.  
E-Mail: k1ols@aol.com

Mit den am 11. März 2011 getroffenen Entscheidungen der NATO bzw. der 48 TCN<sup>[1]</sup>, die von Präsident Karzai am 22. März bestätigt worden sind, beginnt ein Prozess, der euphemistisch als «Übergabe in Verantwortung» bezeichnet wird. Das soll mit einer äusserst schwach legitimierten Regierung erfolgen, die Ende 2010 durch den vernichtenden Bericht über die Parlamentswahlen mit einem Drittel ungültiger Stimmen weiter an Glaubwürdigkeit verloren hat. Dies auch deshalb, weil ihre Leistungen keineswegs überzeugen, ganz zu schweigen von der verbreiteten Korruption. Das verstärkt die Ernüchterung und die Zweifel an diesem verhandelten Prozess bei vielen Regierungen und Parlamenten, aber vor allem in der Bevölkerung jener Staaten, die Truppen für die ISAF stellen. In Kenntnis dieser Lage verbinden mehrere Gruppen militanter Gegner, vor allem Taliban und Al Qaida, ihr fortgesetztes skrupelloses gewalttätiges Handeln mit sehr geschickter strategischer Kommunikation in die politisch schwankenden Länder. Denn die Taliban und andere Extremisten werden wissen, dass Nordvietnam den Krieg gegen die USA nicht in Vietnam sondern in den USA gewonnen hat. So könnte eintreten, dass die NATO (für die internationale Gemeinschaft) den Kampf gegen die Aufständischen nicht in Afghanistan sondern in ihren Heimatländern verliert.

Denn bei den absehbaren Gegebenheiten ist es durchaus offen, wenn nicht

**So könnte eintreten, dass die NATO  
(für die internationale Gemeinschaft)  
den Kampf gegen die Aufständischen  
nicht in Afghanistan sondern  
in ihren Heimatländern verliert.**

fraglich, ob die internationale Gemeinschaft im allgemeinen und die NATO-Staaten und ihre Partner im besonderen den Willen haben und behalten, eine «Übergabe in Verantwortung» durchzuhalten oder ob die weitere Entwicklung nicht eher auf eine möglichst rasche Abgabe der (belastenden) Verantwortung oder gar einer Flucht aus derselben hinauslaufen wird. Diese skeptische Einschätzung wird durch einen Vergleich der Erklärungen beim NATO Gipfel in Lissabon mit den Formulierungen z. B. bei der Mandatsverlängerung für die deutsche Bundeswehr durchaus bestätigt. Die Situation wird noch dadurch verschärft, dass Präsident Karzai Anfang März 2011 erneut – wie schon einmal im Mai 2007<sup>[2]</sup> – die NATO aufforderte, ihre »militärischen Aktionen einzustellen.« Alle Elemente dieser Momentaufnahme und Fragestellung geben ausreichend Anlass, die bisherige Entwicklung erneut unter die Lupe zu nehmen und aus unterschiedlichen Blickwinkeln Aspekte für das Morgen aufzuzeigen.

### Geopolitische und geostrategische Aspekte

Aus einer geostationären Umlaufbahn erkennt man Afghanistan als eine begrenzte Landfläche mit hohen Gebirgsketten, ohne Zugang zu den Meeren, die heute nur noch im äussersten Osten direkt an eine Grossmacht, China, grenzt. Nach dem Rückzug der sowjetischen Truppen 1989 fand dieses Gebiet unter geostrategischen Aspekten weder bei der Weltmacht Amerika noch bei anderen Grossmächten und den westeuropäischen Staaten besondere Beachtung. Man registrierte den langjährigen Bürgerkrieg, dann die brutale Herrschaft der Taliban fast über das ganze Land und schenkte der Präsenz von Al Qaida Kämpfern politisch kaum erkennbare, geschweige denn nachhaltige Aufmerksamkeit, selbst nach den Anschlägen auf die U.S. Botschaft in Nairobi (1998) und den Raketenzerstörer USS «Cole» in Hafen von Aden (2000).

Erst die massiven Terror-Angriffe von Al Qaida in New York und Washington D.C. am 11. September 2001 und die Antwort der USA als Akt der Selbstverteidigung unter Artikel 51 der UNO-Charta mit der Operation ENDURING FREEDOM rückten Afghanistan politisch und militärisch zurück in den Fokus der Staatenwelt. Mit unterschiedlichen Kräften unterstützten alle Verbündeten der NATO, eine Reihe von Partnerstaaten sowie Australien und Neuseeland diesen militärischen und politischen Einsatz ab Oktober 2001. Auch Japan unterstützte das amerikanische Vorgehen im Rahmen dieser grossen Koalition. Während die Grossmächte China und Russland die einschlägigen Resolutionen des UN Sicherheitsrates unterstützten, begannen beide relativ früh mit einer Analyse über die geopolitischen Konsequenzen für den Fall, dass die USA längerfristig politisch und militärisch von Zentralasien über Afghanistan und Pakistan bis zum Indischen Ozean/präsent sein würden.

### Parallel zur erfolgten politisch militärischen Ausschaltung des Taliban-Regimes ... wurde ... für die politische Zukunft Afghanistans der sogenannte Petersberg Prozess auf den Weg gebracht.

Parallel zur erfolgten politisch militärischen Ausschaltung des Taliban-Regimes noch im November 2001 wurde Anfang Dezember 2001 für die politische Zukunft Afghanistans der sogenannte Petersberg Prozess auf den Weg gebracht. Damit wurden auch die EU und ihre Mitgliedstaaten in diesem Raum stärker präsent. Mehr als neun Jahre später kann festgestellt werden, dass geopolitisch die Einwirkungen der Weltmacht USA und aller Grossmächte in diesem Raum mit ihren jeweils eigenen Interessen und Zielen auf absehbare Zeit erhalten bleiben werden. Diese geopolitische Tatsache wird bei allen internationalen und vielen bilateralen Entscheidungen für das weitere Handeln in und für Afghanistan als Einflussgrösse zu berücksichtigen sein. Dies nicht zuletzt deshalb, weil sowohl seine inzwischen prognostizierten Rohstoffvorkommen als auch sein Potenzial als Transitland für Erdgas zusätzliche Aufmerksamkeit schaffen.

### Zum internationalen Engagement

Das Engagement der internationalen Gemeinschaft in und für Afghanistan erfolgte von Anfang an in sehr unterschiedlichen Konstellationen. Die Erkenntnis, dass man die afghanische Bürgerkriegsentwicklung und das seit 1996 zunehmende Zusammenspiel von Taliban und Al Qaida vernachlässigt bzw. als «quantité négligeable» behandelt hatte (trotz der eindeutigen Resolution 1267 des UN Sicherheitsrates vom 15.10.1999), kam zu spät. Sie generierte nach dem 9. September 2001 Aktivitäten und einen Aktionismus vielfältiger Gruppierungen mit dem teilweise überhöhten Ziel, die Ende 2001 gebildete Übergangsregierung Karzai nicht nur auf den Weg zu bringen, sondern mit, durch und über sie ein neues demokratisches Afghanistan zu schaffen. Dies sollte ein Afghanistan werden, in dem Fanatismus, Extremismus oder gar Al Qaida-Terrorismus keine Chance mehr haben. Derartige Vorstellungen wurden aber nie systematisch auf ihre Realisierbarkeit geprüft. Dagegen wurden z. B. auf einer Tagung der G8-Staaten Ende 2001 lediglich breite Aufgabengebiete der Unterstützung benannt, für die einzelne Nationen die Verantwortung und praktische Arbeit übernehmen wollten. Dies ist ein besonders krasses Beispiel dafür, dass der politische Gesamtzweck sehr diffus blieb und die jeweiligen komplexen Ziele in den Aufgabengebieten wie Justizwesen (Italien), Polizeiaufbau (Deutschland), Armeeaufbau (USA) usw. weder von den einzelnen Staaten noch gar gemeinsam nachvollziehbar festgelegt wurden. Folgerichtig gab es in den Staaten und bei den G8 gemeinsam keine klaren Vorstellungen über die jeweiligen umfangreichen und vielfältigen Mittel und Fähigkeiten, die dazu benötigt würden. Damit blieben die drei Erkenntnisse des Carl von Clausewitz, nämlich einen politischen Zweck, Zielsetzungen und adäquate Mittel für die Bewältigung komplexer und dynamischer Herausforderungen zu definieren, auf der Strecke (s. Clausewitz, Vom Kriege, Ullstein Ausgabe, S. 659).

Alle seither in regelmässigen Abständen erfolgten internationalen Konferenzen – zuletzt in London und Kabul im Januar bzw. Sommer 2010 – mit dem Ziel, wenigstens stabile(re) Verhältnisse in Afghanistan zu schaffen und dadurch letztlich der Region näher zu kommen, beschränkten sich auf hehre Aufrufe für Aufbau, Regierungsführung und Stabilität. Sie riefen ferner nach erheblichen Summen, die für diesen Aufbau geordneter Staatlichkeit in allen Bereichen verfügbar gemacht werden sollten. Aber die Vielfalt und Vielzahl der internationalen Akteure, der bilateralen Programme und der unzähligen NGOs mit ihren jeweiligen Projekten, überfordern die afghanische (Übergangs-)Regierung. Sie sind auch Ursache für viel unkoordiniertes Handeln in Regionen und Distrikten, in Städten und Dörfern. Auch liegen hier Quellen für die allseits beklagte Korruption.

Die Verschlechterung der Sicherheitslage im Sommer und Herbst 2009 in wichtigen Landesteilen führte in mehreren Ländern der Staatengemeinschaft zu neuen Analysen und Entscheidungsprozessen. In Deutschland präziserte die Bundesregierung einerseits die Einsatzregeln für die unter ISAF eingesetzten Soldaten (Taschenkarte im Frühsommer 2009, die offensives Handeln zur Durchsetzung des Auftrags nicht

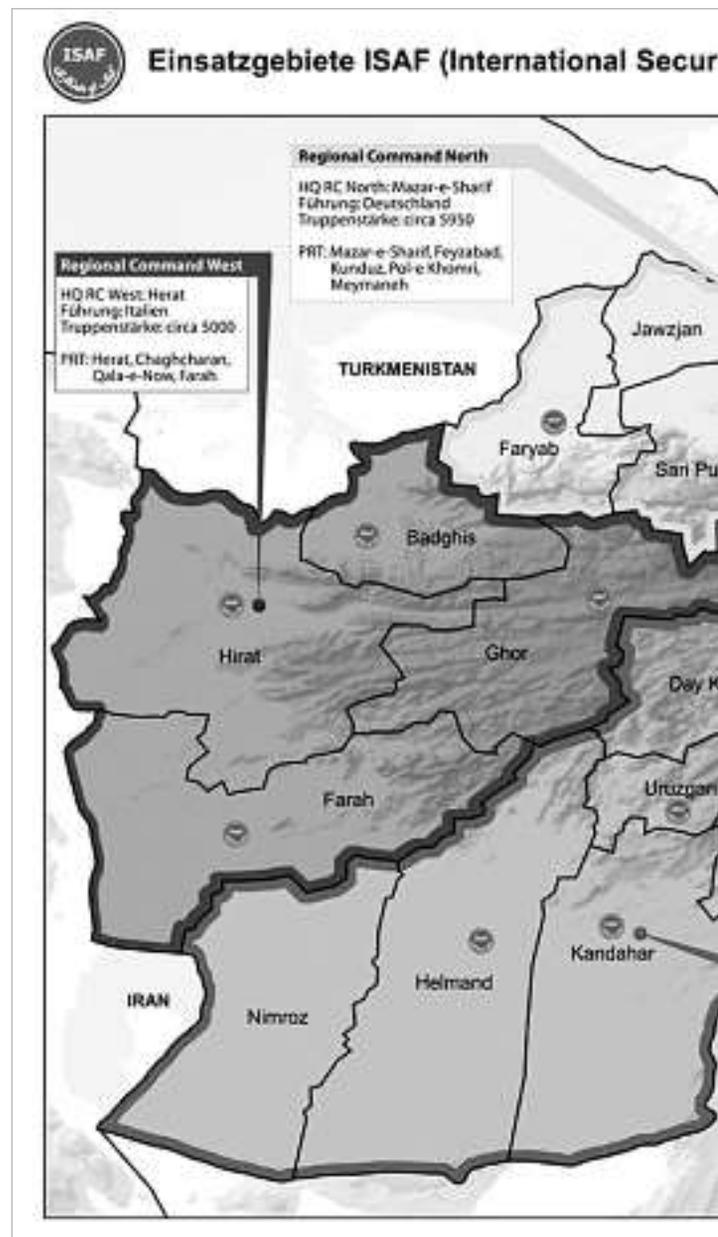
[1] Troop Contributing Nation.

[2] Abschied von Afghanistan – afghanischer Abschied, Europäische Sicherheit, Nr. 7, Juli 2007, S. 18 f.

nur als Selbstverteidigung und Nothilfe ermöglichte). Dies vor allem wegen wiederholten Raketenangriffen auf deutsche Soldaten im Lager sowie auf Patrouillen. Andererseits wurde innenpolitisch alles getan, um eine kontroverse Debatte zur deutschen Beteiligung am Einsatz der NATO in Afghanistan aus dem beginnenden Bundestagswahlkampf herauszuhalten. Parallel dazu markierte der personelle Wechsel des ISAF-Oberbefehls von General McKiernan zu McChrystal den Beginn einer inneramerikanischen Diskussion zum Krieg in Afghanistan (der von den USA immer so bezeichnet worden ist). Diese erreichte ihren Höhepunkt Ende September 2009, als ein kritischer Bericht von General

### Statt diese Situation für eine intensive gemeinsame Erörterung in der Allianz ... zu nutzen, verlegten sich die Gremien der Allianz und die Bundesregierung aufs Abwarten.

McChrystal von der Washington Post veröffentlicht wurde. Statt diese Situation für eine intensive gemeinsame Erörterung in der Allianz insgesamt, aber auch in Deutschland (zumindest nach dem Wahltag am 27. September 2009) zu nutzen, verlegten sich die Gremien der Allianz und die Bundesregierung aufs Abwarten. Als am 1. Dezember 2009 Präsident Obama in einer Rede vor den Kadetten an der Militärakademie von West Point seinen Entscheid zur erneuten, drastischen Verstärkung der amerikanischen Truppen und zur massiven Erhöhung der materiellen und personellen Unterstützung («civil surge») der Regierung in Kabul vorstellte, reagierten die Europäer mit der Betonung des nicht-militärischen Teils, zeigten aber wenig bis keine Bereitschaft, auch den militärisch erforderlichen Teil zum notwendigen Schutz der afghanischen Bevölkerung annähernd im gleichen Verhältnis wie die USA zu erhöhen. Vor allem innenpolitische Aspekte veranlassten die deutsche Bundesregierung, ihre Entscheidungen bis kurz vor der Londoner Konferenz am 28. Januar 2010 aufzuschieben und immer wieder zu betonen, dass es sich nicht um eine «Truppenstellerkonferenz» handle. Die Stärkung der zivilen Massnahmen der internationalen Gemeinschaft und aller beteiligten Staaten und vor allem der Ruf nach einer gesteigerten und deutlich verbesserten Regierungsführung Karzais auf allen Gebieten wurden ein weiteres Mal beschworen. Die inzwischen erfolgte Umstrukturierung des deutschen Kontingents mit bisher nur zwei der ursprünglich drei geplanten «Ausbildungs- und Schutzbataillone» von insgesamt 1400 deutschen Soldaten, in Zusammenarbeit mit der afghanischen Armee, war auch notwendig, um dem Eindruck entgegenzuwirken, dass die zusätzlichen 5000 amerikanischen Soldaten in der ISAF-Nordregion nun das allein entscheidende Element für den Kampf gegen die Aufständischen und den Schutz der Bevölkerung bilden würden. Dass diese deutsche Absicht mit Blick auf eine möglichst breite Zustimmung durch den Bundestag als rein defensiv, ja reaktiv dargestellt wurde, verschleierte den offensiven Teil der Aufgabe. Die mit Blick auf den wirksamen Schutz der afghanischen Bevölkerung initiativ betriebene Rückgewinnung z. B. von Char Darah im Grossraum Kunduz und Teilen der Provinz Baghlan hat inzwischen gezeigt, dass ein erfolgreiches «Partnering» mit den Afghanischen Si-



[1]

cherheitskräften ohne diesen offensiven Akzent nicht realistisch wäre. Schon der im März 2010 durchgeführte Einsatz der ISAF-Truppen und der afghanischen Sicherheitskräfte in Marjah sowie der inzwischen fast acht Monate anhaltende Kampf im Raum Kandahar haben unterstrichen, dass der erfolgreiche Schutz der Bevölkerung, das Zurückdrängen, ja Ausschalten der verschiedenen militanten Gegenkräfte nur durch einen gemeinsamen Kampf der afghanischen Sicherheitskräfte und ISAF möglich ist.

#### Zum regionalen Umfeld

Alle sechs Nachbarstaaten Afghanistans haben bezüglich des schwierigen Staates am Hindukusch eigene Ansatzpunkte und Interessen. Das komplizierteste Verhältnis besteht mit dem Nachbarn Pakistan. Die Staatsgrenze ist in der Praxis eine durchlässige Linie für alle Stämme und Familien der Paschtunen, die beiderseits der so genannten Durand-Linie von 1893 leben. Diese war von den britischen Kolonialherren ohne Rücksicht auf Ethnien oder Stämme festgelegt worden.



Die autokratischen Regierungen dieser Staaten wissen sehr wohl, dass ein Scheitern der internationalen Gemeinschaft in Afghanistan auch in ihren Ländern den Vormarsch der extremistischen Islamisten massiv befördern könnte.

### Die autokratischen Regierungen dieser Staaten wissen sehr wohl, dass ein Scheitern der internationalen Gemeinschaft in Afghanistan auch in ihren Ländern den Vormarsch der extremistischen Islamisten massiv befördern könnte.

Ein stark ambivalentes Verhältnis hat der Iran zum heutigen Afghanistan im allgemeinen und der jetzigen Lage im besonderen. Der Iran hat in den Jahren nach 1996 das Taliban-Regime kritisch, bis ablehnend behandelt. Dies nicht nur wegen der über 1,5 Millionen Flüchtlinge, die im Iran Zuflucht suchten. Insofern war der Sturz der Taliban Ende 2001 durchaus erwünscht. Ganz anders beurteilt der Iran allerdings die anhaltende militärische und politische Präsenz der USA in der Region. Für den Iran bedeutet diese im Grundsatz eine Zweifrontenlage, neben dem harten Widerstand der USA und den UN gegen sein Nuklearprogramm. Die derzeitige Politik des Iran widerspiegelt diese Diskrepanz. Einerseits unterhält der Iran gute Beziehungen zur Regierung Karzai, andererseits belegen NATO Erkenntnisse, dass die islamistischen Extremisten in Afghanistan vom Iran unterstützt werden. Daraus kann man folgern, dass der Iran das kurzfristige Interesse, die USA dort militärisch gebunden zu wissen, über sein längerfristiges Interesse einer gefestigten Stabilität in der Region stellt, die seinen Einfluss als Regionalmacht deutlich erhöhen könnte.

Obschon Indien keine direkte Grenze mit Afghanistan hat, erhöht sein Konflikt mit Pakistan über Kaschmir und wegen der von Pakistan aus operierenden islamistischen Terroristen sein Interesse an einer Regierung in Kabul, die nicht von Pakistans Gnaden ist. Eine befreundete Regierung in Kabul könnte Pakistan dessen weiterhin angestrebte «strategische Tiefe» erschweren, ja verwehren.

China hat nur eine sehr schmale gemeinsame Grenze mit Afghanistan im äussersten Osten des Landes. Obwohl es bisher alle Resolutionen des UN Sicherheitsrates zu Afghanistan unterstützt hat, nimmt es an den politischen und militärischen Massnahmen zur Stabilisierung Afghanistans nicht unmittelbar teil. Um so nachhaltiger nutzt es die Präsenz der internationalen Truppen in Kabul und den Regionen, um seine wirtschaftlichen Aktivitäten auszubauen. Es sichert damit seine Interessen an den Rohstoffen des Landes, ohne sich den Unmut der Bevölkerung wegen militärischer Einsätze – mit Verlusten unter der afghanischen Zivilbevölkerung – zuzuziehen.

#### Operativ-taktisches Handeln im Land selbst

Während nie jemand ernsthaft behauptet hat, dass es eine militärische Antwort für die erfolgreiche Stabilisierung Afghanistans, die viel beschworene «selbsttragende Stabilität», oder gar für die Region geben könne, gab es doch zwei An-

sätze, wie militärische Massnahmen zum Erfolg einer gewählten afghanischen Regierung beitragen.

Der erste war eine Konsequenz aus der Operation ENDURING FREEDOM der amerikanisch geführten breiten Koalition. Dabei war die Hoffnung und Erwartung die, dass nach Bildung der Übergangsregierung Karzai und nach Beginn eines möglichst demokratisch geleiteten Prozesses für eine zentral geführte afghanische Regierung nur noch gezielte Aktionen gegen militante Führer und Gruppen erforderlich sein würden. Vor allem gegen jene, die die Ausdehnung der von den Afghanen mehrheitlich befürworteten Autorität einer zentralen Regierung heftig attackierten.

Der zweite entstand im Zusammenhang mit der Übernahme von ISAF durch die NATO im August 2003, zunächst begrenzt auf den Raum Kabul. Der UN-Sonderbeauftragte Lakhdar Brahimi und andere forderten von der NATO eine militärische Präsenz über Kabul hinaus zwecks Unterstützung der Zentralregierung bei der Bildung von sogenannten «Leuchttürmen» im ganzen Land. Dass solche Leuchtturm-Vorstellungen bei den beteiligten Nationen wenig Zutrauen auslösten, lässt sich an einem mehr als drei Jahre dauernden Prozess ablesen. Solange benötigte die Allianz, um wenigstens für diese minimalisierte militärische Leuchtturm-Präsenz im Norden, Westen und erst im Herbst 2006 im Süden und Osten die erforderlichen Truppenkontingente – von inzwischen insgesamt 48 beteiligten Nationen – bereitzustellen.

Beide Ansätze beruhten letztlich auf der Annahme einer «Bestfall-Entwicklung» hinsichtlich der erfolgreichen Ausweitung der Regierungsfähigkeit und der legitimen Autorität der Regierung Karzai. Diese Annahme stellte sich in den vergangenen Jahren mehr und mehr als irrig heraus. Zwar sind die militanten Extremisten der Taliban und andere extremistische Gruppen nicht landesweit präsent. Aber gerade im Süden, Osten und einigen Distrikten im Norden des Landes beherrschten sie bis Herbst 2010 wesentliche Teile von Distrikten und Provinzen. Auch heute bringen sie mit Gewaltakten und Einschüchterung Unruhe und Angst unter grosse Teile der Bevölkerung. Sie verhindern so eine kontinuierliche Aufbau- und Regierungsleistung der von Kabul eingesetzten bzw. gesteuerten Amtsträger.

### ... letztlich waren es – wieder einmal – vor allem die Amerikaner, die diesen Teil der «neuen Strategie» mit einer erheblichen Verstärkung der Truppen umsetzten.

Seit den Entscheidungen von Präsident Obama Anfang Dezember 2009 und den Beschlüssen der Londoner Konferenz Ende Januar 2010 ist der militärische Einsatz auf den Schutz der Bevölkerung fokussiert. Dies insbesondere in den gefährdeten bzw. noch von Aufständischen beherrschten Bevölkerungszentren. Da die afghanischen Sicherheitskräfte, Armee und Polizei, dazu noch nicht in der Lage waren und sind, war eine Erhöhung der internationalen Truppenpräsenz zwingend nötig. Dieses Erfordernis war zwar allen NATO-Nationen bewusst, aber letztlich waren es – wieder einmal - vor allem die



[2]

Amerikaner, die diesen Teil der «neuen Strategie» mit einer erheblichen Verstärkung der Truppen umsetzten. Die deutsche Regierung beschritt aufgrund der innenpolitischen Lage und dem Bemühen um breite parlamentarische Unterstützung einen mittleren Weg. Für sie rückten eine drastische Erhöhung der Mittel für den zivilen Aufbau und eine verbesserte afghanische Regierungsführung in den Mittelpunkt. Die zunächst erörterte Erhöhung der Truppenpräsenz um bis zu 2.500 Soldaten wurde auf 540 Soldaten begrenzt. Allerdings kam man dem amerikanischen Ansatz und dem dafür erzielten Konsens der Allianz dadurch entgegen, dass man aus der Gesamtzahl des Kontingents ca. 1400 Soldaten für zwei sogenannte «Ausbildungs- und Schutzbataillone» zur Ausbildung der afghanischen Armee konzipierte. Zusammen mit diesen sollte der Schutz der Städte und Dörfer, insbesondere in der Provinz Kunduz und Teilen von Baghlan erfolgen. Damit wird seit dem Frühsommer 2010 ein Beitrag dazu geleistet, dass Gebiete, aus denen Taliban zurückgedrängt wurden, auch gehalten werden können. Nur wenn und wo dies gelingt, kann die verstärkte zivile Hilfe Deutschlands und der internationalen Gemeinschaft – vorrangig durch afghanische Regierungsstellen - nachhaltig eingesetzt werden. In den zurückliegenden 10 Monaten hat der neue Ansatz in der Provinz Helmand und Kandahar, aber auch um Kundus und in Baghlan im Norden Fortschritte ermöglicht. Extremisten konnten zurückgedrängt und der Schutz der Bevölkerung und der Aufbauarbeiten verbessert werden. Aber noch immer zeigt sich, dass eine überzeugende Regierungsleistung fehlt und die militanten oppositionellen Kräfte nicht einfach klein beigegeben.

Die inzwischen erzielten Ergebnisse und Eindrücke des veränderten zivil-militärischen Vorgehens können nicht über

die insgesamt schwachen zivilen Strukturen der Regierung Karzai im Lande hinweg täuschen.

#### **Inteqal = Transition**

In den Märztagen 2011 wurden die ersten Entscheidungen und Massnahmen, die am NATO Gipfel in Lissabon Ende November 2010 initiiert worden waren, konkretisiert. Am 11. März haben die Verteidigungsminister der NATO und der 20 bei ISAF beteiligten Partnerstaaten im Beisein des afghanischen Verteidigungsministers Wardak die zwischen NATO und der afghanischen Regierung erarbeiteten Vorschläge zur Übergabe erster Regionen und Städte in die afghanische

### **Am 22. März verkündete Präsident Karzai diese ersten Schritte hin zur schrittweisen Kontrolle und Gewährleistung der Sicherheit für die Afghanen durch die afghanischen Sicherheitskräfte.**

Sicherheitsverantwortung gebilligt. Am 22. März verkündete Präsident Karzai diese ersten Schritte hin zur schrittweisen Kontrolle und Gewährleistung der Sicherheit für die Afghanen durch die afghanischen Sicherheitskräfte. Dabei handelt es sich um die Provinzen Bamian und Panjshir, die Städte Herat, Mazar-i-Sharif und Laskar Gah, sowie wesentliche Teile der Provinz rund um die Hauptstadt Kabul. In all diesen Ge-

[2] Ein Scharfschütze der afghanischen Sicherheitskräfte mit dem Scharfschützengewehr G82 (Foto Bundeswehr).



[3]



[4]



[5]

bieten – so die New York Times vom 14. März – die bereits relativ stabil seien, sind wenige amerikanische Truppen stationiert. Kurzfristig fügte Karzai noch den Distrikt Metharlam im Osten hinzu. In diesen Gebieten wird voraussichtlich ab Juni 2011 ein Entwicklungsvorgang ablaufen, der sich an vielen vorher vereinbarten Kriterien orientiert. Dass kaum mit Resultaten von heute auf morgen zu rechnen ist, ergibt sich aus einem NATO Bericht. Demnach kann dieser Prozess in diesen Gebieten bis zu 12, sogar 18 Monate dauern.

Verteidigungsminister Gates hat deshalb seine Kollegen mit Nachdruck aufgefordert, nicht so viel von baldiger Truppenreduzierung oder gar Rückzug zu sprechen, sondern sich weiter auf die schwierige Arbeit für den Erfolg zu konzentrieren.

Dem stehen innenpolitische Gegebenheiten und Überlegungen in den meisten NATO-Staaten, auch in den USA entgegen. Letzte Umfragen in den USA zeigen, dass über 60% der Befragten den Einsatz in Afghanistan früher beendet sehen möchten. Ob der Stellvertretende SACEUR bei der Aufforderung zur Verlagerung von Truppen in andere Regionen Afghanistans, wo diese noch dringender gebraucht werden,

die erforderlichen positiven Antworten der Nationen erhält, ist deshalb mehr als fraglich.

Jede Reduzierung, die von einem aus der Heimat bestimmten Terminkalender statt den konkreten Bedingungen im Einsatzgebiet gesteuert wird, birgt die Gefahr in sich, dass die Taliban und andere militante Kräfte nur darauf warten, bis die internationale Truppe mit wesentlichen Teilen aus wichtigen Gebieten abrückt. Dies in der Hoffnung, danach die absehbar schwache afghanische Regierung mit ihren nicht ausreichend ausgebildeten und ausgerüsteten Sicherheitskräften massiv anzugreifen und eigene islamistische diktatorische Herrschaftsstrukturen Stück für Stück wieder aufzubauen. Trotz allen Hinweisen der NATO und der UN auf die zahlreichen Verbesserungen im letzten Jahr, betonen General Petraeus und Verteidigungsminister Gates immer wieder, dass die Lage sehr fragil und nicht unumkehrbar ist.

Es mag an dieser Stelle bedeutsam sein, auf zwei Eckpfeiler der Allianz hinzuweisen:

Erstens auf den Grundsatz jedes kollektiven Kriseneinsatzes: «Gemeinsam rein, gemeinsam raus» und zweitens auf



[6]

die zu Beginn ihres ausgeweiteten Einsatzes in Afghanistan formulierte Erkenntnis der NATO, «dass der Abzug (exit strategy) der Truppen vom erfolgreichen Aufbau glaubwürdiger, professioneller und legitimer afghanischer Sicherheitsstrukturen abhängt». Dabei ist den Mitgliedstaaten und den Partnerstaaten der ISAF klar, dass nach über sechs Jahren jeder tragfähige Erfolg dieses sicherheitsrelevanten Beitrags der Allianz entscheidend davon abhängt, dass die vielfältigen nichtmilitärischen Aktionen und die Aufgaben der Afghanen selbst endlich zielgerichtet koordiniert, klarer priorisiert und effektiver durchgeführt werden. Dazu sind sowohl die Regierung in Kabul, die Regionen und Distrikte als auch die internationale Gemeinschaft mit mehr als 2000 Akteuren stark gefordert. Es sind Aufgaben, die Obama in seinem Programm vom Dezember 2010 mit dem notwendigen «civil surge» nachhaltig unterstrichen hat. Jeder Mangel in diesen Bereichen begünstigt die Taliban, stärkt deren Einfluss auf die notleidende Bevölkerung und erschwert die Auftrags Erfüllung der NATO.

### ... betonen General Petraeus und Verteidigungsminister Gates immer wieder, dass die Lage sehr fragil und nicht unumkehrbar ist.

Das schwierige Vorhaben der internationalen Gemeinschaft, an dem sich Deutschland in den militärischen und nichtmilitärischen Aufgaben vielfältig beteiligt, wird von der deutschen Bevölkerung (wie in vielen Truppen stellenden Staaten) skeptisch und in seinem militärischen Teil weitgehend ablehnend beurteilt. Deshalb ist es erforderlich, die in Teilen Afghanistans kriegsähnlichen Zustände offen anzusprechen und die damit verknüpften Herausforderungen zu erläutern. Vor allem ist es aber geboten, der Bevölkerung in den Heimatländern der Truppensteller gründlich und mit klaren Worten den Sinn und Zweck der gemeinsamen zivilen und militärischen Anstrengungen in Afghanistan zu erklären. In einer Zeit des wachsenden islamistischen Extremismus in dieser unruhigen Region ausreichend Stabilität zu schaffen, dient letztlich unserer eigenen Sicherheit. Dass ein zweites Taliban-Regime und Terroristenlager in Afghanistan und Pakistan nicht nur für Zentralasien, Russland und Indien oder die Golfstaaten, sondern auch für Deutsche und alle Europäer eine erhebliche Gefahr darstellen (können), ist offensichtlich nicht allen verständlich. Und wer erinnert sich noch daran, dass die von vielen Kommentatoren und Politikern so häufig zitierte Weltgemeinschaft in der Resolution 1267 des UN



[7]

Sicherheitsrates bereits 1999 (!) mit Blick auf Afghanistan bekräftigt hat, «dass die Unterdrückung des internationalen Terrorismus essenziell ist, um die internationale Sicherheit und den Frieden aufrechtzuerhalten».

Nach dem Fortschrittsbericht der deutschen Bundesregierung und der Überprüfung des Afghanistaneinsatzes durch die Obama Administration im Dezember 2010 wird mit dem Plan zur schrittweisen Übergabe erster Regionen in afghanische Verantwortung, unterstützt von der NATO, das Risiko deutlich, dass eine Truppenverringerung zunehmend an Eigendynamik gewinnen könnte. Dies vor allem unter dem Gesichtspunkt, dass erste Elemente bereits 2011 und alle «Kampftruppen» bis 2014 abgezogen werden sollen. Das wiederum könnte bedeuten, dass die NATO als Ganzes und/oder einzelne Nationen den heutigen Zustand in Afghanistan, aber vermutlich auch jenen in vier Jahren dergestalt schildern und bewerten, dass er ihnen als willkommene Rechtfertigung für einen «Rückzug» ihrer Kontingente dient.

Im ungünstigen Fall würde dies bedeuten, dass alle Truppen, also auch Ausbilder und Berater der afghanischen Armee und Polizei, sowie viele internationale Helfer, das Land ebenfalls verlassen. Keine Regierung truppenstellender Nationen wird es sich leisten können, Soldaten und Helfer in einem Afghanistan zu belassen, dessen Gefährdungslage so hoch bleibt wie zur Zeit oder gar noch zunimmt. Dies vor allem dann, wenn die «Kampftruppen» abgezogen würden.

Dann würde aus der «Übergabe in Verantwortung» ein Rückzug. Die Strategie der Eindämmung wäre dann wohl gescheitert. Erst drastische und direkte, negative Folgen für die Sicherheit von Mitgliedstaaten der Allianz (die sich niemand wünscht), werden eine solche Entwicklung verhindern können und gegebenenfalls zu einem erneuten Kräfteinsatz führen (müssen).

[3] Für Aufklärungsflüge werden in Afghanistan von der Bundeswehr auch unbemannte Flugzeuge, hier des Typs Heron eingesetzt (Foto Bundeswehr).

[4] Die Bundeswehr setzt in Afghanistan auch einige Panzerhaubitzen 2000 mit dem Kaliber 155 mm für gezieltes Einzelfeuer ein (Foto Bundeswehr).

[5] Lance Corporal Miranda McClain vom 3. Bataillon des 5. Regimentes des U.S. Marine Corps mit weiteren Marines in der Helmand Provinz in Afghanistan (Foto USMC).

[6] Im März 2011 besuchte der neue deutsche Verteidigungsminister Dr. Thomas de Maizière erstmals Afghanistan – hier in der Region Feyzabad (Foto Bundeswehr).

[7] Ein Unteroffizier der 101. Airborne Division des U.S. Heeres bei einem Einsatz in der Kunar Provinz in Afghanistan (Foto U.S. Army).

# Der Georgien-Krieg 2008 aus militärstrategischer Sicht

«Wenn du den Feind und Dich selber kennst,  
brauchst Du den Ausgang von hundert Schlachten nicht zu fürchten.»

(Sun Tzu, Die Kunst des Krieges, 3. Kap.)

«Unter gleich Starken gilt das Recht,  
unter ungleich Starken aber gilt das Recht des Stärkeren.»

(Thukydides, Der Peloponnesische Krieg, V, 89)

«Niemals wird man sehen, dass ein Staat, der in der Sache eines anderen auftritt, diese so ernsthaft nimmt wie seine eigene. Eine mässige Hilfsarmee wird vorgesandt; ist sie nicht glücklich, so sieht man die Sache ziemlich als abgemacht an und sucht so wohlfeil als möglich herauszukommen.»

(Clausewitz, Vom Kriege, VIII. Buch, 6. Kapitel)

Im August 2008 brach im Kaukasus ein kurzer, aber heftiger Krieg zwischen Georgien und Russland aus, der die Welt erschütterte. Vom Westen wenig beachtet führten lang dauernde Spannungen im Zusammenhang mit der ungelösten Frage der Stellung Südossetiens und Abchasiens sowie dem stark prowestlichen Kurs Georgiens unter Präsident Micheil Saakaschwili zum Krieg mit Russland.

Matthias Kuster <sup>[1]</sup>

Oberst i Gst; selbständiger Rechtsanwalt; Stab operative Schulung, Mitglied des Internationalen Instituts für Strategische Studien (IISS), Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft, Sektion Schweiz; Bahnhofstrasse 24, 8001 Zürich. E-Mail: mkuster@anwaltkuster.ch

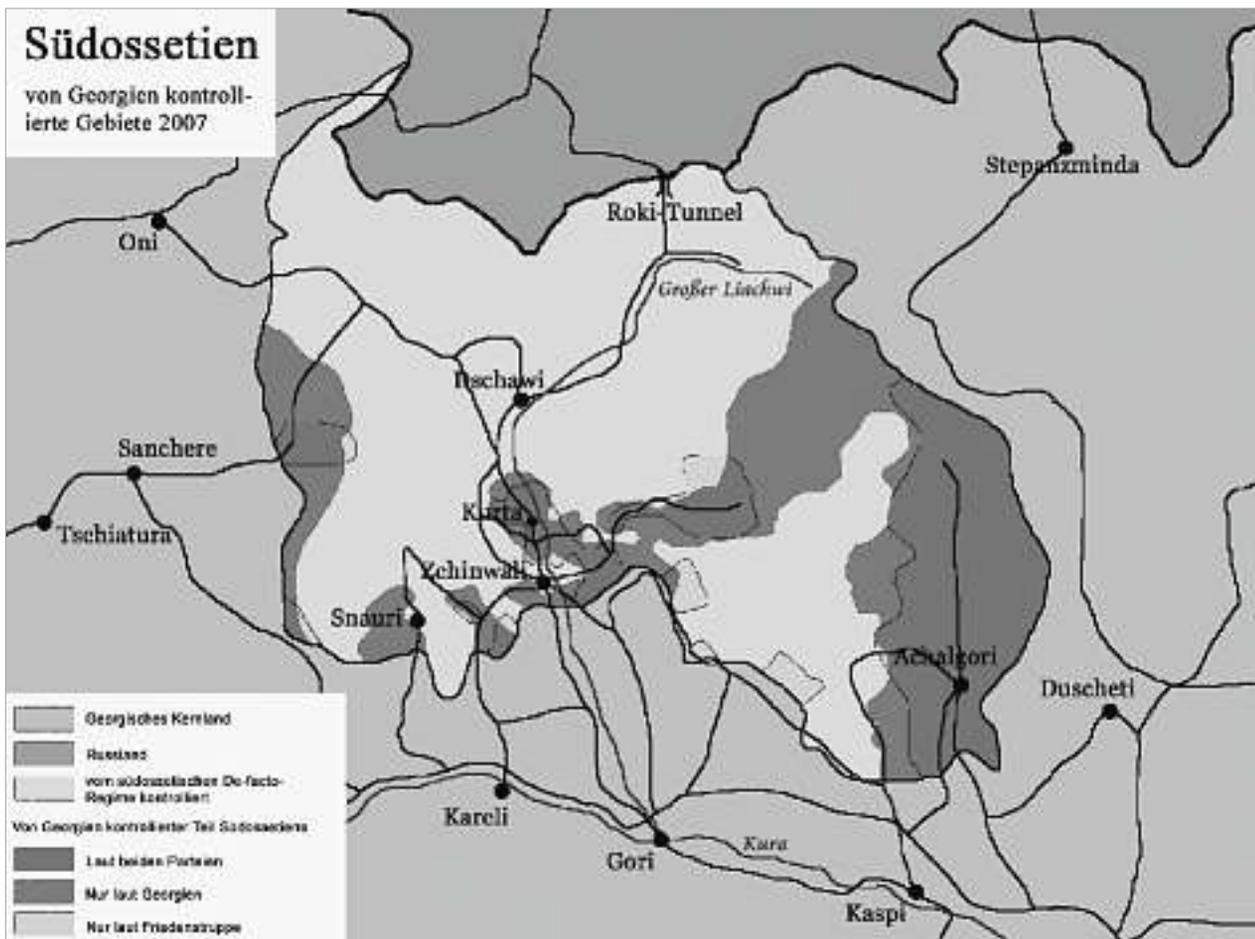
## Einleitung

Der EU-Rat beschloss am 2. Dezember 2008, eine unabhängige Kommission mit der Abklärung der Vorfälle in Georgien zu betrauen (IFFMCG).<sup>[2]</sup> Als Leiterin der ihrem Wesen nach politischen Mission bestimmte sie die schweizerische Botschafterin Heidi Tagliavini, welche im September 2009 einen Bericht abliefern.<sup>[3]</sup> In militärstrategischer Hinsicht liefert der Georgien-Krieg 2008 einige wertvolle Lehren und Erkenntnisse, die auch für die Schweiz beachtenswert sind.

## Die Entwicklung der Lage im Georgien vor Kriegsausbruch Südossetien

Die Wurzeln des Konflikts um Südossetien reichen bis in die Zarenzeit zurück. Im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts vereinigte die russische Regierung Georgien und südliche ossetische Gebiete unter die einheitliche Verwaltung Transkaukasiens, während nordossetische Gebiete auf der nördlichen Seite des Kaukasus dem nordkaukasischen Militär unterstellt wurden. Diese Verwaltungsgliederung blieb auch in der Sowjetunion erhalten. In religiöser Beziehung sind die Osseten mehrheitlich orthodoxe Christen wie die Georgier und die Russen, ganz im Unterschied zu muslimisch dominierten Völkern wie den Tschetschenen und den Abchasen.

Die *Georgische Sozialistische Sowjetrepublik* umfasste auch drei von ethnischen Minderheiten besiedelte Gebiete, näm-



[1]

lich die *Abchasische Autonome Sozialistische Sowjetrepublik* (entspricht heute der von Russland, Nicaragua, Venezuela, Nauru und den beiden Nichtmitgliedern der UNO, Pridnestrowie und Südostsetien, anerkannten Republik Abchasien), die *Adscharische Autonome Sozialistische Sowjetrepublik* (entspricht heute der Autonomen Republik Adscharien innerhalb Georgiens) und das südostsetische Autonome Gebiet (entspricht heute der mutatis mutandis von der selben Zahl von Staaten anerkannten Republik Südostsetien). [4]

Am 10. November 1989, also noch zur Zeit der alten Sowjetunion, gründeten die Südostseten die *Südostsetische Autonome Sowjetrepublik*. Diese wurde allerdings von der georgischen Sowjetrepublik für unwirksam erklärt. Darauf brach ein bewaffneter Konflikt aus, der bis im Januar 1990 dauerte. Georgische Nationalisten belagerten Zchinwali; die Südostseten bildeten Partisanenverbände. Truppen des sowjetischen Innenministeriums versuchten, die verfeindeten Seiten zu trennen.

Bereits am 20. September 1990 erklärte sich Südostsetien als Demokratische Sowjetrepublik erneut für unabhängig. Georgische Milizen marschierten darauf hin in das Gebiet ein. Die Kämpfe forderten etwa 2000 Tote auf beiden Seiten, rund 100 000 Osseten flohen aus Georgien und Südostsetien nach Russland und rund 20 000 Georgier flohen ins georgische Kernland. Am 1. September 1991 benannte sich das Gebiet in Republik Südostsetien um, was den Konflikt wieder anheizte.[5]

Am 14. Juni 1992 wurde ein Waffenstillstand vereinbart, der durch russisch-georgisch-ossetische Friedensstruppen (rund 1500 Mann) gesichert werden sollte.

#### Abchasien

Im Juli 1992 erklärte sich Abchasien, welches zu Georgien gehörte, zum souveränen Staat.

Zu dieser Zeit waren in Abchasien die Anhänger des gestürzten georgischen Präsidenten Swiad Gamsachurdia aktiv.

Am 14. August 1992 stiess die georgische Armee nach Abchasien vor. Mit Unterstützung der Russen gelang es den

[1] Dr. Jürg Stüssi-Lauterburg, Direktor der Bibliothek am Guisanplatz (vormals Eidgenössische Militärbibliothek) in Bern danke ich ganz herzlich für die kritische Durchsicht des Textes und die wertvollen Hinweise.

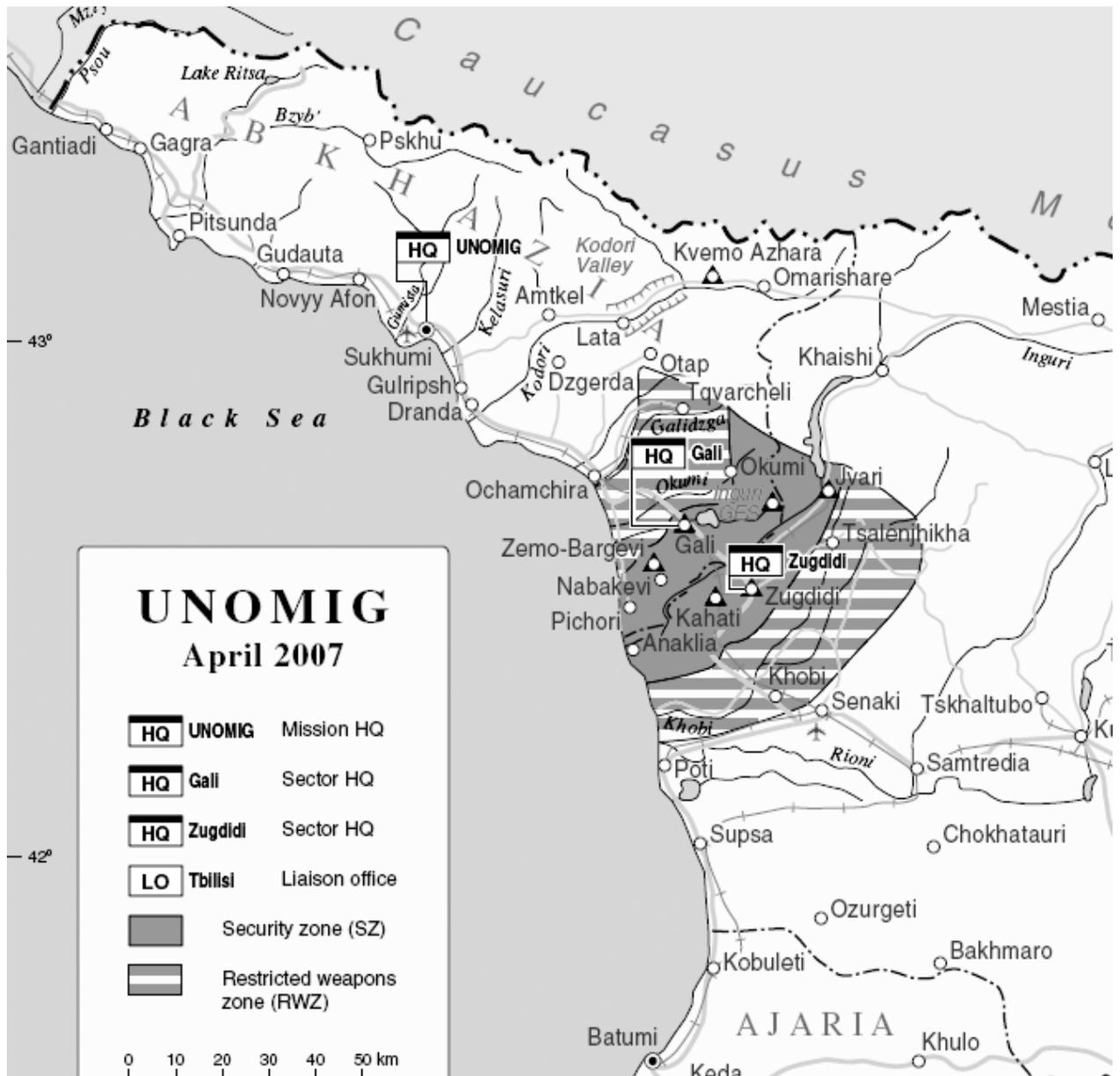
[2] Siehe <http://www.ceiig.ch/Index.html>.

[3] Independent International Fact-Finding Mission on the Conflict in Georgia, Vol. I–III, September 2009. Der Bericht besteht aus drei Teilen. Nachfolgend wird dieser als «Bericht I–III» zitiert. Teil III enthält die Chronologie des Konfliktes je aus der Sicht Russlands und Georgiens. Diese sind naturgemäss einseitig gefärbt. Vergleicht man die beiden Darstellungen der Parteien, erhält man den Eindruck, es hätten zwei verschiedene Konflikte stattgefunden.

[4] Bericht I, S. 13; [www.wikipedia.org](http://www.wikipedia.org), Stichwort «Georgische sozialistische Sowjetrepublik».

[5] [www.wikipedia.org](http://www.wikipedia.org), Stichwort «Südostsetien».

[1] Südostsetien – Von Georgien kontrollierte Gebiete, (Quelle: [www.wikipedia.org](http://www.wikipedia.org), Stichwort «Kaukasuskrieg 2008»)



[2]

Abchasen, die georgischen Truppen zu besiegen. Der Krieg dauerte mehr als ein Jahr, führte zu Kriegsverbrechen und vielen tausend Toten und zur Vertreibung von rund 250 000 Georgiern, die in Abchasien gelebt hatten.

Am 14. Mai 1994 wurde unter Vermittlung der Vereinten Nationen ein Waffenstillstand vereinbart. 1 500 russische Soldaten als Friedenstruppe der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) sowie eine 121-köpfige United Nations Observer Mission in Georgia (UNOMIG) überwachten die Einhaltung des Waffenstillstandes.

Anfang Mai 2008 wurden von russischer Seite die Truppen auf 2500 Mann aufgestockt. Damit näherte sich das russische Kontingent der Höchstgrenze von 3000 Mann. Georgien kritisierte den Schritt als gegen seine Souveränität gerichtet und äusserte den Wunsch, aus dem gemischten Kontrollgremium, bestehend aus Russland, Georgien und Nord- und Südossetien, auszutreten. Dieser Wunsch wurde von den anderen Mitgliedern des Gremiums aber abgelehnt. [6]

### Georgien

Ab 1988 verstärkte sich die antisowjetische Stimmung in Georgien, damals Sowjetrepublik. Anfangs April 1989 versammelte sich eine grosse Menschenmenge in der Hauptstadt Tiflis und verlangte die Unabhängigkeit. Am 9. April 1989 lösten sowjetische Fallschirmtruppen die Menschenmenge unter Einsatz von Klappspaten gewaltsam auf. [7]

Am 9. April 1991 wurde Georgien unabhängig. Der erste Präsident Georgiens, Swiad Gamsachurdia, wurde allerdings bereits anfangs 1992 weggeputscht. Sein Amt übernahm Eduard Schewardnadse, ehemaliger sowjetischer Aussenminister, der in Russland verhasst war.

Im November 2003 wurde Schewardnadse in der von jungen Reformpolitikern initiierten Rosenrevolution unter der Führung von Micheil Saakaschwili von der Macht verdrängt. Micheil Saakaschwili verfolgte einen stark prowestlichen Kurs; als Schutz vor dem mächtigen Nachbarn im Norden suchte Georgien einen raschen Beitritt in die NATO und die

Europäische Union.<sup>[8]</sup> Es war dieser prowestliche Kurs, der Russland missfiel und schliesslich zum Krieg führte; Russland betrachtet bis heute die Staaten der ehemaligen Sowjetunion als seine Interessenssphäre und sucht eine Anlehnung dieser Staaten an den Westen zu verhindern.<sup>[9]</sup>

### Auslöser des Krieges

Unmittelbare Auslöser des Krieges waren zwei Ereignisse im Jahr 2008: die vom Westen unterstützte einseitige Unabhängigkeitserklärung des Kosovo von Serbien am 17. Februar 2008 sowie der von den USA stark unterstützte Beschluss eines Aufnahmeplans für die Ukraine und Georgien in die NATO (Membership Action Plan) anlässlich des NATO-Gipfels in Bukarest im April 2008.

## In der Folge beschloss die russische Führung im April 2008, den Georgiern eine Falle zu stellen, um damit den Grund für ein militärisches Eingreifen zu setzen.

In der Folge beschloss die russische Führung im April 2008, den Georgiern eine Falle zu stellen, um damit den Grund für ein militärisches Eingreifen zu setzen.<sup>[10]</sup> Das Konzept war einfach gestaltet und tief im sowjetischen Denken verwurzelt: Georgien sollte durch Angriffe südossetischer Separatisten derart provoziert werden, dass es sich gezwungen sah, mit militärischen Mitteln zurückschlagen. Dies wiederum würde Russland die Rechtfertigung geben, mit militärischen Mitteln einzugreifen.<sup>[11]</sup> Der georgische Präsident Saakaschwili, der verschiedentlich als Hitzkopf bezeichnet wird,<sup>[12]</sup> tappte in die gestellte Falle.

Russland hatte das Vorgehen der von den USA angeführten NATO-Koalition im Kosovo und in Serbien 1999, welches es selber hart kritisierte,<sup>[13]</sup> genau studiert und wählte für sein Vorgehen mit Absicht die exakt gleiche Terminologie und die gleiche Begründung, wie sie von der NATO damals verwendet wurde; es bezeichnete die Anwendung militärischer Gewalt als «friedenserzwingende Operation» («peace enforcement operation») zur Verhinderung eines behaupteten Völkermordes der südossetischen Bevölkerung durch Georgien und zum Schutze russischer Bürger und Friedenstruppen.<sup>[14]</sup> Russland wollte mit anderen Worten der Welt sein militärisches Eingreifen als humanitäre Aktion verkaufen. Auch das Vorgehen glich stark demjenigen der NATO gegen Serbien im Jahr 1999, wo Militärschläge nicht nur in der abtrünnigen Provinz, sondern auch im Kernland Serbiens durchgeführt wurden.<sup>[15]</sup>

Bereits lange vor Ausbruch des Krieges hatte Russland begonnen, den Separatisten in Abchasien und Südossetien massenhaft die russische Staatsbürgerschaft zu verleihen, was als illegal eingestuft wird.<sup>[16]</sup> Diese Passportpolitik diente dazu, ein (militärisches) Eingreifen Russlands unter dem Deckmantel, russische Bürger schützen zu müssen, zu rechtfertigen.

Russland bereitete sich in der Folge umfassend auf den bevorstehenden Krieg vor. Es begann mit dem Ausbau des Eisenbahnnetzes in Abchasien<sup>[17]</sup> und übte auf Israel, welches

zur Modernisierung der georgischen Streitkräfte Berater zur Verfügung stellte und Kriegsmaterial verkaufte, Druck aus, damit es seine Unterstützung beende.<sup>[18]</sup>

Vom 15. Juli bis 2. August 2008 führte Russland ein grosses Manöver unter dem Namen «KAUKASUS 2008» mit 8000 Mann, 700 Panzerfahrzeugen, 30 Militärflugzeugen und Teilen der Schwarzmeerflotte im Nordkaukasus (Nordossetien, Tschetschenien, Inguschetien, Kabardino-Balkarien und Karatschi-Tscherkessien) durch. Ziel des Manövers sei es gemäss dem Oberkommando der Landstreitkräfte gewesen, «Fragen zu lösen, die sich mit der Teilnahme von Truppen des [nordkaukasischen] Militärbezirkes an Sonderoperationen zur Erzwingung des Friedens in Zonen militärischer Konflikte verbinden.»<sup>[20]</sup> Offensichtlich war das Manöver als Training für eine Invasion gedacht.<sup>[21]</sup>

Praktisch zeitgleich führten die USA Mitte Juli 2008 gemeinsam mit Truppen aus Georgien, Armenien und Aserbeidschan und der Ukraine Militärmanöver unter dem Namen «IMMEDIATE RESPONSE 2008» bei Wasiani (Militärbasis in der Nähe von Tiflis) mit rund 2000 Mann (davon rund 1000 US-Soldaten) durch.<sup>[22]</sup> Ziel dieser Übung war die Schulung der Interoperabilität für einen Einsatz in Afghanistan und im Irak.<sup>[23]</sup>

Ende Juli soll Russland laut dem georgischen Nachrichtendienst mit der Rekrutierung von 120 Ärzten begonnen haben, die nach Zchinwali geschickt wurden. Zudem sollen anfangs August 2008 rund 50 russische Journalisten in Zchinwali aufgetaucht sein.<sup>[24]</sup>

Am 29. Juli begannen südossetische Separatisten mit der Beschiessung georgischer Friedenstruppen und georgischer Dörfer.<sup>[25]</sup>

Anfangs August 2008 intensivierten sich entlang der georgisch-ossetischen Konfliktzone in Südossetien Artillerie- und

[6] [www.wikipedia.org](http://www.wikipedia.org), Stichwort «Abchasien».

[7] Dabei gab es mehrere Tote unter den Demonstranten. Der 9. April gilt heute in Georgien als Tag der Nationalen Einheit.

[8] Ronald D. Asmus, *A little war that shook the world*, New York 2010, S. 216, 228.

[9] Bericht I, S. 14.

[10] Vgl. Asmus, S. 169; Dieter Farwick, *Kalter Wind aus Russland*, in: *Schweizer Soldat* 10/2008, S. 28.

[11] Asmus, S. 169 und S. 171.

[12] Asmus, S. 197.

[13] Bericht, S. 24. Tatsache ist, dass die NATO 1999 ohne Mandat der UNO eingriff.

[14] Vgl. Bericht I, S. 24.

[15] Bericht I, 21, 22; Bericht II, S. 222; Asmus, S. 109; NZZ vom 21.08.2008, S. 3.

[16] Bericht I, S. 18.

[17] Asmus, S. 180; NZZ vom 07.08.2009, S. 7.

[18] Asmus, S. 168; NZZ vom 16.02.2010, S. 3.

[19] Bericht II, S. 207; Hannes Adomeit, *Russlands Militär- und Sicherheitspolitik unter Putin und Medwedjew*, in: *Österreichische Militärische Zeitschrift (ÖMZ)* 03/2009, S. 286.

[20] Adomeit, S. 296.

[21] Asmus, S. 180.

[22] Bericht I, S. 19; Bericht II, S. 207; [www.wikipedia.org](http://www.wikipedia.org), Stichwort «Kaukasuskrieg 2008»; IISS, *Strategic Comments*, Vol. 14 Issue 07 September 2008 Georgia crisis special issue.

[23] [www.army.mil/news/2008/07/17/10953-security-cooperation-exercise-immediate-response-2008-begins-with-official-ceremony-in-republic-of-georgia](http://www.army.mil/news/2008/07/17/10953-security-cooperation-exercise-immediate-response-2008-begins-with-official-ceremony-in-republic-of-georgia).

[24] Asmus, S. 168; Bericht III, S. 21.

[25] Asmus, S. 165; Bericht III, S. 21.

[2] Die UNOMIG (Quelle: [www.wikipedia.org](http://www.wikipedia.org), Stichwort «UNOMIG»)

## Die Kriegsziele der Parteien

### Russland

Russlands Kriegsziele lauteten nach einer plausibel scheinenden Interpretation wie folgt:<sup>[31]</sup>

- Volle Kontrolle über Südossetien erlangen und es durch Errichtung einer Sicherheitszone schützen;
- Die abchasischen Separatisten unterstützen, so dass die von Georgiern bewohnten Gebiete im Bezirk Gali besser kontrolliert und georgische Kräfte aus dem Kodori-Tal vertrieben werden können;
- Eine russische Sicherheitszone auf der westlichen Seite der Grenze zwischen dem georgischen Kernland und Abchasien bei der Stadt Zugdidi errichten;
- Georgien zwingen, ein Dokument zu unterzeichnen, wonach es auf den Einsatz von Gewalt formell verzichtet;
- Saakaschwili demütigen und ihn derart unter Druck setzen, dass er schliesslich wie seinerzeit Milosevic demissionieren muss;
- Georgiens Chance auf einen NATO-Beitritt für immer zu nichte machen.

Die Beseitigung Saakaschwili's als Präsident Georgiens war auch wegen der persönlichen tiefen Feindschaft zwischen Valdimir Putin und Micheil Saakaschwili ein erklärtes und vordringliches Ziel der Russen.<sup>[32]</sup>

### Georgien

Kurz nach Ausbruch des Krieges erklärte Brigadegeneral Kuraschwili in einem Interview, Ziel Georgiens sei es, die verfassungsmässige Ordnung in der ganzen Region wieder herzustellen. Diese vom Gegner propagandistisch verwertbare Aussage scheint indessen mit der georgischen Regierung nicht abgesprochen worden zu sein. Diese widerrief

nämlich die Aussagen des Generals als unautorisiert und gab als Hauptgrund für den Militäreinsatz an, die befürchtete russische Invasion verhindern zu wollen.<sup>[33]</sup>

Präsident Saakaschwili definierte folgende Kriegsziele:<sup>[34]</sup>

- Schutz der (georgischen) Zivilisten in der Region Zchinwali in Südossetien;
- Ausschalten der Feuerstellungen, aus welchen Zivilisten, georgische Friedenstruppen und Polizisten beschossen wurden;
- Stoppen des Vorstosses russischer Armeeeinheiten durch den Roki-Tunnel in die Region Zchinwali.

Die erwähnten Kriegsziele decken sich mit dem tatsächlichen Vorgehen der georgischen Streitkräfte. Diese zerstörten (zumindest teilweise) die kriegswichtige Gupta-Brücke nördlich der ersten georgischen Siedlungen südlich des Dorfes Java. Damit sollte der Nachfluss russischer Truppen aus Java nach Zchinwali Richtung Süden unterbunden werden. Hätte Georgien ganz Südossetien unter seine Kontrolle bringen wollen, hätte es diese Brücke unzerstört in seiner Hand behalten müssen, um weiter Richtung Norden bis zum Roki-Tunnel vorstossen zu können. Freilich ist denkbar, dass die Version Kuraschwilis einen früheren, die Fassung Saakaschwili einen späteren georgischen Planungsstand wiedergeben. Die Gupta-Brücke wurde von den Russen bereits am 8. August 2008 repariert, was den ungehinderten Vorstoss ihrer Truppen ermöglichte.<sup>[35]</sup> Die georgische Armee plante – wenigstens zuletzt – also lediglich einen begrenzten Einsatz ihrer Truppen und nicht oder nicht mehr die vollständige Wiederherstellung der Kontrolle über Südossetien.<sup>[36]</sup>

Minenwerferbeschussungen in einem Ausmass, wie sie seit 2004 nicht mehr vorgekommen waren.<sup>[26]</sup>

Bereits ab dem 3. August 2008 wurden südossetische Zivilisten (mit Erlaubnis Russlands) nach Nordossetien evakuiert. Am 4. August 2008 wurden fünf Bataillone der 58. russischen Armee in die Nähe des Roki-Tunnels verlegt.<sup>[27]</sup>

Ab dem 6. August 2008 fanden praktisch entlang der gesamten Grenzzone zwischen Georgien und Südossetien Artillerie- und Minenwerferduelle statt. Internationale Beobachter stellten massive Verschiebungen von georgischen Truppen mit schwerem Material aus Osten und Westen Richtung Gori fest.<sup>[28]</sup>

Am Abend des 7. August 2008 verkündete Präsident Saakaschwili einen einseitigen Waffenstillstand<sup>[29]</sup> und offerierte Verhandlungsgespräche, die jedoch nicht stattfanden, da der russische Vertreter zum Gespräch nicht erschien.<sup>[30]</sup>

### Beginn der Kampfhandlungen

Am 7. August 2008 um 23:35 Uhr erteilte Präsident Saakaschwili der georgischen Armee den Befehl zum Vorstoss nach Zchinwali. Auslöser des Befehls waren offenbar Informationen des georgischen Nachrichtendienstes, wonach Teile des 693. und 135. motorisierten Schützenregimentes der

russischen 58. Armee durch den Roki-Tunnel nach Südossetien vorgestossen seien.<sup>[37]</sup> Russland bestritt diesen Sachverhalt allerdings.<sup>[38]</sup>

Die georgische Armee verfügte 2008 bei Kriegsausbruch über rund 14 000 Mann, 128 Kampfpanzer, 44 Schützenpanzer und 150 Geschütze. Die Luftwaffe verfügte über 9 Kampfflugzeuge und 9 Kampfhelikopter.<sup>[39]</sup> Die Armee umfasste fünf Infanteriebrigaden, wobei sich die 1. Brigade bei Kriegsausbruch im Irak befand. Georgien stellte eines der grössten Kontingente von Nicht-US-Truppen im Irak, um die Gunst der Amerikaner zu gewinnen, damit diese sich für eine Aufnahme Georgiens in die NATO einsetzen.<sup>[40]</sup>

## Die Armee umfasste fünf Infanteriebrigaden, wobei sich die 1. Brigade bei Kriegsausbruch im Irak befand.

Die 5. Brigade war im Wesentlichen ein Ausbildungsverband; somit waren lediglich drei Infanteriebrigaden und Spezialtruppen, total rund 12 000 Mann für den Kampf verfügbar.<sup>[41]</sup>

Geplant war ein Dreizangenvorstoss nach Zchinwali; die 3. Brigade sollte die östlich von Zchinwali gelegenen Hö-

henzügen einnehmen, die gegnerische Artillerie ausschalten, die georgischen Dörfer schützen und den Vorstoss russischer Truppen in die Stadt verhindern, die 4. Brigade sollte die westlich von Zchinwali gelegenen Höhenzüge einnehmen, die gegnerische Artillerie ausschalten und den Vorstoss russischer Truppen in die Stadt verhindern. Die 2. verstärkte Brigade sollte Zchinwali einnehmen, die georgischen Dörfer nördlich der Stadt schützen und den Vorstoss russischer Truppen verhindern.<sup>[42]</sup> Unterstützt wurde der Stoss durch massives Artilleriefeuer gegen vermutete Artilleriestellungen der Separatisten; dabei wurden auch Stellungen russischer Friedenstruppen beschossen und mehrere russische Soldaten kamen ums Leben.<sup>[43]</sup>

Anfänglich hatte der georgische Angriff einen gewissen Erfolg. Die Artillerie sowie die Luftwaffe beschossen die aus Norden durch den vier Kilometer langen Roki-Tunnel vorstossenden russischen Truppen (19. motorisierte Schützendivision<sup>[44]</sup> unter Einsatz von Clustermunition mit erheblichem Erfolg. Bereits am Nachmittag des 8. August 2008 kontrollierten georgische Truppen den grössten Teil von Zchinwali und die umliegenden Dörfer<sup>[46]</sup> sowie die umliegenden Höhenzüge.<sup>[47]</sup>

Der Widerstand, auf den die georgischen Kräfte in Zchinwali stiessen, war allerdings wesentlich grösser als erwartet, da sich weit mehr russische und südossetische Kräfte in der Stadt und ihrer Umgebung befanden als erwartet.<sup>[48]</sup>

Die USA versuchten, sich bald nach Kriegsbeginn ein Bild über das Geschehen zu verschaffen. Sie hatten mehr als 100 Militärberater in Georgien stationiert, welche die georgischen Truppen auf ihren Einsatz im Irak vorbereiteten.<sup>[49]</sup> Zudem wurde der georgische Generalstab von amerikanischen Offizieren beraten.<sup>[50]</sup> Die USA sorgten sich daher um deren Schutz. Da die USA ihre nachrichtendienstlichen Mittel aber aus dem Kaukasus abgezogen hatten, um diese in Afghanistan und dem Irak einzusetzen, konnten sie sich innert nützlicher Frist kein klares Lagebild verschaffen.<sup>[51]</sup>

Am 8. August 2008 wurden in Peking die Olympischen Spiele eröffnet. Sowohl Präsident Bush als auch Präsident Putin nahmen an den Eröffnungsfeierlichkeiten teil.

Nur wenige Stunden nach Auslösung des georgischen Angriffs stiessen die russischen Truppen der 58. Armee sowie nordossetische Freiwillige mit rund 150 Panzern (T-62 und T-72) und Schützenpanzern (BMP-1 und BMP-2)<sup>[52]</sup> durch den Roki-Tunnel Richtung Süden nach Zchinwali vor. Sowohl die Struktur der russischen Truppen als auch deren Einsatzgrundsätze stammten praktisch unverändert aus der Sowjetära.<sup>[53]</sup> Total setzte Russland rund 12 000 bis 20 000 Mann in Südossetien ein.<sup>[54]</sup>

Georgische Truppen versuchten, die strategisch wichtige Gupta-Brücke nördlich von Zchinwali zu zerstören, um die vorstossenden russischen Truppen zu stoppen,<sup>[55]</sup> was ihnen allerdings nicht gelang. Die Russen konnten die Brücke rasch reparieren und weiter nach Süden vorstossen.

Die südossetische Führung beschuldigte die Georgier via Medien, mehr als 1600 Zivilisten getötet zu haben, eine Zahl,

die später drastisch auf 162 reduziert werden musste.<sup>[56]</sup> Der von russischer und südossetischer Seite gegenüber Georgien erhobene Vorwurf des Genozid konnte nicht belegt werden.<sup>[57]</sup>

Bald nach Angriffsbeginn begann die russische Luftwaffe, Ziele nicht nur in Südossetien, sondern auch im georgischen Kernland zu beschliessen. Dabei wurden nebst Eisenbahnliesen, zivilen Flugfeldern und dem Hafen von Poti am Schwarzen Meer insbesondere auch die militärische Infrastruktur der georgischen Streitkräfte (Militärbasen, Luftwaffenstützpunkte, Radaranlagen) bombardiert,<sup>[58]</sup> um sie für lange Zeit unbrauchbar zu machen.<sup>[59]</sup> Insgesamt flog die russische Luftwaffe während des fünf Tage dauernden Krieges über 400 Bombeneinsätze gegen 36 Ziele in Georgien.<sup>[60]</sup>

Die russische Luftwaffe erlitt allerdings verhältnismässig grosse Verluste durch die moderne Flugabwehr der Georgier. Bereits am 8. August gelang es den Georgiern, 3 Su-25 Erdkampfbomber sowie einen Tu-22M3-Bomber abzuschliessen.<sup>[61]</sup> Insgesamt sollen die Russen während des Krieges 7–17 Flugzeuge und Helikopter verloren haben.<sup>[62]</sup> Die schultergestützten Flugabwehrraketen erwiesen sich dabei als durchaus wirksam.<sup>[63]</sup>

[26] Bericht II, 208.

[27] [www.wikipedia.org](http://www.wikipedia.org), Stichwort «Kaukasuskrieg 2008».

[28] Bericht II, S. 208.

[29] Bericht III, S. 208.

[30] Bericht III, S. 26.

[31] Asmus, S. 108.

[32] Asmus, S. 199. Putin soll Sarkozy anlässlich der Waffenstillstandsverhandlungen in Moskau eröffnet haben, er wolle Saakaschwili erhängen lassen und verwies auf das Schicksal Saddam Husseins.

[33] Bericht I, 19.

[34] Bericht I, 19 f.

[35] Asmus, S. 40.

[36] Vgl. aber Schweizer Soldat 10/2008, S. 30, wonach das eigentliche Ziel der georgischen Operation der Roki Tunnel gewesen sein soll.

[37] Asmus, S. 175; Bericht I, S. 20; Bericht III, S. 24.

[38] Bericht I, S. 20.

[39] The Military Balance 2008, S. 176/177.

[40] Asmus, S. 172.

[41] Asmus, S. 172; IISS Georgia crisis special issue.

[42] Asmus, S. 174; vgl. auch Bericht II, S. 209.

[43] IISS Georgia crisis special issue.

[44] Bericht II, S. 215. Diese umfasste 3 Panzerregimenter, 1 Fliegerabwehrraketenregiment, ein Panzerartillerieregiment sowie ein selbständiges Panzerbataillon (Krieg im Kaukasus, in: Schweizer Soldat 09/2008, S. 32).

[45] IISS Georgia crisis special issue.

[46] Bericht III, S. 27.

[47] Asmus, S. 176.

[48] Asmus, S. 175.

[49] Asmus, S. 176.

[50] Schweizer Soldat 10/2008, S. 30.

[51] Asmus, S. 176.

[52] IISS Georgia crisis special issue.

[53] Adomeit, S. 284; Farwick, S. 30.

[54] Bericht II, S. 216. Asmus S. 165 spricht von total 20 000 Mann; unter Einbezug der südossetischen Separatistenmilizen, von denen viele einen russischen Pass besaßen, dürfte diese höhere Zahl zutreffen.

[55] Bericht II, S. 209.

[56] Bericht II, S. 222; Jürg Kürsener, Ungleiches Kräfteemessen, in: Schweizer Soldat 10/2008, S. 33; IISS Georgia crisis special issue.

[57] Bericht I, S. 26 f.

[58] Schweizer Soldat 09/2008, S. 32; Schweizer Soldat 10/2008, S. 30; Bericht II, S. 210; Bericht III, S. 29; IISS Georgia crisis special issue.

[59] Kürsener, S. 34. IISS Georgia crisis special issue.

[60] Kürsener, S. 33; Asmus, S. 180.

[61] Aviation Week & Space Technology/July 20, 2009, S. 23; IISS Georgia crisis special issue.

[62] IISS Georgia crisis special issue; Asmus, S. 181.

[63] Aviation Week & Space Technology/July 20, 2009, S. 24.



[3]

Bereits am 8. August 2008 tauchten auch Teile der rund 30 Kriegsschiffe umfassenden Schwarzmeerflotte, die ihren Stützpunkt auf der Krim hat, vor der abchasischen Küste auf<sup>[64]</sup>. Ziel des Flotteneinsatzes war es, die georgischen Seehäfen zu zerstören, um den Nachschub für die georgischen Streitkräfte zu unterbinden<sup>[65]</sup>, die Wirtschaft zu beschädigen und Truppen (zwischen 2000 und 4000, je nach Quelle) der russischen Streitkräfte in Abchasien und Sukhumi an Land zu bringen.<sup>[66]</sup> Die Tatsache, dass Teile der russischen Flotte derart rasch vor der abchasischen Küste auftauchten (die Seestrecke Sewastopol–Batumi beträgt rund 750 Kilometer), lässt vermuten, dass diese bereits vor oder unmittelbar nach Ausbruch der Kampfhandlungen aus der Krim losgefahren war.<sup>[67]</sup>

Am 9. August 2008 traf Präsident Putin frühmorgens in Nordossetien ein, um sich über den Verlauf der Operation zu informieren.<sup>[68]</sup> Die russische Luftwaffe bombardierte mehrere Städte im georgischen Kernland, darunter Gori und die Hauptstadt Tiflis.<sup>[69]</sup> Den russischen Bodentruppen gelang es, Zchinwali einzunehmen und die georgischen Streitkräfte weitgehend aus der Stadt hinausdrängen.<sup>[70]</sup> Rund 12 georgische Panzer wurden am Südrand der Stadt zerstört. Die georgischen Streitkräfte versuchten, südlich der Stadt eine Verteidigungsstellung zu beziehen, wurden aber von russischen Kampfflugzeugen und Kampfhelikoptern massiv beschossen.<sup>[71]</sup>

Am Abend versenkten russische Kriegsschiffe vier georgische Raketenschnellboote, welche ausgelaufen waren, sowie ein weiteres, welches sich noch im Hafen von Poti befand.<sup>[72]</sup> Im

Laufe des Krieges wurde die gesamte, 8 Schiffe umfassende Flotte<sup>[73]</sup> der Georgier zerstört.

In Abchasien stiessen Separatisten mit russischer Luftunterstützung in den georgisch kontrollierten Teil des Kodori-Tales vor.<sup>[74]</sup> Dieser Angriff war offenbar von langer Hand vorbereitet worden; die dafür eingesetzten Kräfte waren bereits ab dem 6. August 2008 in die Ausgangsstellung gebracht worden.<sup>[75]</sup>

Am 10. August 2008 begannen die russischen Streitkräfte in Abchasien eine zweite Front zu eröffnen. Die 20. motorisierte Schützendivision, welche unter Verwendung der modernisierten Eisenbahnlinie nach Abchasien einmarschierte und Teile der 7. Luftlandedivision, die in Sukhumi gelandet war, drangen in den Westen des georgischen Kernlandes vor.<sup>[76]</sup> Total setzte Russland rund 20 000 Mann in Abchasien ein.<sup>[77]</sup>

Gleichentags stiessen die ersten russischen Truppen aus Südossetien nach Gori ins Kernland Georgiens vor. Angesichts der erdrückenden Übermacht des russischen Vorstosses begann die Moral der georgischen Truppen zu bröckeln<sup>[78]</sup>. Bis Mitternacht zogen sich die Georgier unter Zurücklassen der schweren Waffen und Geräte schliesslich ganz aus Südossetien Richtung Gori zurück. Für die georgischen Streitkräfte war die Führung eines Zweifrontenkrieges schlicht zu viel. Präsident Saakaschwili verkündete daher am Abend einen einseitigen Waffenstillstand und erklärte, er würde sämtliche georgischen Truppen aus Südossetien abziehen.<sup>[80]</sup>



[4]



[5]

Am 11. August 2008 stiessen russische Truppen aus Abchasien weiter Richtung Osten vor und besetzen in der Folge Zugdidi, Senaki und den Hafen Poti (12. August 2008) am Schwarzen Meer.<sup>[81]</sup> Im Westteil Georgiens an der Grenze zu Abchasien befanden sich keine georgischen Truppen, so dass der russische Vorstoss ungehindert ablaufen konnte.<sup>[82]</sup>

### Für die georgischen Streitkräfte war die Führung eines Zweifrontenkrieges schlicht zu viel.

Die in Südossetien eingesetzten georgischen Streitkräfte zogen sich bis auf rund 25 km westlich der Hauptstadt Tiflis zurück, wo sie eine Verteidigungsstellung zum Schutz der Hauptstadt bezogen. Russische Truppen stiessen bis 55 km westlich der georgischen Hauptstadt vor,<sup>[83]</sup> offensichtlich in der Absicht, diese einzunehmen. Gleichtags transportierte die US-amerikanische Luftwaffe die im Irak stationierte 1. georgische Brigade, rund 800 Mann, zur Verstärkung der Verteidigungsstellung vor Tiflis nach Georgien zurück.<sup>[84]</sup> Die Lage für Georgien begann auch wegen der totalen Luftüberlegenheit der Russen aussichtslos zu werden und die Moral der georgischen Truppen brach zusammen.<sup>[85]</sup>

Präsident Bush warnte in der Folge Russland ausdrücklich vor einem allfälligen Sturm auf die Hauptstadt Tiflis und der damit verbundenen Beseitigung der georgischen Regierung; er bezeichnete eine derartige Aktion als inakzeptabel.<sup>[86]</sup>

Am 12. August 2008 brachten russische Truppen die Achse Tiflis–Gori–Senaki unter ihre Kontrolle. Georgien war nun zweigeteilt (siehe Abbildung 6). Das Kodori-Tal in Abchasien wurde gegen Abend vollständig besetzt.<sup>[87]</sup>

Der von Präsident Medwedew erklärte Waffenstillstand erfolgte kurz bevor der französische Präsident Nicolas Sarkozy in seiner Eigenschaft als Präsident der Europäischen Union in Moskau landete, um eine Waffenstillstandsvereinbarung auszuhandeln.

Gegen Abend setzte Sarkozy nach zähen Verhandlungen handschriftlich<sup>[88]</sup> eine sechs Punkte umfassende Waffenstillstandsvereinbarung<sup>[89]</sup> auf:

1. Kein Gebrauch von Gewalt.

2. Definitive Einstellung aller Feindseligkeiten.
3. Freier Zugang für humanitäre Hilfe.
4. Die georgischen Streitkräfte müssen sich in ihre Kasernen zurückziehen.
5. Die russischen Streitkräfte müssen sich auf diejenige Linie zurückziehen, hinter welcher sie sich vor Ausbruch der Kampfhandlungen befanden. Vor der Errichtung internationaler Mechanismen müssen die russischen Friedenstruppen zusätzliche Sicherheitsmassnahmen treffen.
6. Eine internationale Debatte über die Modalitäten der Sicherheit und Stabilität in Abchasien und Südossetien ist zu eröffnen.

Am Abend des 12. August 2008 wurden die Kampfhandlungen weitgehend eingestellt.

Wegen der vielen Unklarheiten der Waffenstillstandsvereinbarung musste diese in der Folge noch erheblich überarbei-

[64] Kürsener, S. 33.

[65] Kürsener, S. 33; Schweizer Soldat 09/2008, S. 32.

[66] Kürsener, S. 33; Schweizer Soldat 10/2008, S. 30.

[67] Kürsener, S. 33.

[68] Asmus, S. 179.

[69] Bericht II, S. 210; IISS Georgia crisis special issue.

[70] IISS Georgia crisis special issue; Bericht III, S. 342.

[71] Asmus, S. 181.

[72] Bericht III, S. 343; Kürsener, S. 33.

[73] The Military Balance 2008, S. 177.

[74] Bericht III, S. 29; IISS Georgia crisis special issue.

[75] Bericht II, S. 213.

[76] Bericht II, S. 213; Asmus, S. 180; IISS Georgia crisis special issue.

[77] Asmus, S. 180. Darin eingeschlossen sind auch rund 10 000 abchasische Truppen (Bericht II, S. 216).

[78] Bericht II, S. 210.

[79] Bericht II, S. 211.

[80] Bericht I, S. 21.

[81] IISS Georgia crisis special issue.

[82] Bericht II, S. 213.

[83] Adomeit, S. 283.

[84] Asmus, S. 183.

[85] IISS Georgia crisis special issue.

[86] Asmus, S. 188.

[87] Bericht III, S. 34.

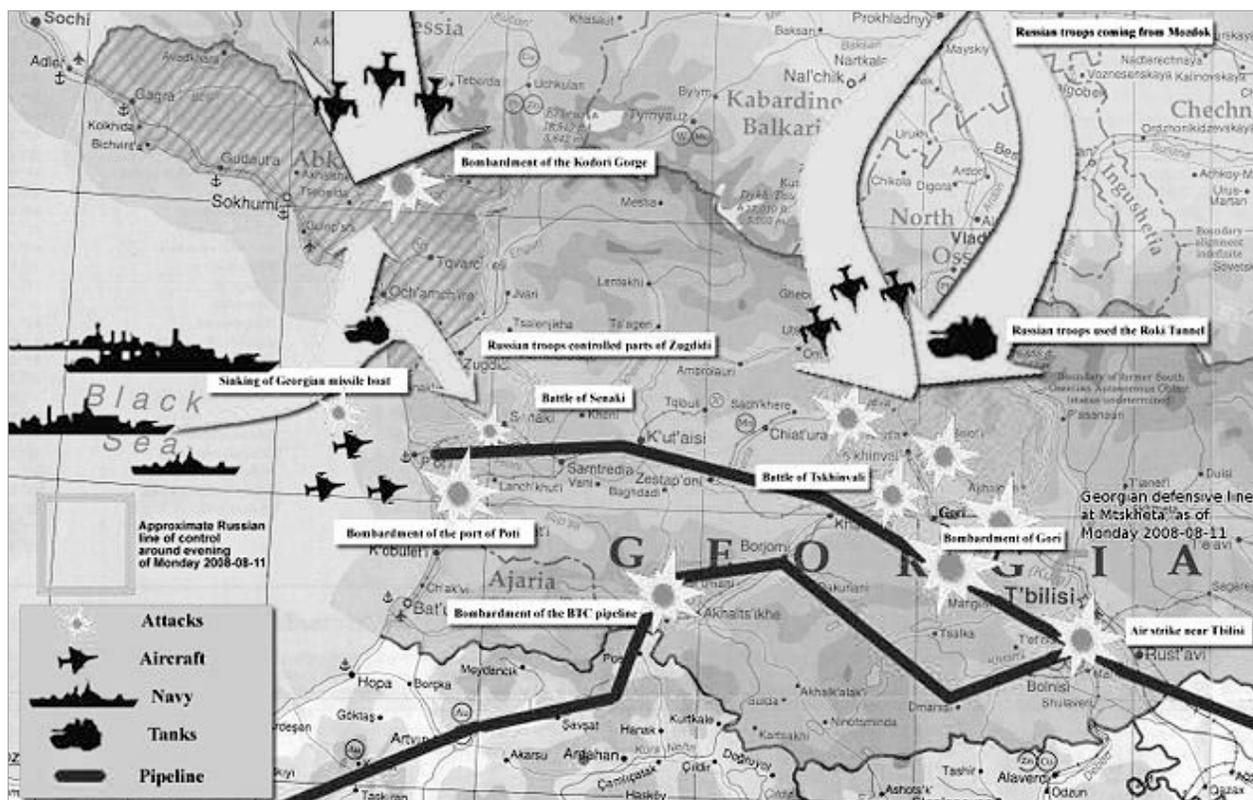
[88] Asmus, S. 200.

[89] Originaltext siehe Bericht III, S. 587.

[3] Russische Soldaten der 58. Armee bei einem kurzen Marschhalt auf dem Weg nach Georgien.

[4] Eine russische Artillerieformation fährt in den Roki-Tunnel in Richtung Südossetien ein.

[5] Spuren der Kämpfe zwischen russischen und georgischen Truppen. Hier passieren BMP-Schützenpanzer einen zerstörten russischen T-62 Kampfpanzer.



[6]

tet werden.<sup>[90]</sup> Es brauchte schliesslich den Druck der USA und der EU, bis Russland die ausgehandelte Vereinbarung umsetzte und am 22. August 2008 seine Truppen aus Georgien abzuziehen begann.<sup>[91]</sup> Am 8. September 2008 unterzeichnete Präsident Medwedew einen Zusatzvertrag zur Waffenstillstandsvereinbarung, welcher den gänzlichen Abzug der russischen Truppen in zeitlicher Hinsicht regelte. Am 9. Oktober 2008 teilte Russland offiziell mit, es hätte alle Truppen hinter die vereinbarten Linien zurückgezogen.<sup>[92]</sup>

Am 26. August 2008 anerkannte Russland die Unabhängigkeit Abchasiens und Südossetiens.<sup>[93]</sup>

### Die Folgen des Krieges

Der Krieg kostete 170 georgischen Soldaten, 14 Polizisten und 228 Zivilisten das Leben. 747 Personen wurden verwundet. Russland beklagte 67 Tote und 283 verwundete Soldaten, Südossetien 365 Tote. Von den weit über 100 000 Flüchtlingen sind rund 35 000 immer noch nicht in ihre Heimat zurückgekehrt.<sup>[94]</sup> Georgien verlor das Gros seiner schweren Waffen; die beiden Militärbasen Gori und Senaki sind zerstört.<sup>[95]</sup> Die Kriegskosten für Georgien beliefen sich auf über eine Milliarde USD.<sup>[96]</sup>

Gelöst hat der Krieg kein Problem; der Konflikt im Südkaukasus wurde lediglich eingefroren.<sup>[97]</sup> Dagegen dürfte das Ziel eines möglichen NATO-Beitritts Georgiens sich um Jahre verzögern oder gar unmöglich sein.

Keine der Parteien hat ihre Kriegsziele ganz erreicht.

Russland verlor massiv an internationalem Ansehen; kurz nach dem Start fiel die russische Börse um über 40%.<sup>[98]</sup> Innerhalb Russlands aber sties der Feldzug bei über 80%

der Bevölkerung auf Zustimmung.<sup>[99]</sup> Einen neuen Kalten Krieg dagegen löste der Georgien-Krieg nicht aus.

### Gründe für die rasche Niederlage der georgischen Armee

Der georgische Generalstab hatte nicht mit einer militärischen Intervention in Südossetien gerechnet, da dessen Fokus auf dem viel wichtigeren Abchasien lag. Diese offensichtliche Missachtung elementarer geopolitischer Gegebenheiten (die Stadt Wladikawkas, was soviel wie «beherrsche den Kaukasus» heisst, liegt immerhin in Nordossetien) bleibt erstaunlich. Als der Auftrag zum Vorstoss nach Südossetien erteilt wurde, musste in aller Eile ein Plan entworfen werden.<sup>[100]</sup>

Für einen klassischen Kampf gegen die russischen Truppen waren die georgischen Streitkräfte nicht vorbereitet. Der Grund dafür lag darin, dass Georgien Mitglied der NATO werden wollte als Schutz vor Russland. Um sich als NATO-Mitglied zu qualifizieren, musste sich Georgien indessen der Doktrin der NATO anpassen, welche von den Kandidatenländern primär Fähigkeiten für friedenssichernde Massnahmen (sogenannte «new missions») und weniger die Verteidigungsfähigkeit des eigenen Landes verlangte. Georgien richtete daher seine ganze militärische Struktur und die Ausbildung der Streitkräfte darauf aus. Es war im entscheidenden Moment mangels Übung des Kampfes der verbundenen Waffen zu wenig bereit, sein Land wirksam zu verteidigen zu können.<sup>[101]</sup>

Zudem rechnete Georgien nicht damit, dass Russland derart massiv zurückschlagen würde und glaubte zudem, die USA würden es nicht nur mit Worten unterstützen.<sup>[102]</sup> Präsident Saakaschwili wurde allerdings mehrmals von den USA darauf hingewiesen, dass Georgien im Falle einer Gewaltanwendung nicht mit militärischer Unterstützung der USA rechnen könne.<sup>[103]</sup>

### Schwächen der russischen Armee

Auch auf Seiten der eingesetzten russischen Streitkräfte traten erhebliche Schwächen zutage. Hauptproblem waren die veralteten Waffen und Geräte, welche bei der 58. Armee eingesetzt wurden. Bei den eingesetzten Panzerfahrzeugen handelte es sich hauptsächlich um T-72 und T-62, um BTR-70, und BTR-80 sowie um BMP-1 und BMP-2, die nicht über eine moderne Ausrüstung wie GPS, Nachsichtgeräte, Wärmebildkameras und moderne Kommunikationsmittel verfügten: die georgischen Panzer russischer Bauart waren diesbezüglich wesentlich besser ausgestattet.<sup>[104]</sup> Die Verwendung veralteter Artilleriemunition führte zu vielen Blindgängern.<sup>[105]</sup> Schwächen zeigte sich auch im Bereich von C<sup>4</sup>ISTAR (command, control, communications, computers, intelligence, surveillance and reconnaissance).<sup>[106]</sup>

### Bei den Bodentruppen war zwischen den Einheiten oft keine direkte Verbindung möglich, so dass die Offiziere ihre Mobiltelefone einsetzen mussten.

Aus Mangel an Aufklärungsmitteln wurden strategische Bomber des Typs Tu-22 zur Erkundung eingesetzt, von denen in der Folge einer abgeschossen wurde. Bei den Bodentruppen war zwischen den Einheiten oft keine direkte Verbindung möglich, so dass die Offiziere ihre Mobiltelefone einsetzen mussten.<sup>[107]</sup> Der Luftwaffe fehlte es an moderner Computerausstattung zur Berechnung von Zielkoordinaten sowie an Radargeräten, so dass anstelle von Präzisionswaffen auf ältere Bomberformationen und Raketentruppen zurückgegriffen werden musste.<sup>[108]</sup> Die Folge davon war, dass es erst spät gelangt, die georgische Artillerie auszuschalten, welche die vorstossenden russischen Truppen beschoss.

### Cyberwar

Wohl zum ersten Mal in der Geschichte der konventionellen Kriegführung wurde der Kampf auch durch Aktionen im Internet gezielt unterstützt.<sup>[109]</sup> Ab 8. August 2008 begannen massive und gezielte Attacken auf georgische Websites der Regierung. Am 9. August 2008 wurden auf der Website des georgischen Aussenministeriums präparierte Fotos von Präsident Saakaschwili aufgeschaltet, welche diesen als Hitler darstellten.<sup>[110]</sup> Ziel dieser Attacken war es, Präsident Saakaschwili zu demütigen und

### Auf das Banken- und Finanzsystem wurden ebenfalls massive Attacken verübt.

zu verhindern, dass Georgien über das Internet seine Botschaften verbreiten und die Bevölkerung informieren konnte<sup>[111]</sup>. Auf das Banken- und Finanzsystem wurden ebenfalls massive Attacken verübt.<sup>[112]</sup> Praktisch gleichzeitig mit der Einstellung der Kampfhandlungen durch die russischen Streitkräfte am Abend des 12. Augustes 2008 endeten auch die Cyber-Attacken.

Das koordinierte und gezielte Vorgehen deutet darauf hin, dass der GRU (russischer Militärnachrichtendienst) und der FSB (russischer Inlandgeheimdienst) die Cyber-Attacken durchgeführt haben,<sup>[113]</sup> und zwar über die Rechnernetze der russischen Mafia. Zudem fanden patriotische Russen im Internet die notwendige Software, um selber Computerattacken gegen die georgische Regierung führen zu können<sup>[114]</sup>. Cyber-Attacken dürften heute zum festen Bestand eines klassischen Angriffes gehören und können als viertes Teilstreitkräfteelement (nebst Luftwaffe, Marine und Landarmee) bezeichnet werden.

### Cyber-Attacken dürften heute zum festen Bestand eines klassischen Angriffes gehören ...

#### Die Mitverantwortung des Westens

Der Westen, das heisst, die USA und die EU-Länder trugen im Jahr 2008 – wenn auch wohl unbeabsichtigt – durch ihre Haltung zum Ausbruch des Krieges im Kaukasus bei. Dies insbesondere durch die Anerkennung der Unabhängigkeit des Kosovo von Serbien und durch die geplante Aufnahme der Ukraine und Georgiens in die NATO. In beiden Fällen waren die USA die treibende Kraft.<sup>[115]</sup> Beide Ereignisse förderten in Russland die Bereitschaft, die politischen Probleme mit Georgien gewaltsam zu lösen.<sup>[116]</sup>

Am 17. Februar 2008 proklamierte das Parlament in der Hauptstadt Priština, Kosovo, die Unabhängigkeit des Territoriums von Serbien.<sup>[117]</sup> Kurz darauf anerkannten die ers-

[90] Im Detail dazu siehe Asmus, S. 202 ff.

[91] IISS Georgia crisis special issue; Asmus, S. 212.

[92] Bericht II, S. 219.

[93] Oksana Antenenko, A war with no winners, Survival, vol. 50 no. 5, October - November 2008, S. 27.

[94] Bericht I, 5.

[95] IISS Georgia crisis special issue.

[96] Bericht III, S. 225.

[97] Bericht I, 37.

[98] Oksana Antenenko, A war with no winners, Survival, vol. 50 no. 5, October - November 2008, S. 29.

[99] Charles King, The Five-Day War, in: Foreign Affairs, November/December 2008, S. 9.

[100] Asmus, S. 172.

[101] Asmus, S. 173/174.

[102] Asmus, S. 173; Schweizer Soldat 09/2008, S. 32.

[103] Asmus, S. 29 f, S. 47, S. 144, S. 176.

[104] Adomeit, S. 286.

[105] ASMZ 07/2010, S. 41.

[106] IISS Georgia crisis special issue.

[107] Adomeit, S. 287.

[108] Adomeit, S. 286. IISS Georgia crisis special issue.

[109] Bericht II, S. 219. Zum Cyberwar allgemein siehe CSS Analysen zur Sicherheitspolitik der ETHZ, Cyberwar: Konzept, Stand und Grenzen, Nr. 71, April 2010 ([www.ssn.ethz.ch/Aktuell/CSS-Analysen/Detail/?lng=de&id=114412](http://www.ssn.ethz.ch/Aktuell/CSS-Analysen/Detail/?lng=de&id=114412)).

[110] Bericht II, S. 218; Asmus, S. 166 f.

[111] Asmus, S. 167.

[112] Asmus, S. 167.

[113] Asmus, S. 167, Fussnote 2.

[114] Eric Gujer, NZZ vom 15./16.01.2011, S. 1; siehe auch Alexander Klimburg, Mobilising Cyber Power, in: Survival Vol. 53/1, February - March 2011 des IISS, S. 49 f.

[115] Asmus, S. 150.

[116] Asmus, S. 89.

[117] Asmus, S. 105.

[6] Die Kampfhandlungen und Vorstösse russischer Truppen (Quelle: [www.wikipedia.org](http://www.wikipedia.org): Stichwort «Kaukasuskrieg 2008»)



[7]

ten westlichen Staaten die Unabhängigkeit des Kosovo von Serbien an,<sup>[118]</sup> obwohl Russland ausdrücklich davor gewarnt hatte.

Nach der Anerkennung der Unabhängigkeit des Kosovo durch den Westen teilte Russlands Führung Georgien offen mit, dass es dafür den Preis zahlen werde.<sup>[119]</sup> Georgien war das perfekte Ziel für Russlands Vergeltung. Russland wollte, dass seine Antwort für die USA ebenso schmerzlich ausfallen würde wie es die Anerkennung der Unabhängigkeit des Kosovo für Russland war. Zudem wollte es dem Westen klar machen, dass es ebenfalls über eine Interessensphäre in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion verfügt, die zu respektieren sei. Georgiens Präsident Saakaschwili galt in Russland nicht zu Unrecht als persönlicher Verbündeter von Georg W. Bush.<sup>[120]</sup> Obwohl Saakaschwili verschiedene westliche Politiker, Präsident Bush eingeschlossen, auf die Gefahr für Georgien hinwies, ignorierte der Westen seine Warnungen.<sup>[121]</sup> Russland reagierte rasch. Bereits am 21. März 2008 beschloss das russische Parlament, von der russischen Regierung die Anerkennung der Unabhängigkeit Abchasiens und Südossetien zu verlangen und die russischen «Bürger» in diesen Gebieten zu schützen.<sup>[122]</sup>

### Georgien war das perfekte Ziel für Russlands Vergeltung.

Ein weiterer Auslöser für die härtere Gangart Russlands gegenüber Georgien war die angestrebte Aufnahme der Ukraine und Georgiens in die NATO. Vom 2. bis 4. April 2008 fand in Bukarest eine NATO-Gipfelkonferenz statt, anlässlich welcher ein (von den USA initiiertes) Plan für die Aufnahme (Mem-

bership Action Plan) der Ukraine und Georgiens in die NATO entworfen wurde.<sup>[123]</sup> Innerhalb der Allianz herrschte allerdings Uneinigkeit über den Zeitpunkt der Aufnahme. Insbesondere Deutschland wehrte sich gegen eine Aufnahme der Ukraine und Georgiens, solange deren demokratische Verhältnisse unzulänglich waren.<sup>[124]</sup> Die NATO versuchte, eine Doppelstrategie umzusetzen: Erweiterung der NATO Richtung Osten und gleichzeitige Vertiefung der Beziehungen zu Russland.<sup>[125]</sup> Schliesslich fand man einen Kompromiss, indem man den beiden Ländern die NATO-Mitgliedschaft in Aussicht stellte, den Zeitpunkt aber offen liess. Ein solches Vorgehen war bisher noch nie gewählt worden.<sup>[126]</sup>

In der Folge setzte Russland auf eine Eskalation. Es hob das Embargo auf, welches es über das abtrünnige Abchasien verhängt hatte, und begann unter dem Vorwand, damit die 2014 im benachbarten Sotschi stattfindenden olympischen Spiele vorzubereiten, dieses finanziell zu unterstützen.<sup>[127]</sup> Am 18. April 2008 bezichtigte die separatistische abchasische Regierung Georgien der Truppenverstärkung im Kodori-Tal, was offensichtlich nicht zutraf. Russland nahm diese Behauptung als Anlass, sein Kontingent an Friedenssicherungstruppen in Abchasien um rund 2500 Soldaten aufzustocken.<sup>[128]</sup> Im Mai 2008 erklärte der frisch gewählte russische Präsident Medwedew, Russland werde Südossetien und Abchasien als Reaktion auf den NATO-Beschluss wirksam unterstützen. Der russische Generalstabschef liess verlauten, Russland werde alles Notwendige vornehmen, um Georgien am Beitritt zur NATO zu hindern.<sup>[129]</sup> An einem NATO-Treffen anfangs Mai warnte der als Gast eingeladene russische Verteidigungsminister vor der Abhaltung eines NATO-Manövers, da dies zum Krieg führen könne.<sup>[130]</sup>



[8]

Für die georgische Regierung war ein Verlust Abchasiens und Südossetiens unannehmbar; erklärtes Ziel war die Herstellung der Einheit Georgiens. Sie teilte dem Westen daher mit, dass sie den Verlust politisch nicht überleben werde.<sup>[131]</sup> Damit machte sie diese Angelegenheit zur Schicksalsfrage und manövrierte sich selber in die von Russland gestellte Falle: entweder den drohenden Verlust akzeptieren und möglicherweise politisch untergehen, oder mittels Krieg den Verlust verhindern.<sup>[132]</sup> Damit bauten sich die Spannungen rasch auf, die sich schliesslich im Krieg vom August 2008 entluden.

## NATO und EU tragen an dieser Entwicklung eine Mitverantwortung.

NATO und EU tragen an dieser Entwicklung eine Mitverantwortung. Sie hatten den Stimmungsumschwung der russischen Führung offenbar zu wenig erkannt. Noch immer hatten die westlichen Politiker das Bild eines schwachen Russland in ihren Köpfen und erkannten die Auswirkungen ihrer Handlungen auf den Konflikt im Kaukasus zu wenig. Insbesondere scheint der Westen die Bereitschaft Russlands, die starke westliche Orientierung Georgiens mit militärischen Mitteln zu unterbinden, falsch eingeschätzt zu haben.<sup>[133]</sup> Die Fehleinschätzung des Westens ist umso weniger verständlich, als die Rede Putins an der jährlichen sicherheitspolitischen Konferenz in München am 10. Februar 2008, in welcher er mit harschen Worten die Politik der USA kritisierte und ihr Unilateralismus und Unipolarismus, NATO-Osterweiterung, Raketenabwehr und natürlich die in Aussicht gestellte Anerkennung der Unabhängigkeit des Kosovo kritisierte,<sup>[134]</sup> eine Warnung hätte sein sollen. Dies gilt in glei-

cher Weise für die Äusserungen des russischen Generalstabchefs im Mai 2008.

Die Fehleinschätzung des Westens basierte vermutlich darauf, dass Putin noch im Jahr 2002 anlässlich des NATO-Gipfels in Prag gegen eine NATO-Osterweiterung und insbesondere gegen die Aufnahme der Ukraine in die NATO nichts einzuwenden hatte.<sup>[135]</sup> Damit lag er noch ganz auf der Linie seines Vorgängers Boris Jelzin, welcher einen stark antiimperialistischen und pro westlichen Kurs verfolgt hatte<sup>[136]</sup>. Jelzin

[118] Bisher anerkennen 69 der 192 UN-Mitgliedstaaten die Republik Kosovo als unabhängig. Die Schweiz anerkannte als 17. Land die Unabhängigkeit des Kosovo am 27. Februar 2008 als unabhängiger Staat. Der Internationale Gerichtshof in Den Haag bestätigte im Juli 2010 die Rechtmässigkeit der Unabhängigkeitserklärung (NZZ vom 23.06.2010, S. 3).

[119] Asmus, S. 89.  
 [120] Asmus, S. 103.  
 [121] Asmus, S. 104.  
 [122] Asmus, S. 146.  
 [123] Asmus, S. 87.  
 [124] Asmus, S. 131, 141.  
 [125] Asmus, S. 137.  
 [126] Asmus, S. 133.  
 [127] Asmus, S. 142.  
 [128] Asmus, S. 148.  
 [129] Asmus, S. 147.  
 [130] Asmus, S. 149.  
 [131] Asmus, S. 146.  
 [132] Asmus, S. 152.  
 [133] Asmus, S. 87, 101, 102.  
 [134] Asmus, S. 105.  
 [135] Asmus, S. 68.  
 [136] Asmus, S. 69.

[7] Russische Marineformationen haben das georgische Raketenschnellboot «Tbilisi» der «Matka»-Klasse im Hafen von Poti zerstört.

[8] BMP Schützenpanzer kreuzen eine wartende T-72 Formation der russischen Invasionstruppen.



[9]

unterstützte 1999 die Bombardierung Serbiens trotz heftigen internen Protesten.<sup>[137]</sup> Putin änderte indessen den Kurs Russlands Schritt für Schritt hin zum Nationalismus und zur Autokratie<sup>[138]</sup> und wandte sich vom prowestlichen Kurs ab. 2005 bezeichnete Putin den Zusammenbruch der Sowjetunion als grösste geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts; Jelzin hatte den Zusammenbruch noch als Befreiung Russlands vom Kommunismus aufgefasst.<sup>[139]</sup> Hauptgrund des Rückfalls in das machtpolitische Verhalten sowjetischer Prägung Russlands dürften die massiven Gewinne aus dem Verkauf von Energierohstoffen (Erdöl und Erdgas) sein, welche der russischen Staatskasse viel Geld einbrachten.<sup>[140]</sup>

Die beiden unblutigen Revolutionen in Georgien (Rosenrevolution 2003)<sup>[141]</sup> und der Ukraine (Orange Revolution 2004)<sup>[142]</sup> wurden im Westen als Erweiterung der Demokratisierung nach Osten begrüsst, während sie von Russland als Bedrohung aufgefasst wurden. Da Russland keinen westlichen Kurs mehr verfolgte, sollten es auch die unmittelbaren Nachbarn nicht tun.

Die NATO hat die im Kalten Krieg entwickelte hohe Fähigkeit, die russischen Signale richtig zu interpretieren, offensichtlich verloren<sup>[143]</sup> und betrachtete die russischen Warnungen als blossen Bluff.<sup>[144]</sup> Als Folge dieser Fehleinschätzung unterliess es der Westen, insbesondere die USA, Russland genügend deutlich vor dem Einsatz militärischer Gewalt gegen Georgien zu warnen.

Die russischen Friedenssicherungstruppen, die in Abchasien und Südossetien stationiert waren, verhielten sich keineswegs neutral, sondern unterstützten die Separatisten in beiden Gebieten offen oder verdeckt.<sup>[145]</sup> Der Unwille des Westens, gegen diese Parteinahme trotz wiederholten Protesten seitens Georgiens vorzugehen, heizte den Konflikt zusätzlich an; man liess es zu, dass der Fuchs die Hühner hütete.<sup>[146]</sup>

### Die NATO hat die im Kalten Krieg entwickelte hohe Fähigkeit, die russischen Signale richtig zu interpretieren, offensichtlich verloren ...

#### Militärstrategie<sup>[147]</sup>

Grossmächte brauchen sich weniger um die internationale Akzeptanz ihres Vorgehens bei der Erreichung strategischer Ziele zu kümmern als andere Länder, da sie gegen internationalen Druck weitgehend immun sind. Für sie ist die Akzeptanz ihres Vorgehens in der eigenen Bevölkerung wesentlich wichtiger als die internationale Meinung.

Fehleinschätzungen und Vorurteile sind die treuesten Begleiter der Strategie. Georgien unterlag zwei krassen Fehleinschätzungen; es rechnete nicht damit, dass Russland zurückschlagen würde und glaubte, die USA würden es nicht nur mit Worten unterstützen. Insbesondere der russische Vor-

stoss ins georgische Kernland war für Georgien ein komplette Überraschung. Das georgische Verteidigungsministerium legte Ende 2007 dem Parlament einen sicherheitspolitischen Bericht vor, in welchem trotz den bestehenden Spannungen festgehalten wurde, dass die Wahrscheinlichkeit einer gross-angelegten Invasion von Georgien durch andere Staaten als «extrem gering» mit in Zukunft «sinkender Tendenz» sei.<sup>[149]</sup> Die georgische Regierung war zudem der festen Überzeugung, den Verlust von Abchasien und Südossetien politisch nicht überleben zu können,<sup>[150]</sup> was sie schliesslich zum Einsatz militärischer Gewalt veranlasste.

Russland seinerseits unterschätzte den Widerstand der USA und des Westens gegen die Besetzung des georgischen Kernlandes und den Sturz des Präsidenten Saakaschwili.

Die wesentliche Ursache der Fehleinschätzung liegt in der Natur des Menschen. Sein Handeln ist nicht immer rational, sondern gerade in Krisensituationen von Emotionen und Wunschdenken geleitet.<sup>[151]</sup> Die politikwissenschaftlichen Modelle basieren auf der Prämisse der Vorhersehbarkeit des zwischenstaatlichen Verhaltens und blenden die Irrationalität und Vorurteile der Akteure oftmals aus. Clausewitz war sich dieser Problematik bereits bewusst und wies darauf hin, dass das menschliche Verhalten nicht immer voraussehbar ist. Er schreibt dazu: «Die Eigentümlichkeiten des Geistes in dem Handelnden sind neben denen des Gemütes gleichfalls von einem hohen Einfluss. Andere Dinge darf man erwarten von einem phantastischen, überspannten, unreifen Kopf als von einem kalten und kräftigen Verstande. ... Die Wirkung, welche irgendeine Massregel auf den Gegner hervorbringt, ist das Individuellste, was es unter allen Datis des Handelns gibt.»<sup>[152]</sup> Kurz gesagt entscheiden Hitzköpfe anders als kühle Denker.

Dies bedeutet allerdings nicht, dass die Wirkungen eines (militär-)strategischen Mitteleinsatzes nicht vorhersehbar sind. Das Wesen eines strategischen Kontextes,<sup>[153]</sup> das heisst, der Rahmen, in welchem sich die Akteure bewegen, ist komplex, das heisst, vielschichtig, und dynamisch, das heisst, raschen Veränderungen unterworfen. Eine gute Strategie zeichnet sich dadurch aus, dass sie Komplexität und Dynamik des Kontextes sowie die Folgen des eigenen Handelns berücksichtigt.<sup>[154]</sup> Genaue Kenntnisse der Geschichte, der Kultur und der Beweggründe des Gegners sowie die umfassende Analyse des Charakters der mit der gegnerischen Führung betrauten Personen sind unabdingbare Voraussetzungen für die Strategieentwicklung und vermindern die Gefahr der Fehleinschätzung massiv. Diese gründliche Auseinandersetzung wird von der politischen Stufe oftmals schwer vernachlässigt.

**Eine gute Strategie zeichnet sich dadurch aus, dass sie Komplexität und Dynamik des Kontextes sowie die Folgen des eigenen Handelns berücksichtigt.**

Politiker führen während ihrer Karriere, wenn überhaupt, selten mehr als einmal einen Kriegseinsatz. Für die Militärstra-

tegie tragen sie und nicht die Militärs die Verantwortung<sup>[155]</sup>. Ihre Entscheide haben für ihr Land existentielle Tragweite. Gewisse Kenntnisse sind daher für Politiker auf Nationaler Stufe unerlässlich,<sup>[156]</sup> was schon Clausewitz erkannte. Er schreibt dazu: «Wie jemand in einer Sprache, der er nicht ganz gewachsen ist, mit einem richtigen Gedanken zuweilen Unrichtiges sagt, so wird die Politik dann oft Dinge anordnen, die ihrer eigenen Absicht nicht entsprechen. Dies ist unendlich oft vorgekommen, und dies macht es fühlbar, dass eine gewisse Einsicht in das Kriegswesen von der Führung des politischen Verkehrs nicht getrennt werden sollte.»<sup>[157]</sup>

In vielen Fällen sind Politiker äusserst schlecht auf diese Aufgabe vorbereitet, wie die Geschichte zeigt. Abhilfe könnte nur

[137] Asmus, S. 93.

[138] Die Autokratie vereint die Staats- und Regierungsgewalt in einer zentralen Kraft unter Ausschluss des Volkes.

[139] Asmus, S. 69.

[140] Farwick, S. 28; Kürsener, S. 32.

[141] Die Rosenrevolution (...) fand 2003 in Georgien statt, führte zum Rücktritt von Präsident Eduard Schewardnadse und brachte die bisherige Opposition an die Macht. Der Begriff wurde einem Zitat des ersten georgischen Präsidenten Swiad Gamsachurdia entlehnt: «Wir werden Rosen statt Kugeln auf unsere Feinde werfen.» (www.wikipedia.org).

[142] Im November 2004 führten die Ereignisse um die Stichwahl am 21. November, bei welcher der als russlandorientiert geltende Wiktor Janukowitsch zum Sieger erklärt wurde, in die Orangefarbene Revolution, einem mehrwöchigen friedlichen Protest gegen Wahlfälschungen, in dessen Folge nach einem Beschluss des Obersten Gerichts am 26. Dezember 2004 die Stichwahl wiederholt wurde. Bei dieser Wiederholung wurde der westlich orientierte Wiktor Juschtschenko zum Sieger erklärt. (www.wikipedia.org).

[143] Asmus, S. 150.

[144] Asmus, S. 149.

[145] Bericht I, S. 30.

[146] Asmus, S. 65.

[147] Gemäss Grundlagendokument der Schweizer Armee mit dem Titel «Grundlagen für die Militärstrategische Führung GMSF» vom Mai 2010 ist der Begriff wie folgt definiert: Teil der sicherheitspolitischen Strategie, welche die Entwicklung und Anwendung militärischer Fähigkeiten und Mittel definiert. Als Teilstrategie, welche im Zusammenwirken mit den anderen Teilstrategien zur Erfüllung der durch die politischen Verantwortungsträger festgelegten Gesamtziele beiträgt, umfasst sie die Anwendung militärischer Mittel und Fähigkeiten zur Erreichung politischer Ziele. Strategie ist kurz gesagt ein Plan über den Mitteleinsatz zur Zielerreichung. Zur Geschichte der Strategie siehe Beatrice Heuser, Den Krieg denken - Die Entwicklung der Strategie seit der Antike, Paderborn 2010.

[148] GMSF, Ziff. 26.

[149] www.wikipedia.org, Stichwort «Kaukasuskrieg 2008».

[150] Asmus, S. 147.

[151] So auch Peter Sloterdijk, in: NZZ vom 20./30.11.2008, S. 47, der festhält: «Die Psychologie beschreibt den Menschen seit über hundert Jahren als animal irrationale. Etwas Ähnliches zeichnet sich jetzt langsam in den Staats- und Wirtschaftswissenschaften ab. Auch dort porträtiert man den Menschen zunehmend als ein Wesen, das sich so gut wie nie als vernünftiger Langzeitrechner verhält. Der wirkliche Mensch, wie er ausserhalb der theoretischen Modelle erscheint, lebt durch die Leidenschaften, aus dem Zufall und dank der Nachahmung. Für aufklärerisch gesinnte Menschen enthalten diese Diagnosen starke Zumutungen. Wir wollen als vernünftig, organisiert, selbstdurchsichtig und originell gelten und sind in Wahrheit unberechenbar, chaosanfällig, trüb und repetitiv.»

[152] Clausewitz, Vom Kriege, II. Buch, 2. Kap.; siehe auch Namil Al-Sabah, Die Unlogik des Gelingens im Sinne von Clausewitz, in: Jahrbuch der Clausewitz-Gesellschaft e.V., Band 4, 2008, S. 196.

[153] Im Bereich der Militärstrategie bedeutet Kontext die Gesamtheit der ideellen, institutionellen und materiellen Zusammenhänge, in denen strategisches Handeln stattfindet (GMSF, Ziff. 77).

[154] GMSF, Ziff. 12.

[155] GMSF, Ziff. 11.

[156] So auch Harry G. Summers, On Strategy, New York 1995, S. 187.

[157] Clausewitz, Vom Kriege, VIII. Buch, 6. Kap. B.

[9] Die umstrittenen Gebiete



[10]

eine permanente Schulung schaffen; diese scheitert aber oftmals am Zeitmangel und an der Angst der Betroffenen, sich blosszustellen.

### In vielen Fällen sind Politiker äusserst schlecht auf diese Aufgabe vorbereitet ...

Die wohl bekannteste Erkenntnis von Clausewitz, wonach der Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist,<sup>[158]</sup> bleibt unverändert gültig. Auch in Zukunft werden Politiker der Versuchung erliegen, politische Ziele mit militärischer Gewalt zu erreichen.<sup>[159]</sup> Es sind die ewiggleichen Gründe, die Politiker zur Waffe greifen lassen: Der Irrglaube, politische Ziele mit militärischen Mitteln erreichen zu können, und die Hoffnung auf einen schnellen Sieg.

Selbst internationale Abkommen und Erklärungen, welche die Anwendung von zwischenstaatlicher Gewalt verbieten, können Kriege bis heute letztlich nicht verhindern. Im Georgien-Krieg 2008 missachtete insbesondere Russland drei wichtige internationale und verpflichtende Erklärungen: die Helsinki Schlussakte von 1975, die Charta von Paris von 1990 sowie die Charta für Europäische Sicherheit von 1999<sup>[160]</sup>.

#### Schlussfolgerungen

Für einen Kleinstaat wie die Schweiz ist es unerlässlich, glaubwürdige Streitkräfte zu unterhalten, die auch den klassischen Kampf beherrschen, nicht nur Assistenzdienst und Friedenssicherung. Das Vertrauen auf eine Hilfeleistung Dritter im Kriegsfall ist eine unsichere Sache. Abwehrmassnahmen gegen Internetattacken sind bereits heute vorzubereiten; Bankensysteme und Telekommunikationseinrichtungen der Schweiz dürften Hauptziel einer Attacke aus dem Ausland sein.

Die wahre Ursache für Russlands militärischen Einsatz lag wohl weder bei der Anerkennung des Kosovo durch den Westen noch beim Angriff der Georgier auf die russischen Friedenstruppen. Diese Ereignisse stellten lediglich den äusseren Anlass dar. Die wahre Ursache lag in der Ausdehnung der Machtsphäre der USA an die Grenzen Russlands. Es war also die gleiche Ursache, die bereits vor rund 2500 Jahren den Krieg zwischen Sparta und Athen auslöste; Thukydides bezeichnet die Machtzunahme Athens explizit als wahren



[11]

Kriegsgrund.<sup>[161]</sup> Der Kampf um die Macht war und ist eine feste Konstante des menschlichen Verhaltens. Solange der letzte Feind (1. Korinther 15;26) nicht besiegt ist, wird auch das äusserste Mittel der Politik, nämlich der Krieg, von der Erde nicht verschwinden.

[158] Clausewitz, Vom Kriege, I. Buch, Ziff. 24.

[159] Vgl. Bericht I, S. 31.

[160] Bericht I, S. 35; Asmus, S. 218.

[161] Thukydides, Der Peloponnesische Krieg, I, 23.

[10] Eine russische Selbstfahr-Haubitze 152 mm des Typs 2S3 auf dem Vormarsch nach Georgien.

[11] Der georgische Präsident Saakaschwili (rechts) mit der vormaligen amerikanischen Aussenministerin Condoleezza Rice. (Photo: DoD)

## Buchbesprechungen

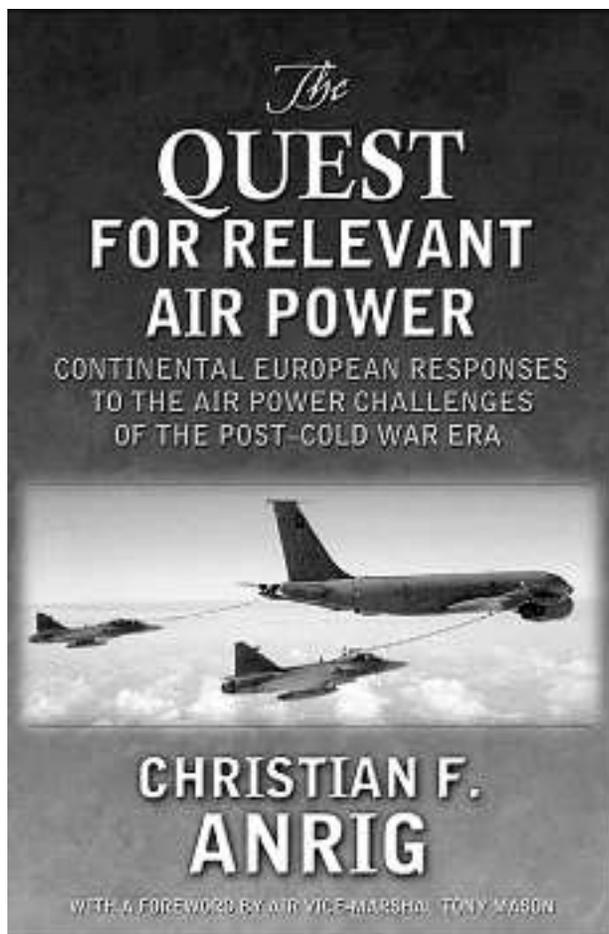
# The Quest for Relevant Air Power – Continental European Responses to the Air Power; Challenges of the Post-Cold War Era

With a Foreword by Air Vice-Marshal Tony Mason

---

Anrig, Christian F.

Dr., Maxwell Air Force Base, Montgomery, Alabama; Air University Press,  
2011. ISBN: 978-1-585566-216-6.



Préfacé par l'un des plus brillants théoriciens de la pensée aérienne moderne, l'ouvrage de Christian Anrig mérite une mention particulière pour différentes raisons. D'une part, il n'est pas courant qu'un auteur suisse soit publié par l'Air University Press. D'autre part, le sujet présenté donne une parfaite vue d'ensemble des options qui ont été suivies par différentes forces aériennes européennes lors de leurs transformations respectives à l'issue de la guerre froide.

L'auteur, Dr. C. Anrig, pose quatre questions essentielles auxquelles il répond avec succès:

- Comment les forces aériennes européennes se sont-elles adaptées à la nouvelle donne stratégique et, en particulier, aux changements des politiques de défense?
- Comment ces forces aériennes ont-elles répondu aux nouveaux défis que représentaient les opérations réelles?
- Comment ont-elles développé leurs pensées et leur doctrines aériennes?
- Finalement, comment ont-elles tenté de maintenir des forces cohérentes malgré le développement rapide des technologies de pointe et l'escalade vertigineuse des coûts?

Au sortir de la guerre froide, dans le nouveau contexte sécuritaire, ne plus savoir où, quand, avec qui et dans quelles circonstances se battre constitue, avec le passage d'une posture de dissuasion pure à celle caractérisée par la conduite d'opérations réelles, l'une des ruptures principales pour les armées de l'air européennes. Les états étudiés considéraient tous que les crises se règlent avantagusement en s'attaquant à leurs racines par une approche multinationale

et que la défense territoriale ne constitue plus une stratégie efficace.

En France, la première ligne de défense n'est plus proche de la frontière nationale mais souvent loin du territoire français. Par conséquent, la capacité de projection est devenue la première priorité des forces conventionnelles françaises. La guerre du Golfe de 1991 s'est révélée être une véritable sonnette d'alarme et a engendré le développement de toute une série de solutions provisoires destinées à combler les lacunes opérationnelles les plus importantes. Dans l'attente de l'introduction de l'avion de combat multi-rôle Rafale, la production des Mirages 2000 D et 2000-5 sont les exemples les plus marquants de passerelles capacitaires. Par ailleurs, **l'Armée de l'Air** a introduit en 1994 une nouvelle structure de commandement qui distinguait clairement entre les commandements organique et opérationnel.

Pour la **Luftwaffe** allemande, la défense traditionnelle aux frontières contre une attaque militaire classique a aussi été remplacée par la prévention des conflits internationaux et la gestion des crises.

Aux **Pays-Bas**, l'examen des nouvelles priorités de défense a ajouté à la dimension purement militaire les aspects politiques, sociaux, économiques et humanitaires et identifiait clairement que l'imprédictibilité des futures crises était le défi majeur de la planification des forces. Comme la sécurité internationale peut être menacée très loin du territoire national, la mobilité, la flexibilité, la projection rapide, l'interopérabilité et la capacité de mener des opérations à l'extérieur de la zone de l'OTAN constituent des aptitudes essentielles pour les décideurs néerlandais. Les systèmes qui ne sont plus considérés comme indispensables en raison de l'évolution de la menace ont été liquidés afin de libérer de précieuses ressources pour acquérir des équipements de dernière technologie. Le changement d'affectation d'une partie de la flotte d'avions de combat et des unités de défense sol-air pour constituer un groupe tactique d'hélicoptères ou pour acquérir des avions de transport C-130 Hercules et DC-10 modifiés constituent des exemples frappants. Dans le domaine de la défense sol-air, seuls les unités «Patriot» ont été maintenues. Le nombre de «Stingers» a été très significativement réduit et les systèmes de missiles «Hawk» ainsi que les batteries de canons anti aériens à guidage radar ont même été totalement liquidés. Les Pays-Bas se sont établis comme un partenaire fiable susceptible d'apporter une contribution significative lors d'opérations multinationales. Ils ont fourni la preuve que même de petites nations sont en mesure d'apporter une véritable valeur ajoutée grâce à une réelle capacité de coopération qui permet aisément à leurs forces armées d'être engagées aux côtés de forces alliées sous l'égide d'organisations internationales ou dans le cadre de coalitions ad hoc.

Pour la **Suède** également, les développements sécuritaires ont engendré un changement de l'orientation de la politique de sécurité vers les engagements multinationaux. Disposer d'une capacité d'appui aérien rapproché a été considéré par la **Flygvapnet** comme un élément essentiel pour participer à des opérations robustes de promotion de la paix. Dans sa

relation avec l'OTAN, la Suède a pour ambition d'être un allié qui est prêt à "non seulement recevoir" mais aussi à "donner". Sa participation active au projet SALIS (Solution intermédiaire pour le transport aérien stratégique) et à l'initiative sur la capacité de transport aérien stratégique (SAC) basée sur un concept de copropriété d'avions de transport stratégique démontre clairement l'importance qu'elle attache à la dimension multinationale.

La contribution de Christian Anrig est une référence indispensable non seulement pour les officiers des Forces Aériennes mais également pour tous ceux qui sont concernés par le développement des forces armées. La présentation de l'évolution doctrinale des armées de l'air européennes permet aussi d'apprécier dans quelle mesure leurs transformations respectives ont été influencées par la pensée aérienne anglo-saxonne.

Cet ouvrage mérite une place privilégiée dans de nombreuses bibliothèques.

Col EMG Claude Meier  
État-major de l'Armée, Instruction opérative et doctrine  
Chef de la recherche et du développement en matière de doctrine

## Die schnellen Unterseeboote von Hellmuth Walter

Eberhard Rössler

160 Seiten, zahlreiche Fotos, Graphiken und Skizzen. 2010. ISBN 978-3-7637-6285-9 Bernard & Graefe; Mönch Verlagsgesellschaft mbH. D-53123 Bonn



Mit der Entwicklung des Torpedos entstanden als geeignete Träger und Einsatzmittel auch Unterseeboote. Schon früh bestand das Bestreben, diese Uboote aussenluftunabhängig zu machen, z. B. mit mitgeführtem Sauerstoff. Allerdings scheiterten diese Bemühungen vorerst. Erst durch die Idee des Turbinenbauers Hellmuth Walter, statt mit Abgasen verdünnten Sauerstoff konzentriertes Wasserstoffperoxid zu benutzen, konnte in relativ kurzer Zeit ein Untersee-Torpedoboot geschaffen werden, welches eine relativ hohe Unterwassergeschwindigkeit erzielte. Diese Ideen realisierte Walter mit dem Modell V 80 erstmals 1940. Das vorliegende, sehr spezifische Buch schildert die spannende Geschichte dieser Erfindung, reich bebildert und mit vielen Abbildungen und Dokumenten. JKL

## Rüstung und Rüstungserprobung in der deutschen Marinegeschichte – Die Torpedoversuchsanstalt (TVA)

Oliver Krauss

336 Seiten, zahlreiche Fotos, Grafiken, Skizzen und Tabellen. 2010. Reihe: Wehrtechnik und wissenschaftliche Waffenkunde. Band 17. ISBN 978-3-7637-6280-4 Bernard & Graefe; Mönch Verlagsgesellschaft mbH. D-52123 Bonn



Im Vordergrund dieses neuen Bandes der Wehrtechnik Serie stehen die militärtechnischen Wechselbeziehungen bei der Entwicklung und Erprobung der Torpedowaffe. Es wird umfassend dargestellt, wie sich das Torpedowesen in den deutschen Marinen in Organisation und Struktur entwickelte und welche Rolle namhafte Persönlichkeiten wie Tirpitz, Raeder und Dönitz spielten. Der Schwerpunkt der Betrachtungen liegt zwischen 1890 und 1943, zeigt aber auch spätere Entwicklungen bis in die Zeit der modernen deutschen Marine auf. Als Beispiel eines Rüstungserprobungsbetriebes dient die Torpedoversuchsanstalt (TVA) in Eckernförde. JKL







Die MILITARY POWER REVUE ist ein offenes Forum. Sie fördert das Studium und die Diskussion aktueller sicherheitsrelevanter Themen, insbesondere in Bezug auf die Anwendung militärischer Macht.

Die MILITARY POWER REVUE unterstützt die Armee

- mit Beiträgen zur sicherheitspolitischen Debatte
- in der Förderung des nationalen und internationalen Dialoges sowie
- bei der Entwicklung von Doktrin und Konzepten

La MILITARY POWER REVUE constitue un forum ouvert. Elle est destinée à encourager l'étude et la discussion sur des thèmes actuels de politique de sécurité, en particulier ceux liés à la mise en oeuvre de la puissance militaire.

La MILITARY POWER REVUE apporte une contribution

- au débat en matière de politique de sécurité,
- à la promotion du dialogue national et international,
- aux réflexions doctrinales